

Herten 2020

Demografischer Wandel

Impressum

Herausgeber:



Stadt Herten
Der Bürgermeister
Kurt-Schumacher-Str. 2
45699 Herten

Redaktion:
Büro Stadtbaurat
Susanne Barth

Tel. 02366 303-511
www.herten.de
s.barth@herten.de

© Stadt Herten 2008

Herten 2020

Strategisches Konzept Demografischer Wandel

Inhalt:

| | |
|---------------------------------|---|
| Zur Aufgabe des Konzeptes | 4 |
|---------------------------------|---|

Einleitung

| | |
|---|---|
| Kommunen zwischen Boom und Schwund | 5 |
| Demografie in Herten – (K)ein neues Thema | 6 |
| Herten und die Region – 2008 bis 2020..... | 9 |

Handlungsfeld Wohnen – Wohnumfeld

| | |
|---|----|
| 1. Aspekte der aktuellen Diskussion | 19 |
| 2. Wohnen in Herten | 19 |
| 3. Die Zielgruppen des demografischen Wandels | 24 |
| 4. Demografie und Wohnraumentwicklung | 31 |

Handlungsfeld Wirtschaft – Arbeit

| | |
|---|----|
| 1. Weniger Erwerbsfähige – größere Nachfrage nach Arbeit?..... | 39 |
| 2. Alternde Belegschaften – Alte Hasen oder Altes Eisen?..... | 41 |
| 3. Die Alten gehen in Rente, die wenigen Jungen ziehen fort – fehlen uns zukünftig Fachkräfte? | 45 |
| 4. Junge Familien – Potenzial für einen innovativen Wirtschaftsstandort | 46 |
| 5. Wege zur Ausbildung..... | 47 |
| 6. Migrantinnen und Migranten – als Arbeitnehmer, Unternehmer, Kunden..... | 48 |
| 7. Die Rolle von Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung | 51 |

Handlungsfeld Bildung – Kultur

| | |
|---|----|
| 1. Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Bildungsbereich | 55 |
| 2. Situation in Herten und Handlungsbedarf bis 2020 | 63 |
| 3. Die Zielgruppen | 67 |

Handlungsfeld Gesundheit – Freizeit

| | |
|--|----|
| 1. Gesundheitspolitische Ausrichtung – Prävention..... | 73 |
| 2. Verantwortung von Land – Kreis – Kommunen..... | 74 |
| 3. Handlungsfelder und Zielgruppen in Herten..... | 77 |
| 4. Genderaspekte..... | 89 |
| 5. Bürgerbeteiligung..... | 91 |
| 6. Infrastruktur für Gesundheit in Herten | 92 |
| 7. Gesundheitswirtschaft..... | 93 |
| Zusammenfassung – Ausblick..... | 95 |

Zur Aufgabe des Konzeptes

Die Stadt Herten befasst sich bereits seit 2001 mit den Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf alle Lebensbereiche in der Kommune. Mit der Offensive für Bildung, den Programmen zum Stadtumbau, zur Wirtschaftsförderung und zur Familien- und Altenhilfe und haben Politik und Verwaltung für die zentralen Aufgaben frühzeitig Lösungsansätze entwickelt und auch Erfolge erzielt.

Das vorliegende Konzept versteht sich deshalb nicht als völlige Neuausrichtung. Es zieht Bilanz, indem es zunächst den aktuellen Stand der demografischen Entwicklung in Herten darstellt und Vergleiche zu Veränderungen im Land und in der Region zieht. Es beschreibt und analysiert die aktuellen und noch zu erwartenden Entwicklungen und benennt Defizite bei Informationen, die für die weitere Planung erforderlich sind.

Mit Blick auf die Zeitmarke 2020 werden die zukünftigen Handlungsbedarfe aufgezeigt. Sie beziehen sich auf die Handlungsfelder:

- Wohnen/Wohnumfeld
- Wirtschaft/Arbeit
- Bildung/Kultur
- Gesundheit/Freizeit

Dabei beschränkt sich das Konzept bewusst nicht auf den Handlungs- und Ressourcenrahmen der Kommune. Gezielt wird herausgearbeitet, welche Anforderungen der demografische Wandel an die Gemeinschaft aller Akteure in der Stadtgesellschaft stellt. Gerade weil die Kommune die komplexen Aufgaben alleine nicht bewältigen kann und nicht in allen Handlungsfeldern Hauptakteur ist, richtet sich das Augenmerk auf die Rolle von Unternehmen und Verbänden oder Vereinen etc. Durch deren Engagement in vielfältigen Netzwerken und Kooperationen konnten bereits nennenswerte Erfolge erzielt werden.

Das Strategiekonzept betont die Notwendigkeit, den Ausbau und die Stabilisierung von Netzwerken zu forcieren und weitere Partner für das Projekt „Herten 2020“ zu gewinnen.

Kommunen zwischen Boom und Schwund

„**Weniger – Älter – Bunter**“ – mit diesen Schlagwörtern wird die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland medienwirksam charakterisiert. Im internationalen Vergleich zeichnet sich Deutschland in der Tat durch eine der niedrigsten Geburtenraten aus, während die Zahl der Hochaltrigen rapide zunimmt. Lenkt man den Fokus innerhalb Deutschlands auf die verschiedenen Regionen stellt sich die Entwicklung jedoch außerordentlich heterogen dar.

Die Bevölkerungsverluste sind im Osten höher als im Westen und einige südliche Regionen (z. B. Bayern) haben stetigen Wachstum zu verzeichnen. Außerdem differiert der Altersdurchschnitt zwischen wirtschaftlich prosperierenden Regionen, wie Bayern und Baden-Württemberg, in denen ein Zuwachs von jungen Haushalten zu verzeichnen ist und beispielsweise dem Saarland, das aufgrund seiner strukturellen Veränderungen viele junge Haushalte verloren hat.

Im Umgang mit Migration stellen sich die Länder ebenfalls nicht gleich. In Bayern liegt der Anteil von Ausländerkindern mit Realschulabschluss weit unter dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist erwartungsgemäß in den industriellen Ballungsräumen um ein Vielfaches höher als in ländlichen Räumen.

Nicht anders stellt sich die Situation innerhalb von NRW dar. Während z. B. dem Kreis Borken ein Bevölkerungswachstum von bis zu 15 % bis 2020 prognostiziert wird, könnte der Kreis Recklinghausen bis zu 10 % an Einwohnern verlieren.

Nicht zuletzt im Kreisgebiet Recklinghausen finden sich diese disparaten Entwicklungen wieder. Während die Hälfte der kreisangehörigen Städte in 2004 einen negativen Wanderungssaldo zu verzeichnen hatten, darunter auch Herten (-204), lag z. B. Haltern (+221) weit im Plus.

Diese Beispiele zeigen, dass der demografische Wandel kein homogener Prozess ist und dass sich die Kommunen in einer Wettbewerbssituation befinden. Für die künftige Planung gibt es keine Patentrezepte. Die Perspektiven für Herten müssen auf Grundlage einer gemeindebezogenen Analyse entwickelt werden.

Demografie in Herten – (K)ein neues Thema

Bergbau, Krieg und Krisen bestimmen die Bevölkerungsentwicklung

Durch die aktuell starke Medienpräsenz des Themas „Demografischer Wandel“ entsteht teilweise der Eindruck, als habe es in den letzten Jahrzehnten eine kontinuierliche Bevölkerungsentwicklung gegeben, die nun mehr oder weniger überraschend durch starke Geburtenrückgänge aus dem Gleichgewicht geraten ist. Die demografische Entwicklung, auch in Herten, war aber immer Schwankungen unterworfen, die vor allem durch wirtschaftliche und politische Faktoren beeinflusst wurden.

In der Zeit zwischen der Industrialisierung bis Ende der 1960er-Jahre lassen sich die engen Verknüpfungen von wirtschaftlicher Entwicklung und Einwohnerentwicklung in unserer Stadt genau verfolgen.

Die Gemeinde Herten zählte 1895 gerade einmal 6701 Einwohner, im Jahr 1900 waren es bedingt durch den Industrialisierungsprozess bereits über 12.000. Mit der Entwicklung des Bergbaus und durch Eingemeindungen stiegen die Bevölkerungszahlen in den folgenden Jahren kontinuierlich.

So erfolgte nach dem 2. Weltkrieg ein großer Sprung durch die Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen.

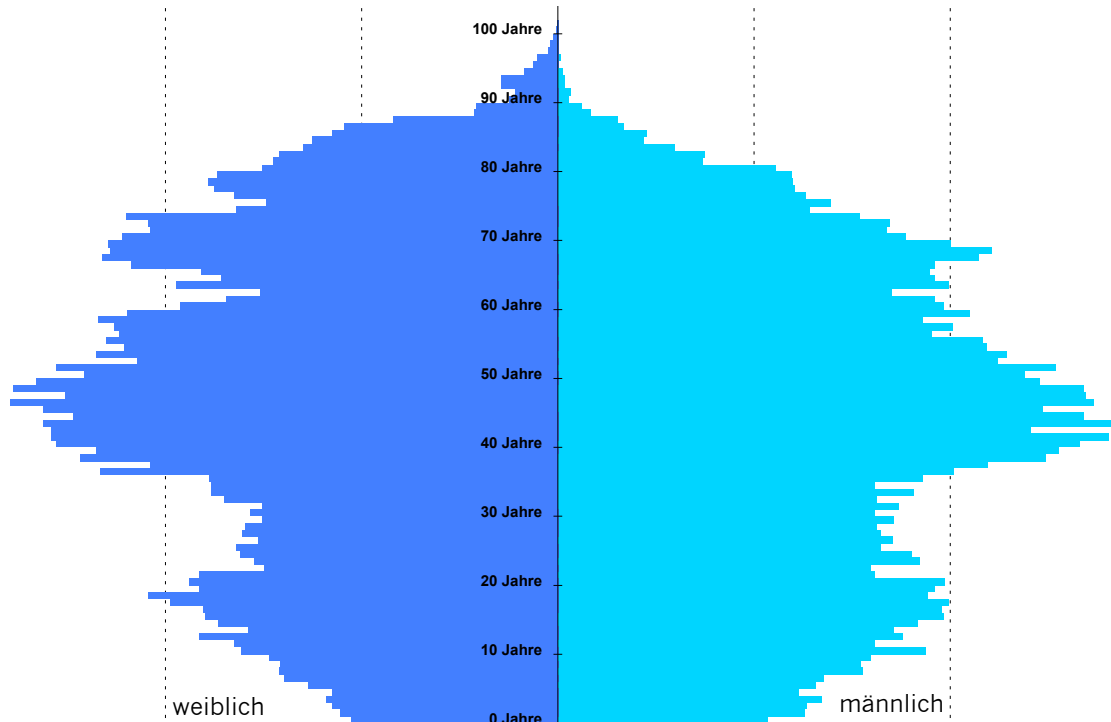
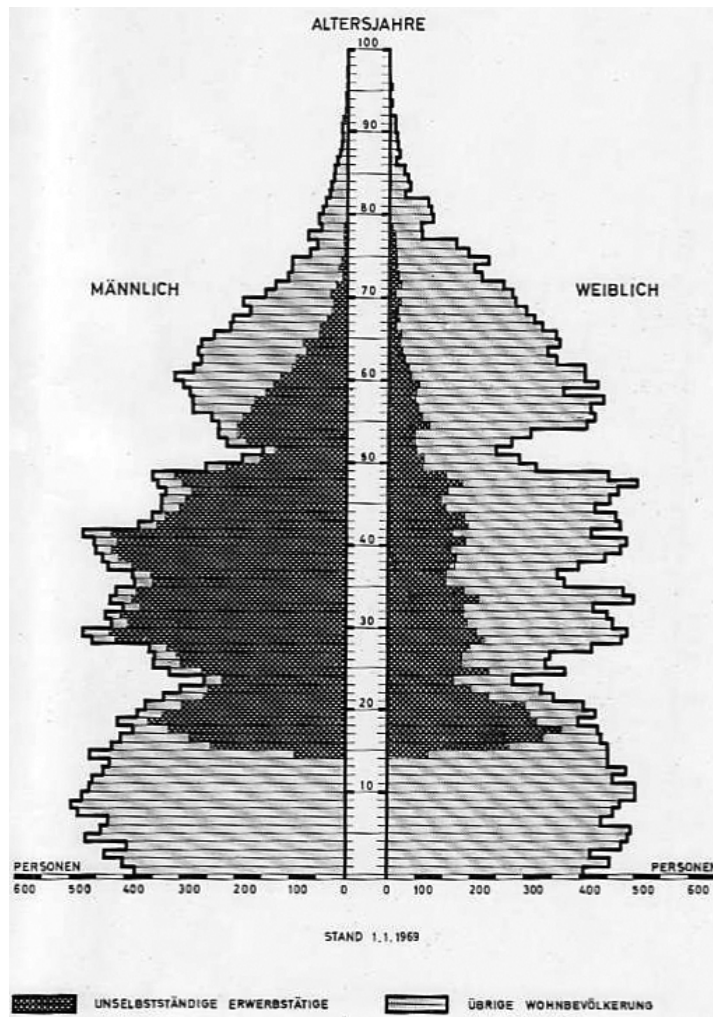
1958 wurde das Ruhrgebiet mit der ersten Strukturkrise des Bergbaus konfrontiert und diese bewirkte eine Stagnation, ja sogar einen leichten Rückgang der Einwohnerzahlen bis 1967. In diesen Jahren sanken auch die durch den Zuzug ausländischer Arbeiter üblichen Wanderungsgewinne. Bei der deutschen Bevölkerung waren zwischen 1959 und 1968 ohnehin durchweg Wanderungsverluste zu verzeichnen.

Im Jahr 1969 verstärkten sich die Zuwanderungen wieder, viele Zuzügler kamen aus anderen Regionen in NRW, aber auch aus südlichen und nördlichen Bundesländern und dem Ausland.

In allen Jahren lag der Geburtenüberschuss zwischen 200 und 450, wobei sich die Zahl der Neugeborenen in ausländischen Familien zwischen 1962 und 1968 von 15 auf 66 erhöhte. Die Prognosen Ende der 1960er-Jahre gingen von einer kontinuierlichen Zunahme der Bevölkerung in den Folgejahren aus.

1972 war ein historisches Jahr. Es gab zum ersten Mal ein Geburtendefizit und gleichzeitig waren Wanderungsverluste bei der deutschen Bevölkerung zu verzeichnen. In den folgenden Jahren wurden diese zunächst durch Wanderungsgewinne bei der ausländischen Bevölkerung ausgeglichen.

Seit dieser Zeitperiode aber wird die Bevölkerungsdynamik nicht mehr durch die Geburtenüberschüsse, sondern ausschließlich durch die Wanderungsbewegungen beeinflusst.



EW 31.12.2007: 63.713

Oben: Stadt Herten, Atlas Flächennutzung 1969

Unten: Altersbaum 2007, Quelle: LDS NRW, eigene Darstellung

Der Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan von 1980 enthält eine Bevölkerungsprognose für das Jahr 1990, die angesichts des Geburtenrückgangs und eines negativen Wanderungssaldos eine Stagnation der Bevölkerung in Erwägung zieht.

Allerdings, so die Planung, sollten durch Schaffung neuer Arbeitsplätze und Wohnsiedlungen junge Familien für Herten gewonnen werden, um das Defizit auszugleichen.

Aufgrund dieser Annahme wurde für das Jahr 1990 eine Einwohnerzahl zwischen 72.000 und 73.000 prognostiziert, für den günstigsten Fall waren 75.000 Einwohner in Aussicht gestellt.

Tatsächlich waren es dann im Prognosejahr nur 68.877 Einwohner – bei einer Arbeitslosenrate von 11 %.

Bemerkenswert ist, dass die Analyse der Stadtentwicklung von 1980 die Tendenz zu einem allgemeinen Bevölkerungsrückgang bereits erkannte und durch städtebauliche Maßnahmen – vor allem auch durch Verbesserung der Siedlungsstruktur (Auflockerung) und der technischen und sozialen Infrastruktur – gegensteuerte.

Die Crux lag in der Bewertung der Zukunft des Bergbaus, dem *„eine lange Lebensdauer, mit vielen Arbeitsplätzen“* vorhergesagt wurde.

Der o.g. Bericht führt aber auch aus, dass *„trotz intensiver Wirtschaftsförderung die Monostruktur nicht beseitigt werden konnte.“*

Diese kurze Chronologie lässt erkennen, dass der demografische Wandel nicht erst heute die Stadtentwicklung wesentlich beeinflusst und zumindest seit Ende der 1960er-Jahre bewusst in die kommunalen Entwicklungskonzepte einbezogen worden ist. Sie verweist außerdem auf die enge Verflechtung von wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen, die bei der Konzeptentwicklung ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

Das Arbeitsprogramm des Bürgermeisters: „Mut zur Zukunft!“, das bereits seit 2005 die strategische Orientierung der Kommune bestimmt, nennt Strukturwandel und Demografie als die beiden Hauptfaktoren für die kommunale Entwicklung der kommenden Jahre.

Mit den Themen

- Wohn- und Stadtentwicklung
- Arbeit und Ausbildung
- Erziehung – Bildung – Betreuung
- Integration von Zugewanderten

sind die wichtigsten Handlungsfelder, die sich aus der demografischen Stadtentwicklung ergeben, benannt und die Ziele beschrieben.

Damit gehört Herten zu den wenigen Städten, die das Zusammenspiel von Wirtschaftsentwicklung und demografischem Wandel als zentrale Herausforderung für die Stadtentwicklung erkannt haben und für alle städtischen Handlungsfelder entsprechende Ziele formulieren.

Herten und die Region – 2008 bis 2020

Herten hat seit über 10 Jahren einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Eine Wende in diesem Trend ist auch nach aktuellen Zahlen nicht in Sicht. Die niedrigen Geburtenziffern sind ein bundesweites Phänomen, die hohe Zahl der Fortzüge dagegen ist eindeutig zeitlich gekoppelt mit dem Niedergang des Bergbaus, hat also regionalen Charakter.

Während sich z. B. der grenznahe Landkreis Borken zu einer Jobmaschine entwickelt, schrumpfen und altern die klassischen Industrieviere.

In den vergangenen Jahrzehnten sind die Bevölkerungszahlen in NRW kontinuierlich gestiegen. Ende 2007 war mit knapp 18 Mio. Einwohnern zum ersten Mal ein Rückgang zu verzeichnen. Nach Prognosen des LDS NRW wird sich diese Tendenz fortsetzen, bis 2040 soll die Bevölkerung auf 16,86 Mio. schrumpfen.

In den einzelnen Landesregionen wird sich diese Entwicklung in Bezug auf die Quantität und Qualität der Bevölkerungsstruktur jedoch sehr unterschiedlich auswirken.

„Die demographische Entwicklung einzelner Kreise und Städte hängt mehr denn je von deren ökonomischen Perspektiven ab. Wandlungsgewinne werden in den allermeisten Fällen nur noch durch den Wettbewerb um Einwohner zu erzielen sein. Da überwiegend junge, gut ausgebildete Erwerbstätige im Alter zwischen 20 und 40 Jahren von attraktiven Regionen angezogen werden, verändert sich in schrumpfenden Regionen zusätzlich die Altersstruktur.“

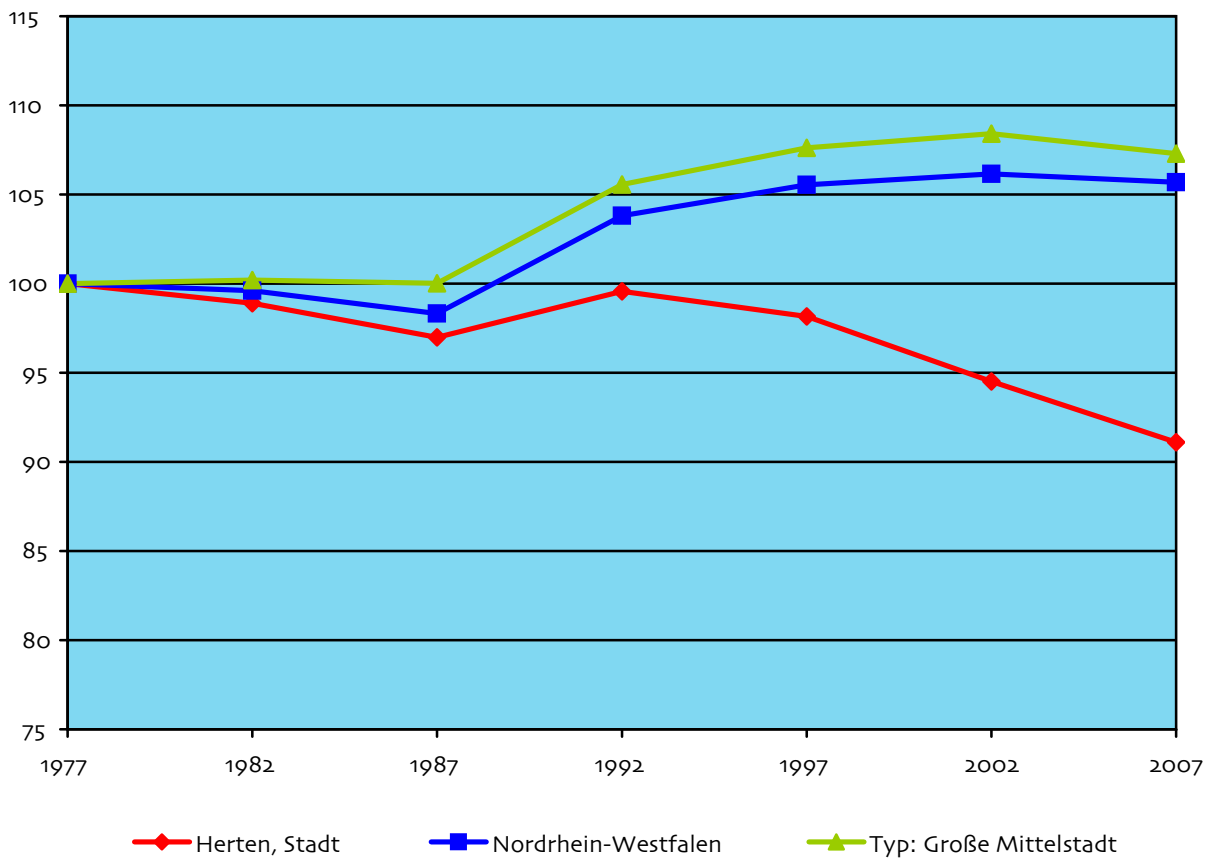
(Den demographischen Wandel in NRW gestalten, Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW, April 2005)

Herten und der Kreis Recklinghausen

Für die Städte und Gemeinden im Kreis Recklinghausen wird zwischen 2004 und 2020 ein Bevölkerungsverlust zwischen 8 % und 15 % prognostiziert. Haltern bildet dabei die einzige Ausnahme.

Herten wird mit einem Verlust von 14,5 % mit am stärksten betroffen sein, gefolgt von Marl und Datteln.

Bevölkerungsentwicklung 1977 – 2007
1977 = 100



LDS NRW, Kommunalprofil 2007

Die Einwohnerzahl ist von 69.936 im Jahr 1977 auf 63.713 am 31.12.2007 gesunken (LDS NRW). Auch wenn die Genauigkeit von Prognosen begrenzt ist, der Trend zur Schrumpfung wird unumkehrbar sein. Der Einfluss auf die künftige Bevölkerungszahl ist nur über Zuzüge möglich. Diese können den Verlust im besten Fall begrenzen, nicht aber kompensieren.

Zuzüge und Fortzüge

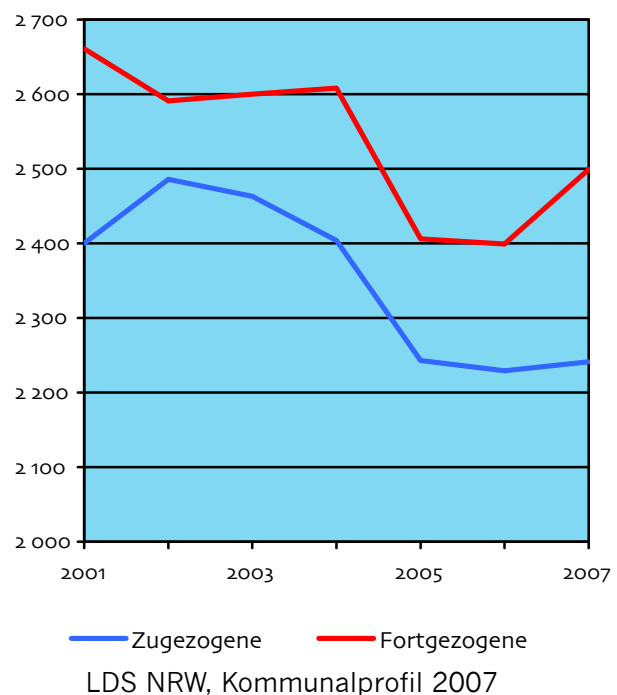
Herten verzeichnet im Zeitraum von 2000 bis 2008 einen negativen Wanderungssaldo, wobei es bei den Zuzügen nur minimale Unterschiede zwischen Herten und Kreis gibt. Dagegen liegt Herten bei den Fortzügen über dem Kreis-Durchschnitt.

Im Landesvergleich verliert der Kreis Recklinghausen überdurchschnittlich viele Einwohner. Ein Ausgleich der Wanderungsverluste durch Zuzüge ausländischer Bewohner ist in den letzten Jahren nicht mehr gegeben, die Fortzüge liegen im Kreis und in Herten deutlich über dem Landesdurchschnitt, die Zuzüge darunter.

Über die Motive einzelner Umzügler ist wenig bekannt, da es keine repräsentativen Umfragen dazu gibt. Festzustellen ist, dass sich die Umzugsrate in der EL-Region im Vergleich zum Zeitraum 1995 bis 1999 um 5,9 % gesenkt hat. Ebenfalls rückläufig sind die Fortzüge von nichtdeutschen Bewohnern der Region. Zu vermuten ist hier ein Zusammenhang mit dem Zechensterben in den 1990er-Jahren, das die Fortzüge damals verstärkt hat. Die meisten Abwanderer sind in andere NRW-Regionen gegangen, an zweiter und dritter Stelle standen südliche und nördliche Bundesländer, also jeweils wirtschaftlich besser gestellte Regionen.

Trotz des negativen Trends ist es Herten gelungen, insbesondere durch den Bau von Familiensiedlungen, Einwohner aus Nachbarstädten zu gewinnen. 2006 zogen mehr Familien aus den Städten Herne, Marl und Dorsten nach Herten als umgekehrt. Besorgniserregend ist die hohe Zahl junger Erwerbstätiger im Alter zwischen 30 und 50 Jahren, also in der Familienphase, die die größte Gruppe der Fortzügler darstellt. Allerdings sind auch hier die Zahlen im Vergleich zum Zeitraum 1995 bis 1999 rückläufig. (LDS NRW, Kommunalprofil 2006, Grundstücksmarktbericht RE, 2007, S. 7ff.)

**Wanderungen
2001 – 007
Herten, Stadt**



Genderaspekte

Seit 2004 ist die Geschlechterbilanz fast ausgeglichen, da sich die Lebenserwartung der Männer erhöht hat. Nur bei den hochaltrigen Einwohnern (über 75 Jahre) ist seit 2004 und in der Prognose für 2020 ein Überschuss bei den Frauen zu erwarten, was für die Ausrichtung der Pflegeangebote von Bedeutung sein könnte. Die Situation, in der Frauen mit 70 Jahren, die ihre 90 Jahre alten Mütter pflegen, werden keine Seltenheit bleiben. Nach wie vor ein Problem ist die niedrige Quote erwerbstätiger Frauen, bei steigender Zahl alleinerziehender und alleinstehender Frauen.

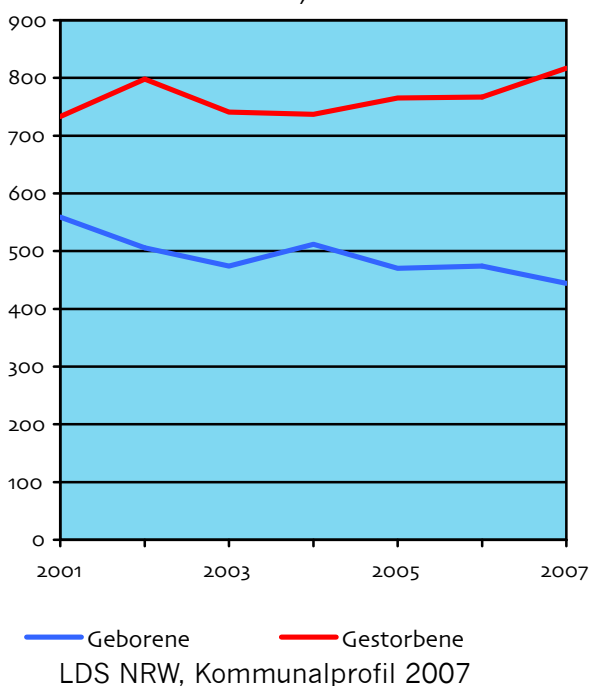
Mangelnde Ausbildung und Berufserfahrung, ein traditionelles Rollenverständnis, instabile Familienverhältnisse, aber auch wenig familienfreundliche Arbeitszeiten sind Beispiele für Hindernisse auf dem Weg in den Beruf.

Die Rolle von Frauen wird bei der Konzeptentwicklung unter verschiedenen Aspekten zu bearbeiten sein:

- Berufliche Qualifikation von Frauen (Ausbildung, Wiedereinstieg)
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Steigerung der Erwerbsfähigkeit)
- Doppelbelastung durch Versorgung der Kinder und der Elterngeneration
- Großer Anteil hochaltriger Frauen in Pflegesituationen
- Situation von Frauen in Pflegeberufen
- Chancen junger Frauen mit Migrationshintergrund in Familie, Beruf und Stadtgesellschaft

Aus dem Gleichgewicht: Alt und Jung

**Natürliche Bevölkerungsbewegung
2001 – 2007
Herten, Stadt**



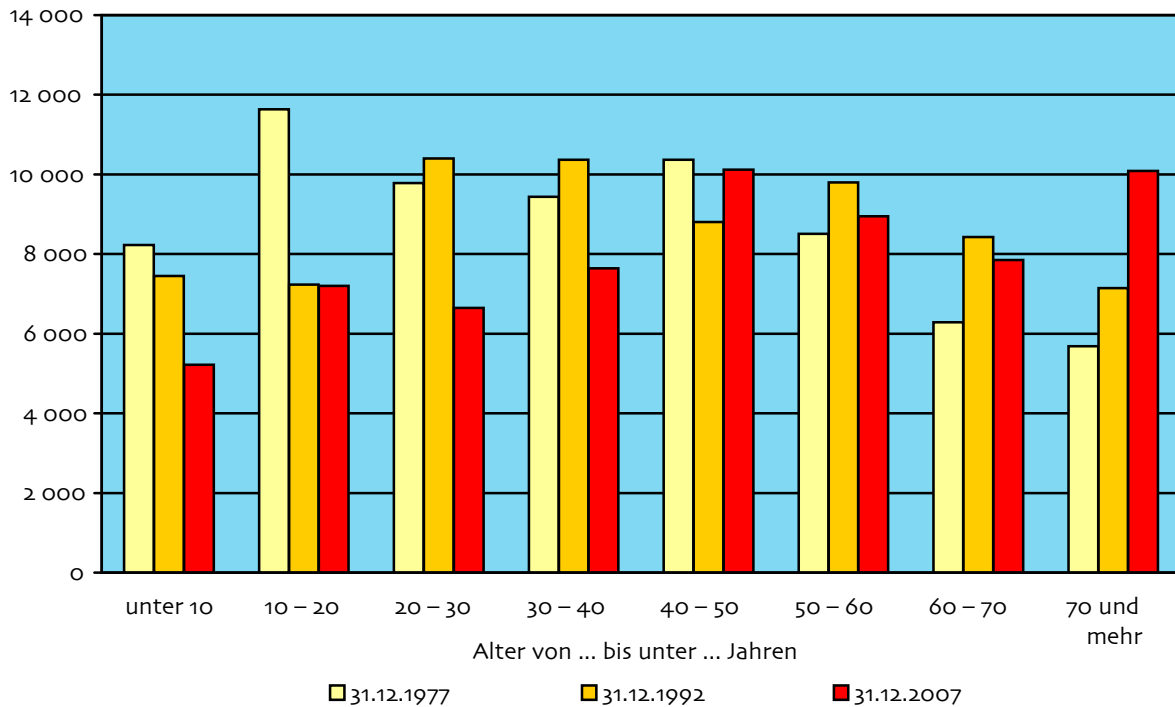
Im Zeitraum 2003 bis 2007 lag die Geburtenrate in Herten nur leicht unter den Durchschnittswerten des Kreises, aber deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Dagegen wächst der Anteil der alten Menschen durch die erhöhte Lebenserwartung.

Das Schaubild rechts (S. 13) zeigt den Anteil der jüngeren Einwohner unter 30 Jahren, der in den letzten 30 Jahren rapide gesunken ist. Der Anteil der Älteren, insbesondere der Hochaltrigen (über 70), ist im gleichen Zeitraum rapide gestiegen. Die stärksten Altersgruppen sind jenseits der 40 zu suchen, den größten Zuwachs haben die über 70-Jährigen.

2007 hatte Herten einen Bevölkerungsanteil von 22,5 % bei den über 65-Jährigen, während die unter 18-Jährigen nur 17 % erreichten. Die Entwicklung der Vorjahre hat sich somit fortgesetzt. Keine Veränderung in der Entwicklung vorausgesetzt, wird dieser Anteil von Jungen in 20 Jahren einem Anteil von 29,5 % von 60- bis 80-Jährigen gegenüberstehen.

(Quelle: LDS NRW Kommunalprofil, S. 7; Bevölkerungsbericht BR Münster, S. 20/21)

Bevölkerung 31.12.1977 – 31.12.2007 nach Altersgruppen Herten Stadt



EW 1977 (31.12.) – 69.936, EW 2007 (31.12.) – 63.713

LDS NRW, Kommunalprofil 2007

Für die Stadtgesellschaft bedeutet das, dass ein immer geringerer Anteil von jüngeren Menschen Unterstützungsleistungen für die ältere Generation erbringen muss.

Unabhängig davon, wie stark die Zuwanderung junger Familien beeinflusst werden kann, ist mit einem hohen Bevölkerungsanteil älterer und hochaltriger Menschen zu rechnen. Diese Entwicklung hat nicht nur Auswirkungen auf die Planung der Altenhilfe, sie hat Signalwirkung für alle Handlungsfelder.

Wo aber bleibt die Jugend? Gibt es für Jugendliche und junge Erwachsene in einer alternden Stadt noch genügend akzeptierte Spiel- und Freiräume?

Kann eine Stadt, in der überwiegend Ältere leben, überhaupt als kinder- und jugendfreundlich gelten?

Die viel diskutierte Frage, ob die zentrale Zielgruppe in Zukunft die Jungen oder die Alten sind, darf sich für Herten nicht stellen, denn:

Die Jüngeren sollen zu uns kommen und bleiben, die Stadt braucht sie und muss sie fördern.

Die Älteren sind da, sie können helfen und stabilisieren. Die Hochaltrigen dürfen wir nicht im Stich lassen.

Wie aber wird sich die Verteilung der öffentlichen Ressourcen unter diesen Bedingungen gestalten?
Wird es gelingen, Schwerpunkte zu setzen, ohne den Zusammenhalt der Generationen zu gefährden?

Zugewanderte – ein Teil von uns

Der Bericht zum Integrationsmonitoring ermöglicht einen umfassenden Einblick in die Lebensbereiche von Zugewanderten in unserer Stadt.

Die Darstellung des Migrationshintergrunds (damit gemeint sind hier nicht nur Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, sondern auch in Deutschland geborene Ausländer, die inzwischen eingebürgert sind, eingebürgerte Ausländer mit zweiter Staatsangehörigkeit sowie Spätaussiedler) ermöglicht einen erweiterten Blick auf die Integrationsproblematik. Einmal mehr wird deutlich, dass wir nicht über die Belange und die Rolle einer Minderheit sprechen. Wir können davon ausgehen, dass in Herten jedes zweite Kind im Alter von bis zu 6 Jahren einen Migrationshintergrund hat. „Bunt“, das ist damit keine demografische Prognose: Die multikulturelle Gesellschaft ist Gegenwart in unserer Stadt.

Für den Integrationsprozess stehen zwei Aufgabenschwerpunkte an:

1. Die Weiterführung der fördernden und aktivierenden Integrationsprogramme (Sprachförderung, Integrationskurse, Familienbildung, Ausbildungsförderung etc.), um die soziale und berufliche Chancengleichheit zu verbessern.
2. Beteiligungsprozesse müssen initiiert werden. Die Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben und an den Aufgaben der Stadtgesellschaft muss gefördert und eingefordert werden, um schließlich selbstverständlich zu werden.

Fördern und aktivieren

Mit dem Integrationsfahrplan haben wir ein Instrument geschaffen, mit dem wir systematisch und nachhaltig an der Behebung von Defiziten arbeiten können.

Durch die Bildungsoffensive sind alle schulischen und außerschulischen Einrichtungen an Integrationsmaßnahmen beteiligt. Diese werden in den kommenden Jahren noch erweitert und ausgebaut.

Ihre Wirkung kann zukünftig mit Hilfe des Monitorings erfasst werden.

Partizipation fördern und einfordern

Ca. 18,42 % der Einwohner in unserer Stadt haben einen Migrationshintergrund. Mit ihrem hohen Anteil junger Menschen stellt sich diese Bevölkerungsgruppe längst nicht nur als Empfängerin kommunaler Fürsorge, sondern auch als gestaltende Kraft unserer Stadtgesellschaft dar.

Der hohe Anteil junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sollte Anlass sein, den Fokus auf ihre zukünftige Rolle als Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, als Kunden und Konsumenten und als Agierende in Politik und Bürgerschaft zu richten, in der sie ernst genommen und partizipiert werden müssen.

Die gemeinsame Entwicklung von Beteiligungsprozessen wird zu den schwierigen Aufgaben gehören, die vor uns liegen. Sie kann nur auf dem Boden eines gemeinschaftlichen Grundkonsenses für das Zusammenleben in unserer Stadt gelöst werden.

WOHNEN/WOHNUMFELD



Handlungsfeld Wohnen – Wohnumfeld

1. Aspekte der aktuellen Diskussion

Der Wohnungsmarkt in Deutschland wird vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung von Rückgang und Alterung der Bevölkerung und durch Vielfalt der Kulturen und Lebensstile stark beeinflusst.

Die Tendenz in Deutschland ist gekennzeichnet durch:

- Zunahme der Haushalte trotz sinkender Bevölkerungszahl
- Zunahme der Ein-Personen-Haushalte (ca. 1/3 aller Haushalte)
- Abnahme der Familienhaushalte über 3 Personen
- Zunahme der Haushalte mit älteren und hochaltrigen Menschen
- Zunahme der Haushalte von Alleinerziehenden und Patchwork-Familien

Der Wohnungsbedarf soll in den kommenden 20 Jahren – trotz geringerer Bevölkerungszahlen (aber steigender Haushaltszahlen) – noch wachsen, allerdings mit neuen Anforderungen an Wohnqualität und Umfeld.

2. Wohnen in Hertzen

Für ein strategisches Handlungskonzept in Hertzen ist zunächst festzustellen, ob die bundesweite Entwicklung auch den Trend in Hertzen bestimmt, denn alle Berichte, die Durchschnittswerte und Trends ermitteln, weisen auf enorme regionale Unterschiede hin. So gibt es neben schrumpfenden Städten auch Wachstumsregionen. Innerhalb des Ruhrgebiets und selbst im Kreis Recklinghausen sind enorme Unterschiede zu beobachten. Der Stadt Castrop-Rauxel ist für 2020 ein Bedarf von 542 Wohneinheiten prognostiziert, Recklinghausen dagegen soll ein Plus von nur 23 Einheiten zu erwarten haben.

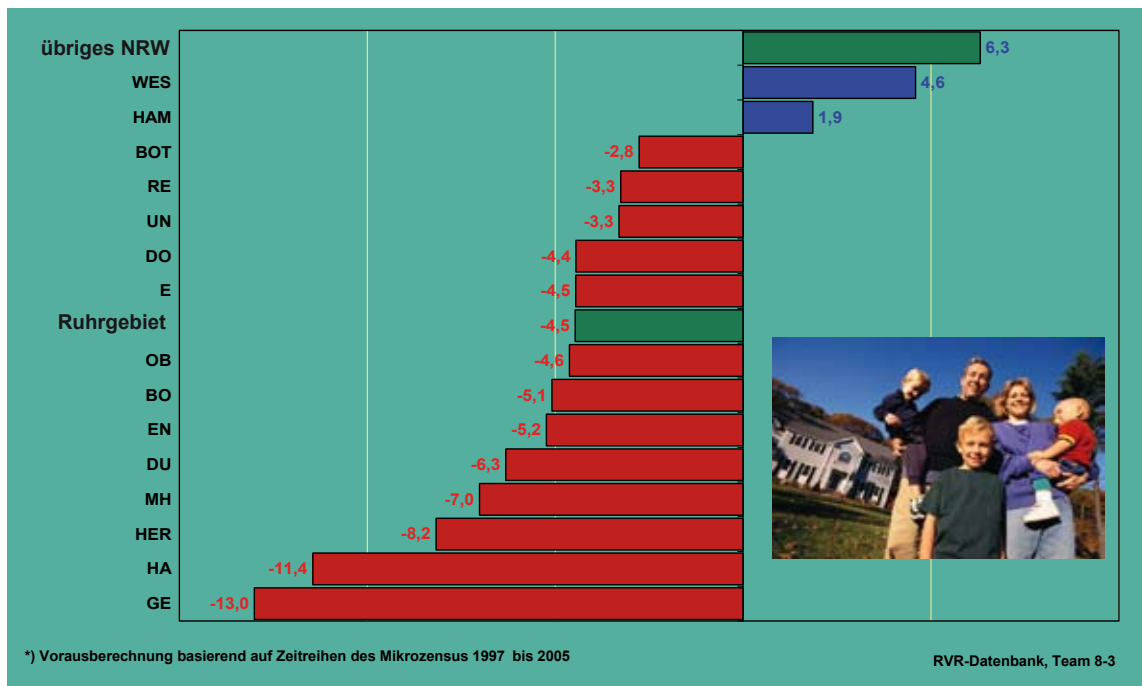
(Wohnungsmarktanalyse 2006, Hrsg. Sparkasse im Vest)

2.1. Entwicklung der Haushalte

Wächst die Zahl der Haushalte?

Herten hat in den letzten 10 Jahren rund 4000 Einwohner verloren. Für die Ermittlung des Wohnungsbedarfs ist jedoch nicht die Einwohnerzahl, sondern die Entwicklung der Haushalte das entscheidende Kriterium. Nicht Einzelpersonen, sondern Haushalte bestimmen die Nachfrage nach Wohnraum und Wohnungstypen. Während das Land NRW bis 2020 mit wachsenden Haushaltszahlen im Bundestrend liegt, muss das Ruhrgebiet mit einem Rückgang der Haushalte rechnen.

**Veränderung der Privathaushalte
2005 gegenüber 2025* in % (Trendvariante)**



RVR, Datenbank 2007

Der Bevölkerungsbericht 2005 der BR Münster führt aus, dass der demografische Wandel bei den Haushalten zwei unterschiedliche Entwicklungen bewirkt. Zum einen sinkt die Zahl der Haushalte aufgrund des Bevölkerungsrückgangs, andererseits nimmt die Zahl der kleinen, vor allem der Ein-Personen-Haushalte, weiter zu. Die Verkleinerung der Haushalte führte bis 2005 zum Anwachsen der Haushaltszahlen und somit zu vermehrter Wohnungsnachfrage, trotz rückläufiger Einwohnerzahl. Der Bericht stellt eine vorsichtige Prognose zur Entwicklung der Haushalte in der EL-Region. Demnach wird sich dieser Trend nicht fortsetzen, ab 2010 ist mit einem Rückgang der Haushalte zu rechnen.

Künftige Entwicklung der Haushalte im Regierungsbezirk Münster

| Regions-/ Verwaltungseinheit | Haushalte | | | | | | | | |
|---------------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|--------------------|-------|-------|-------|
| | absolut | | | | | Index 2002 = 100 % | | | |
| | 2002 | 2005 | 2010 | 2015 | 2020 | 2005 | 2010 | 2015 | 2020 |
| Münster, Reg.bez. | 1.151.500 | 1.167.700 | 1.188.900 | 1.204.800 | 1.208.100 | 101,4 | 103,2 | 104,6 | 104,9 |
| Region Emscher-Lippe | 490.400 | 490.900 | 489.200 | 483.300 | 471.900 | 100,1 | 99,8 | 98,6 | 96,2 |
| Region Münsterland | 661.100 | 676.800 | 699.600 | 721.200 | 735.900 | 102,4 | 105,8 | 109,1 | 111,3 |

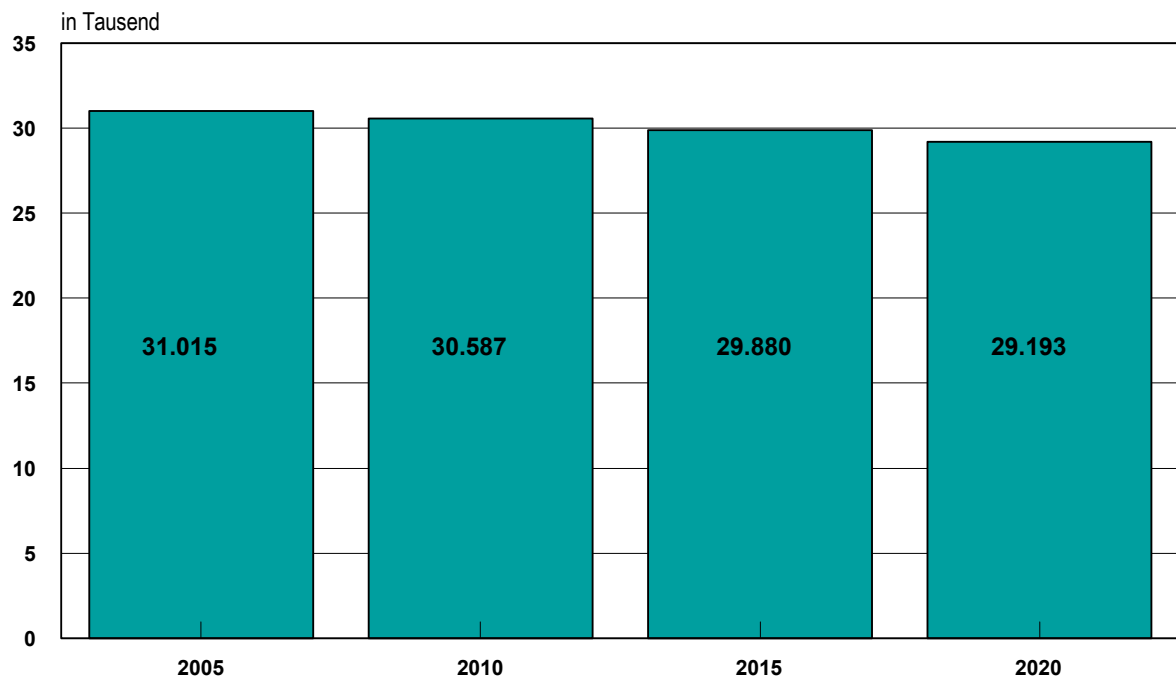
LDS NRW, Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen, entnommen aus:
BR-Münster, Bevölkerungsbericht 2005, S. 64, Tab. 4-1

Haushaltsentwicklung in Herten

Die Bevölkerungszahl sank im Zeitraum 1987 bis 2006 um 6,3 %. Die Haushaltszahlen dagegen sind vergleichsweise stabil geblieben.

Zukünftig ist für die EL-Region ein Rückgang der Haushaltszahlen zu erwarten (siehe oben: Tabelle LDS NRW).

Haushaltsprognose für Herten 2005 bis 2020 (2005=100 %)



InWIS – Institut für Wohnungswesen, Bochum

Einhergehend mit der quantitativen Veränderung der Haushalte verändern sich die Haushaltsstrukturen und damit die Nachfrage nach bestimmten Wohnungstypen.

Die Haushalte werden kleiner und älter

In den letzten 10 Jahren war in NRW eine kontinuierliche Zunahme der Ein-Personen-Haushalte zu beobachten.

Im Kreis Recklinghausen lag die durchschnittliche Haushaltsgröße im Jahr 2005 bei 2,1 Personen, im Jahr 2020 werden es voraussichtlich nur noch 2,02 Personen sein.

In Herten lag die durchschnittliche Haushaltsgröße 1987 noch bei 2,37 Personen, in 2006 ist sie auf ca. 2,17 zurückgegangen. (LDS NRW, eigene Berechnung)

1987 waren bereits 28,1 % aller Haushalte Ein-Personen-Haushalte, davon 65,7 % Frauen! Die Zwei-Personen-Haushalte hatten einen Anteil von 32,1 %.

Der Trend zu kleinen Haushalten hat seither zugenommen. Es gibt derzeit keine genauen Angaben zu den aktuellen Haushaltsgrößen, aber Hinweise, die diese Entwicklung bestätigen:

Laut Familienbericht 2006 hat mehr als die Hälfte aller Familien in Herten nur ein Kind.

Der Bevölkerungsanteil der für kleinere Haushalte relevanten Zielgruppen, also ältere Alleinstehende, Geschiedene, Verwitwete und junge Singles, ist in den vergangenen Jahren gestiegen. So sind mittlerweile 37,7 % der über 60-Jährigen in Herten alleinstehend, die Tendenz ist wachsend.

Durch den Rückgang der mittleren Altersgruppen (Familien/ 30- bis 40-Jährige), die in der Vergangenheit die Nachfragedynamik an den Wohnungsmärkten prägten, werden die kleineren Haushalte mit Singles (30- bis 50-Jährige) und Älteren die zukünftigen Trendsetter auf dem Wohnungsmarkt sein.

2.2. Wohnflächen und Raumzahlen verändern sich

Wohnflächen

Während die Bevölkerung schrumpft und die Haushalte kleiner werden, steigt der Wohnflächenbedarf.

Aus der Statistik der Baufertigstellungen im Kreis RE lässt sich folgender Vergleich herstellen:

Durchschnittliche Wohnungsgrößen:
1990 bis 1996: zwischen 87 und 98 m²
2000 bis 2006: zwischen 92 und 130 m²

In Herten ist die durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner allein zwischen 2000 und 2006 von 35,8 m² auf 38,2 m² gestiegen.

(LDS NRW, eigene Berechnung)

Allerdings relativieren sich die Größen, wenn man auf die Zielgruppe der Familien schaut, denn im Familienbericht 2006 ist die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in Familien mit nur 29 m² angegeben.

Größere Lebensgemeinschaften haben demnach weniger Wohnraum pro Person zur Verfügung. Hinzu kommt noch das soziale Gefälle, das ebenfalls zur Minderung des durchschnittlichen Wohnraums führt.

Die Veränderungsprozesse in den Haushalten zeigen sich auch in der Favorisierung bestimmter Wohnungszuschnitte. Offensichtlich wünschen sich Eigentümer wie Mieter (auch kleinere Haushalte) mehr Gestaltungsmöglichkeiten, was sich sowohl in der Zunahme der Flächen als auch der Räume niederschlägt. Der Familienbericht 2006 führt aus, dass für Familien der häufigste Umzugsgrund Platzmangel ist. Auch die IHK Standortanalyse 2007 und das Gutachten des InWIS-Instituts weisen auf die Nachfrage nach großzügigen Wohnungen für Familien hin.

Wohnräume

Im Wohnungsbestand weist die LDS NRW-Statistik die höchsten Zuwächse zwischen 2000 und 2006 bei den 2- bzw. 3-Raum-Wohnungen sowie bei den 6-Raum-Wohnungen aus.

Die Fertigstellungen müssten hier genau begutachtet werden, um zu erfahren, welche Wohnungstypen hinter diesen Zahlen stehen. Der Zuwachs bei den großen Wohnungen ist vermutlich auf Siedlungen im individuellen Wohnungsbau zurückzuführen, beim Zuwachs der 2-Raum-Wohnungen könnten Altenwohnungen die Ursache sein. Die Wohnungsgesellschaften melden eine verstärkte Nachfrage nach kleineren, bislang eher schlecht zu vermietenden Wohnungen, die jetzt häufiger von Hartz-IV-Empfängern angemietet werden.

Zukünftiger Handlungsbedarf

- In Herten sind großzügige und preiswerte Wohnungen für Familien Mangelware.
Vermieter müssen sich auf den gestiegenen Raumbedarf für Familien einstellen. Dazu bedarf es entsprechender Konzepte für Umbau und Sanierung. Private Vermieter benötigen hierfür fachliche Beratung und Informationen über Finanzierungsmodelle. Die Kommune kann hier nur initiiierend und informierend tätig werden.
- Um gezielter auf die Entwicklung am Wohnungsmarkt reagieren zu können, werden detailliertere Informationen über Angebot und Nachfrage im Bestand benötigt.

3. Die Zielgruppen des demografischen Wandels

3.1. Junge Familien

Familien sind Gewinn und Verpflichtung

Angesichts von Überalterung und Einwohnerschwind wird für die Stadtentwicklung die Ansiedlung junger Familien schon fast zur Überlebensfrage, denn:

- Familien haben eine lange Bindung an den einmal gewählten Wohnort
- Familien sorgen für Nachwuchs und versorgen die Alten
- Familien stehen im Mittelpunkt nachbarschaftlichen Lebens und bilden die Eckpfeiler in sozialen Netzwerken

Alles gute Gründe, um Familien für den Wohnstandort Herten zu gewinnen und vor allem Fortzüge zu vermeiden.

Die Wohnverhältnisse von Familien

Der Familienbericht 2006 des ZEFIR Instituts basiert auf einer Familienumfrage, die nicht den Anspruch hat, repräsentativ zu sein. Sie zeigt aber Entwicklungstrends und verweist auf Defizite.

In Herten leben über 7200 Familien, was bedeutet, dass mehr als ein Drittel aller Einwohner im Familienverband lebt. Rund 17 % davon sind alleinerziehend.

Der Familienbericht geht davon aus, dass die Eigentumsquote bei Familien in Herten an 50 % grenzt. Umgekehrt betrachtet wohnen also rund 3500 Familien in Herten zur Miete, 14 % davon erwägen einen Umzug mit der Motivation, Eigentum zu erwerben.

Wohnkosten sind der größte finanzielle Faktor im Haushaltsbudget der Familien. Sie geben zwischen 30 und 40 % ihres Einkommens für Miete und Nebenkosten aus. 68,5 % der Familien in Herten haben ein monatliches Einkommen unter 1.500 EUR. Vor allem der Anstieg der Energiekosten ist eine große Belastung für die Haushalte geworden. Deshalb befassen sich viele Familien mit der Optimierung ihrer Wohnsituation, auch im Hinblick auf energiesparende Lösungen.

Als Hauptgründe für mögliche Umzüge nennen die Familien Platzmangel, zu hohe Mieten, Verkehrslärm, nicht kindgerechtes Wohnumfeld und schlechte Ausstattung der Wohnung. Durch die rückläufigen Bevölkerungszahlen in der Altersgruppe der Familiengründer, aber auch durch die wirtschaftlich unsichere Lage, gehen die Marktanalysen zukünftig von einem Rückgang der Nachfrage nach EFH aus. Die Nachfrage nach familienfreundlichem, preiswertem Wohnraum im Bestand wird in den kommenden Jahrzehnten aber aktuell bleiben.

Was muss das Wohnumfeld bieten

Der 7. Familienbericht des Bundesministeriums bringt es auf einen Nenner: Flexibilität und Zuverlässigkeit sind die Zauberworte für junge Familien. Das gilt auch für Herten. Dazu gehören:

- Flexible und zuverlässige Nahversorgungsstrukturen
- Flexible Öffnungszeiten und Verfügbarkeit von Sozial-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen (dies gilt auch für Angebote in der Gesundheitsprävention)
- Flexible Dienstleistungen vom Supermarkt bis zur Haushaltshilfe
- Gute Verkehrsanbindung
- Zuverlässige Betreuungsangebote
- Stabile Kommunikationsstrukturen im Wohnumfeld
- Nachbarschaftsnetzwerke

Und das alles in der Nähe des Wohnstandortes.

Die Lösungen dafür können nur in Kooperation mit allen Kräften im jeweiligen Stadtteil gefunden werden und aus einem Mix aus kommerziellen, öffentlich geförderten und ehrenamtlichen Aktivitäten erwachsen.

Vor allem die sozialen Netzwerke können nur allmählich wachsen und müssen von den Anwohnern mitgetragen werden. Ein gutes Quartiermanagement kann diese Prozesse aber unterstützen. Die Stadt Herten verfügt bereits über ein ganzes Bündel an Maßnahmen zur Familienunterstützung. Die Einrichtung von Quartiermanagements im Rahmen der integrierten Handlungskonzepte, die Stadtteilorientierung der Grundschulen und die Maßnahmen der Jugendhilfe bilden bald ein flächendeckendes Netz unterstützender und gestaltender Maßnahmen. Da sie zum Teil zunächst Projektcharakter haben, wird ihre dauerhafte Einrichtung zur Zukunftsaufgabe der Stadt gehören.

Zukünftiger Handlungsbedarf

- Die Schaffung von familienfreundlichen und preisgünstigen Wohnungen im Bestand kann dazu beitragen, dass die Abwanderung begrenzt wird und neue Familien zuziehen. Hier sind die Aktivitäten der Wohnungsgesellschaften gefragt, aber auch private Vermieter müssen aktiviert werden.
- Die Entwicklung von Energiesparmodellen für Familien gewinnt an Bedeutung und muss forciert werden (Kooperation mit Stadtwerken).
- Bei der Gestaltung des Wohnumfelds und der Netzwerke müssen Mieter und Eigentümer gemeinsam agieren. Das Quartiermanagement kann dabei helfen und Impulse geben.

3.2. Familien mit Migrationshintergrund

Der Bericht zum Migrationsmonitoring 2008 verweist auf einen Bevölkerungsanteil von ca. 18 % der Einwohner mit Migrationshintergrund. Allein schon wegen ihres hohen Anteils an der gesamten Bevölkerung rücken die Familien auch bei der Wohnraumentwicklung in den Fokus kommunalen Handelns.

Dabei sind drei Gesichtspunkte von besonderer Bedeutung:

- Die Optimierung der Wohnverhältnisse zur Vermeidung von Segregation
- Die Einrichtung von Integrationshilfen in den Quartieren
- Die Entdeckung junger Familien als Kunden auf dem Wohnungsmarkt

Das Wohnen stellt einen bedeutenden Integrationsfaktor dar:
„Sage mir, wo du wohnst und ich sage dir, wer du bist.“

Segregation durch Wohnstandorte oder durch Wohnverhältnisse?

Segregation hat zwei Gesichter: Sie gibt sozialen Rückhalt und stärkt die Identität durch das Zusammenleben von Menschen gleicher Herkunft und Kultur oder gleichen Milieus. Sie führt aber auch zu Ab- und Ausgrenzung.

Entscheidende Faktoren bei Segregationserscheinungen sind Wohnstandort und vielleicht noch mehr das äußere Erscheinungsbild der vorwiegend von Zugewanderten bewohnten Wohnquartiere. Wohnungen ausländischer Familien haben bundesweit im Durchschnitt eine schlechtere Ausstattung in Bezug auf Größe, Komfort und Gestaltung. Bedingt durch Familiengröße und eine durchschnittlich niedrigere Einkommensstruktur der Haushalte werden Wohnquartiere mit günstigen Mieten von vielen Migrantenfamilien bevorzugt. Vermieter sehen deshalb häufig keinen Anlass, in diese für den allgemeinen Markt oft unattraktiven Wohngebäude zu investieren. Wenn sich dann wegen mangelnder Kaufkraft und Aktivität des Quartiers Handel, Gastronomie und auch soziale Infrastruktur reduzieren, gilt das Quartier schnell als vernachlässigt und infolgedessen ausgegrenzt. Allerdings ist die Gestaltung von Wohnen und Umfeld auch kulturell geprägt. Vor allem bei älteren Bewohnern gelten andere Maßstäbe für Komfort und Ästhetik, was sich auch im selbst gestalteten Eigentum widerspiegelt.

Dadurch grenzen sich Quartiere aus der Norm der Wohnlandschaften aus.

Der Wunsch, sich im eigenen Milieu zu bewegen und zu wohnen, ist zu respektieren.

Zur Ausgrenzung führt weniger die räumliche Segregation, als das Erscheinungsbild der Wohnbereiche.

Auf dem Kongress „Gut miteinander Wohnen“ (2007) der Schader Stiftung wurde in einem Beitrag zur Diskussion gestellt, ob die Erwartungen an ein „Miteinander der Kulturen“ nicht zu hoch gesteckt sind. „Ein gleichgültig-freundliches Nebeneinander“ könnte auch schon ein angemessenes Ziel sein, wurde zu Bedenken gegeben.

Wenn es gelänge, die Wohnqualität und das Umfeld problematischer Quartiere aufzuwerten, wäre ein wichtiger Schritt zur Verhinderung von Segregation erreicht.

In den integrierten Handlungskonzepten für die Stadtteile sind jeweils Schwerpunkte auf die Zielgruppe der Migranten gelegt. Damit sind Ansatzpunkte zur Verbesserung der Wohnsituation gegeben.

Die Einrichtung von Integrationshilfen in den Quartieren ist im Rahmen der Stadtteilentwicklung durch Sprachförderung, Aktivitäten des Hauses der Kulturen, Öffnung der Schulen, Jugendarbeit usw. in Angriff genommen worden und wirkt gegen Tendenzen zur Segregation.

Zukünftig wird auch bei diesen Maßnahmen die Kontinuität der Angebote ausschlaggebend für den Erfolg sein.

Junge Familien als zukünftige Nachfrager am Wohnungsmarkt

Über Wohnwünsche und Absichten vor allem junger Familien mit Migrationshintergrund ist noch zu wenig bekannt, um sie als potenzielle Nachfrager am Wohnungsmarkt einzuplanen. Hier besteht zukünftig Handlungsbedarf bei den Wohnungsgesellschaften und der Wohnungswirtschaft.

Einige Wohnungsgesellschaften in Großstädten haben sich schon umorientiert und reagieren auf kulturelle Besonderheiten und Bedürfnisse. Wichtig sind beispielsweise das Vorhalten von Freizeitangeboten, Hof-, Garten- und Gemeinschaftsräumen sowie eine funktionierende Nahversorgung.

Vor allem junge Migranten, die ihre und die Zukunft ihrer Kinder in Deutschland sehen, könnten verstärkte Bereitschaft zu Veränderungen ihrer Wohnverhältnisse haben.

Zukünftiger Handlungsbedarf

- Die Durchmischung der Wohngebiete ist wünschenswert, aber nicht planbar. Ziel der Integrationspolitik könnte es sein, durch Anhebung der Wohnstandards und des Wohnumfeldes sowie durch zeitgemäße Wohnmodelle für junge Familien die Segregationserscheinungen zu mindern. Das sollte im Rahmen des Integrationsfahrplans mit Vertretern der Wohnungsgesellschaften und Eigentümern erörtert werden.
- Die Frage, wie vor allem junge Migranten stärker als Kunden am Markt wahrgenommen werden können, richtet sich an die Wohnungswirtschaft.
- Familien mit Migrationshintergrund sollten stärker in die Gestaltung ihres Wohnumfeldes einbezogen werden (Verantwortung übernehmen).

3.3. Die jungen und die alten Alten

Der Anteil der über 50-Jährigen in Herten betrug 2006 fast 41,2 % und lag damit über dem Landesdurchschnitt. Viele Überlegungen kreisen dabei um die zukünftige Wohnsituation, denn von ihr hängt häufig die Erhaltung der Selbstständigkeit ab und die Einbindung in soziale Netzwerke und Versorgungsstrukturen. Ende 2006 betrug der Anteil der 60-Jährigen und älteren Ein-

wohner 27,6 % der Gesamtbevölkerung in Herten. Ende 2007 waren es bereits 28,2 %.

(LDS NRW)

Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit des Alleinlebens. Viele sind auf diese Situation nicht vorbereitet.

Wie bereiten sich die jungen Alten vor?

Eine Umfrage hat ergeben, dass die meisten älteren Menschen deshalb das Gefühl haben, noch mitten im Leben zu stehen und setzen sich deshalb nur vage mit ihrer Zukunft auseinander. Die Altersvorsorge beschränkt sich meist auf finanzielle Aspekte (Rente, Lebensversicherung).

Die Eigentumsrate bei den über 50-Jährigen liegt gegenüber anderen Altersgruppen besonders hoch, in NRW über 50 %. Für Herten liegen keine Zahlen vor.

Es ist nicht bekannt, wie viele Ältere über einen Verkauf und Umzug in kleinere oder betreute Wohneinheiten nachdenken. Eine bundesweite Studie des Empirica Instituts hat die möglichen Veränderungspotenziale der Generation 50plus in Bezug auf die Wohnsituation erforscht.

Demnach denken 34 % der Betroffenen an eine Optimierung ihrer Wohnverhältnisse, 30 % denken über einen Umzug nach und 35 % wollen alles beim Alten lassen oder sind unsicher.

An erster Stelle denken die sogenannten „Bestandsoptimierer“ an notwendige Renovierungsarbeiten, noch vor der Absicht, die Wohnungen altengerecht umzugestalten (barrierearm, sicher etc). An zweiter Stelle rangiert die Erfüllung von Wohnwünschen (z. B. Wintergarten).

Nur 28 % der Mieter erwarten, dass sie bei Pflegebedürftigkeit in ihrer Wohnung bleiben können. Dagegen wollen sich 38 % der Eigentümer darauf vorbereiten. Obwohl also die Mehrheit der Älteren angibt, dass sie in der eigenen Wohnung bleiben will, stehen Überlegungen zur Wohnraumanpassung für das Alter nicht im Vordergrund.

Aus Umfragen und Gesprächen wissen wir, dass der überwiegende Teil der älteren Hertener Bürgerinnen und Bürger wünscht und hofft, möglichst lange in der eigenen Wohnung und auch in der gewohnten Umgebung bleiben zu können.

Die Verbundenheit mit dem Stadtteil und dem Quartier ist durch die Siedlungstradition bei den älteren Menschen besonders hoch. Der große Bedarf an seniorengerechten Wohnungen zeigt sich beim Siedlungsprojekt „Freiwiese“, wo rund 100 Anfragen einem Angebot von 17 Wohnungen gegenüberstehen.

Nachfrage nach betreuten Wohnformen

Zunehmender Nachfrage erfreuen sich die Anbieter von „Servicewohnungen“ für Senioren. Dieses Wohnmodell beinhaltet zwar keine Pflegeleistungen, bietet aber ein Betreuungspaket mit Alltagshilfen, Hausmeisterservice, Nachbarschaftstreffen und Notruf etc. Rund 420 Wohnungen dieses Typs wurden in Herten gebaut, teils öffentlich gefördert, teils frei finanziert. Die Nachfrage ist steigend.

Außerdem gibt es ca. 480 „klassische“ Altenwohnungen, teilweise in älterem Wohnbestand, die zwar seniorenfreundlich gestaltet sind, aber den aktuellen Standards für barrierearmes Wohnen nicht mehr entsprechen. Der Neubau von Seniorenwohnungen mit Servicecharakter und Betreuung ist in den vergangenen zehn Jahren ständig der Nachfrage angepasst worden. Durch den rapide steigenden Anteil älterer und häufig allein-stehender Menschen haben die Nachfragen innerhalb der letzten Jahre eine enorme zugenommen. Aktuell liegen beim Seniorenbüro ca. 900 Anfragen für die verschiedenen Seniorenwohnmodelle vor. Der neue Altenhilfebericht wird in 2009 ausführlich auf diese Entwicklung eingehen.

Die alten Alten

Nur ein geringer Teil der Pflegebedürftigen werden stationär betreut.

Immer mehr Menschen erhoffen sich durch Verbleib in der eigenen Wohnung mehr Selbstbestimmung bis ins hohe Alter und greifen auf ambulante Pflege- und Unterstützungsdienste zurück.

Die Zahl weniger wohlhabender und armutsnaher Älterer wird mittel- bis langfristig steigen, also werden kostengünstige Betreuungsformen bevorzugt. Durch die Überforderung der sozialen Sicherungssysteme werden ambulante Betreuungsmodelle nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ auch sozialpolitisch favorisiert.

Diese Entwicklung bringt jedoch Unsicherheiten mit sich, denn noch gibt es kein flächendeckendes System, das eine lückenlose Versorgung (physisch und psychosozial) gewährleistet. Bei der hohen Zahl der alleinlebenden Alten müsste, ähnlich wie in der Familienfürsorge, ein Frühwarnsystem für alte Menschen eingerichtet werden, um der Unterversorgung vorzubeugen. Auch hier kann nur ein System aus kommerziellen, öffentlichen und ehrenamtlichen Leistungen auf Dauer zielführend sein.

Im „Handlungsfeld Gesundheit“ wird auf die Entwicklung der Pflege ausführlich eingegangen.

Zukünftiger Handlungsbedarf

- Herten braucht eine Initiative zur Schaffung von altengerechten Wohnungen mit und ohne Betreuungsangeboten.
- Mieter und Eigentümer müssen motiviert werden, ihre Wohnungen altengerecht umzugestalten. Partner sind die AWO-Wohnberatung und das Projekt „planraumleben“.
- Ein Frühwarnsystem muss erfassen, wo Ältere nicht in Versorgungsstrukturen eingebunden sind. Der vom Seniorenbüro geplante „präventive Hausbesuch“ wäre ein gutes Instrument.
- Konzepte für flächendeckende, kostengünstige und kontrollierbare Pflege- und Betreuungsstrukturen im Verbund mit allen Akteuren sind erforderlich, um Unterversorgung und Verwahrlosung alter Menschen zu verhindern.

4. Demografie und Wohnraumentwicklung**4.1. Neubau**

Die Wohnraumplanung konzentrierte sich – nicht nur in Herten – bis Ende der 90er-Jahre auf die Entwicklung neuer Wohnquartiere, war doch die Ausweisung von Bauland für Eigenheime das Erfolgsrezept, um der Abwanderung entgegenzuwirken und neue Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Diese Aktivitäten begünstigten auch den Ausbau der Infrastruktur und somit die Aufwertung einzelner Stadtteile.

Durch demografische Veränderungsprozesse, aber auch in Folge der wirtschaftlichen Instabilität ist die Nachfrage bei Eigenheimen in den letzten Jahren zurückgegangen.

Beachtenswert sind deshalb die Erfolge, die Herten mit dem Angebot zielgruppen- und themenorientierter Eigenheimsiedlungen (Freiwiese – Familienwohnen – Waldstraße – individuelles Wohnen, Solarsiedlung) erzielt hat.

Bei einer insgesamt abnehmenden Bautätigkeit hatte Herten 2006 unter den vergleichbaren Städten im Kreis nach Castrop den höchsten Marktanteil beim Verkauf von Ein- bis Zwei-Familienhäusern. Das gleiche Ergebnis wurde bei MFH und Wohneigentum erzielt.

Über 60 % der Wohnungen gingen in 2007 an ortsansässige Käufer; damit konnten erneut Fortzüge verhindert werden. Unter den Vergleichsstädten im Kreis hatte Herten in 2006 und 2007 die höchsten Zuwanderungsraten (24 %) aus den umliegenden

Städten, nämlich aus Herne, Gelsenkirchen, Marl und Recklinghausen. Zuzüge aus weiteren Regionen spielen dagegen eine untergeordnete Rolle.

(Grundstücksmarktbericht 2007/08)

Wenn diese Erfolge vor dem Hintergrund eines anhaltend negativen Wanderungssaldos auch relativiert werden müssen, zeigen sie doch, dass mit den Entwicklungskonzepten der richtige Weg eingeschlagen wurde.

Die Kommune kann in den nächsten 5 bis 10 Jahren mithilfe des zielgruppen- und themenorientierte Angebots sicher weiterhin Einwohner gewinnen und wird diese Spielräume auch nutzen. Bei der Planung kann langfristig jedoch nicht auf die Entwicklung von Eigenheimsiedlungen gehofft werden.

Das Wohnungsgutachten für Herten (InWIS 2004) vermutet bereits bis 2015 nur noch geringen Wohnungsbedarf, was nicht bedeutet, dass durch attraktive Siedlungskonzepte nicht zusätzliche Nachfrage aus dem Umland geschaffen werden kann. Das zukünftige Nachfragepotenzial für Eigentumserwerb aus dem Bestand wird aber höher eingeschätzt als für Neubau.

4.2. Wohnen zur Miete

Durch den demografischen Wandel rücken 3 Aspekte der Wohnentwicklung in den Fokus kommunalen Handelns:

- Die Verhinderung von Fortzügen (Wohnzufriedenheit)
- Die Entwicklung des Bestandes (Umbau/Anpassung)
- Die Ausrichtung auf zukünftige Nachfragegruppen

Die Bindung an den Wohnort ist in Herten hoch, insbesondere bei Deutschen.

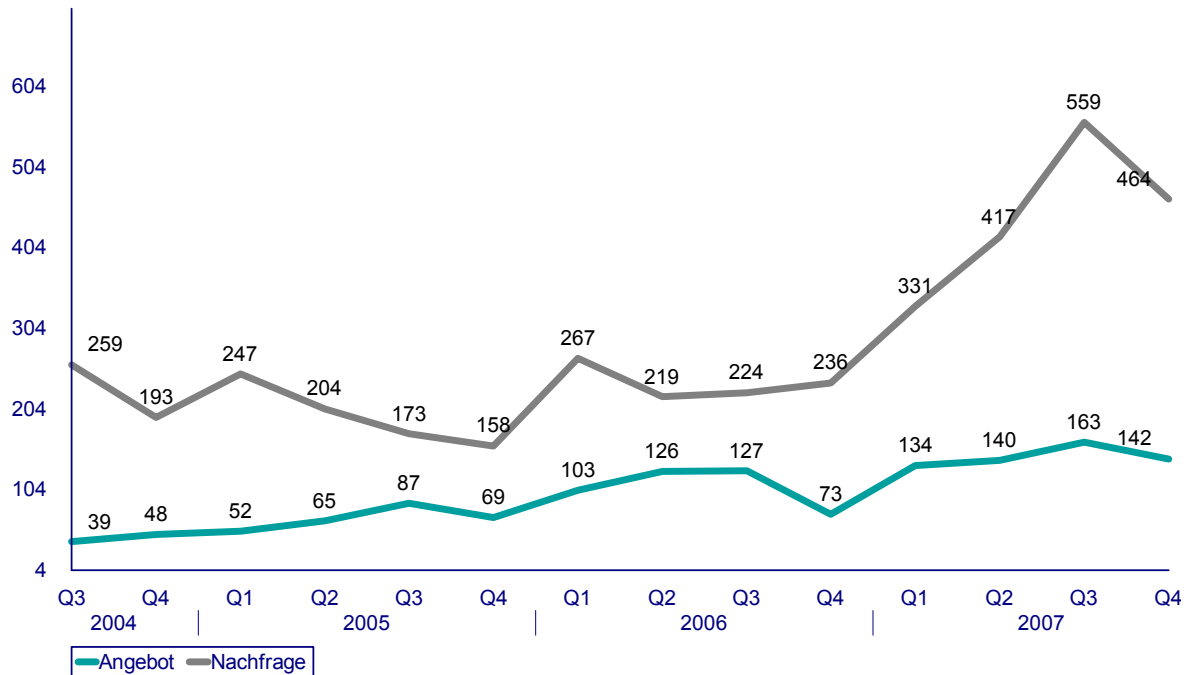
Besonders in den Stadtteilen Süd, Langenbochum und Disteln leben bis zu 30 % der Einwohner bereits seit der Geburt im Stadtteil.

Offensichtlich versuchen viele Hertener, ihre Wohnsituation durch Umzüge innerhalb der Stadt zu verbessern. Dabei ist die Umzugshäufigkeit in etwa auf die Stadtteile gleich verteilt. Über mögliche Motive gibt es nur Erkenntnisse aus dem Familienbericht. Welche Kriterien für Paar- und Single-Haushalte gelten, ist nicht untersucht.

Nachfrageentwicklung – Chancen für den Bestand

Die Nachfrage nach Mietwohnungen befindet sich im Aufschwung, zumindest in 2007 ist die Nachfrage gegenüber den Vorjahren stark gestiegen.

Entwicklung von Angebot und Nachfrage in Herten

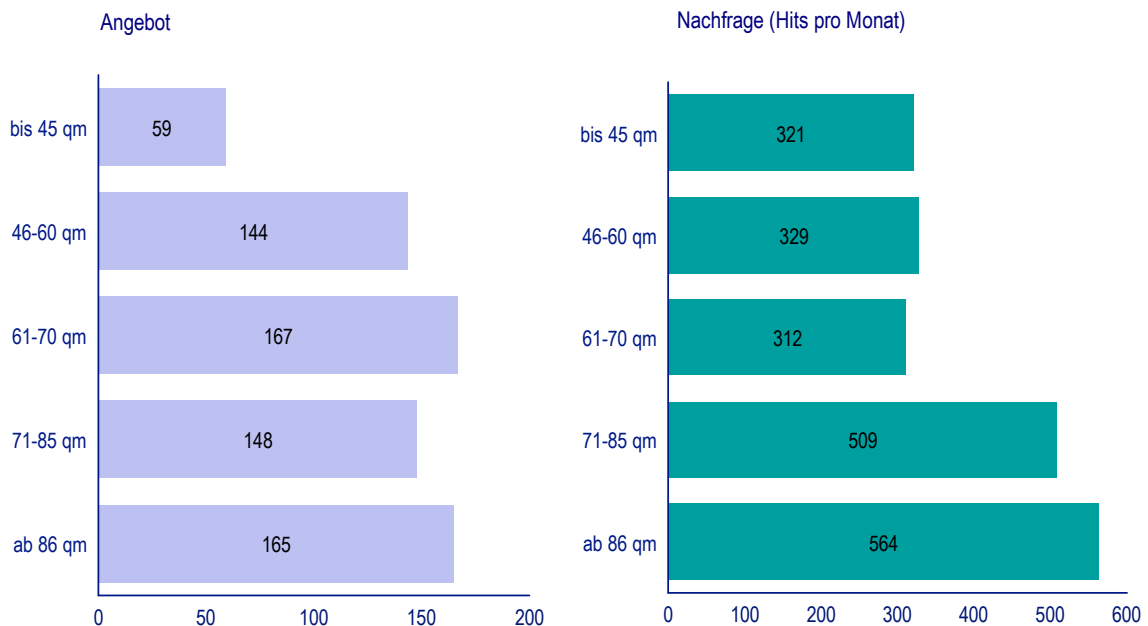


InWIS – Institut für Wohnungswesen, Bochum

- Es wurden 690 Mietwohnungsangebote ausgewertet
- Der allgemeine Konjunkturaufschwung macht sich auch auf dem Hertener Mietwohnungsmarkt bemerkbar
- Die Nachfrage nach Mietwohnungen ist deutlich angestiegen
- Die Zahl der Angebote ist nur leicht gestiegen – es wird wieder mehr umgezogen

Nicht nur in den bundesweiten Prognosen befindet sich die Familie als Zielgruppe für den Wohnungsmarkt auf dem Rückzug. Durch die Wanderungsbewegungen zwischen 1992 und 2002 hat Herten außergewöhnlich viel Bevölkerung in der Altersklasse der 25- bis 30-Jährigen (-6,3 %) verloren, die als „Nachrücker“ am Wohnungsmarkt zählen. Ihr folgen die 30- bis 50-Jährigen (-4,1 %), die besonders interessant für die Eigentumsbildung sind.

Angebot und Nachfrage nach Wohnungsgrößen im Mietwohnungssegment 2007



InWIS – Institut für Wohnungswesen, Bochum

Es fehlen in Herten größere Mietwohnungen. Wichtigste Nachfragergruppen für größere Wohnungen sind Familien mit Kindern, ausländische Familien, Paare mittleren Alters und Paare im Rentenalter.

Zukünftige Nachfragergruppen sind Single-Haushalte im mittleren Alter. Familien werden weniger (auch wegen eines derzeit fehlenden Angebotes), die Senioren bleiben eine große, bedeutende Gruppe. Der Wohnungsbestand ist derzeit auf diese Nachfrage nicht optimal ausgerichtet, zumal Modernisierungsstau besteht.

4.3. Stadtumbau in Quartieren und Stadtteilen

Durch höhere Erwartungen an die Wohnqualität ist in Herten vor allem Bausubstanz aus den 50er- und 60er-Jahren unattraktiv geworden und hat zunehmend Leerstände zu verzeichnen.

Zu städtebaulichen Problemzonen sind die Randlagen der Innenstadt geworden. Die Wohnquartiere an Ein- bzw. Ausfallstraßen wie Ewald- oder Kaiserstraße leiden unter der Verkehrsbelastung. Unzeitgemäße Wohnungszuschnitte und Geschäftsflächen führen zu Leerständen. Die Eigentümerinteressen sind sehr heterogen und die Bereitschaft bzw. Möglichkeiten zu Investitionen sehr unterschiedlich.

Das Gleiche gilt für Wohnquartiere und Stadtteile, die durch Sanierungsversäumnisse an Einwohnern verlieren, wo sich Handel und Dienstleister zurückziehen und die Bewohner zunehmend von der Versorgungsinfrastruktur abgeschnitten werden.

Segregation und soziale Disparitäten, bisher vielleicht mehr als Randgruppenproblematik betrachtet, könnten dann mittel- bis langfristig zu Stadtbild prägenden Faktoren werden.

Die Konzepte zur integrierten Stadtteilentwicklung für Herten-Süd und -Nord, sowie Westerholt/Bertlich sind Erfolg versprechende Instrumente für die Gestaltung des Umbaus. Ihre Chance liegt darin, dass sie alle Akteure, einschließlich der Bürgerschaft, in den Gestaltungsprozess einbeziehen.

Die Einrichtung von Quartiermanagements sichert die kontinuierliche Kommunikation und signalisiert den Bewohnern, dass sie an den Entwicklungen beteiligt sind und unterstützt werden. Die Prozesse des Stadtumbaus benötigen umfangreiche Finanz- und Personalressourcen und Zeit. Ohne öffentliche Förderung wären diese Modellvorhaben nicht möglich gewesen.

4.4. Leerstände

Drohende oder bereits vorhandene Leerstände haben schwerwiegende Folgen für die Wohnquartiere, weil diese von Verwahrlosung bedroht sind. Insgesamt leidet auch das Image der gesamten Stadt unter solchen Entwicklungen.

Deshalb ist eine Erfassung der Leerstände und deren Kartierung in Vorbereitung.

Leerstandskartierung bildet die Voraussetzung, um das Thema mit Eigentümern anzugehen und über Möglichkeiten von Sanierung oder Umbau zu sprechen.

Interessante Modelle zur Behebung von Leerständen gibt es in Bielefeld und Viersen, wo durch Leerstand-Benchmarking, Belegungsvereinbarungen und Qualitätszirkel privater Eigentümer erste Erfolge erzielt wurden.

Letztendlich wird auch der Rückbau von Wohnsiedlungen ins Auge gefasst werden müssen, auch wenn sich private Eigentümer und Wohnungsgesellschaften aus wirtschaftlichen Gründen derzeit damit schwer tun.

Der Dialog mit Vertretern der Wohnungsgesellschaften ist bereits aufgenommen worden – mit dem Ergebnis, dass grundsätzliche Bereitschaft zu einer Kooperation vor allem bei den Stadtumbau-Projekten besteht.

Zukünftiger Handlungsbedarf

- Neben der Entwicklung der Neubaugebiete richtet sich die Wohnraumentwicklung zukünftig verstärkt auf den Bestand.
- Beratungsangebote und Informationen für private Vermieter sind notwendig, um den Bestand zukunftsfähig zu machen (Veranstaltungen, Beratungsgespräche).
- Die älteren Wohnquartiere müssen neue Profile gewinnen, die auf die zukünftige Nachfrage ausgerichtet sind (Handlungskonzept Nord). Dies gilt auch für den heterogenen Bestand außerhalb der Entwicklungsgebiete.
- Eine Erhebung der Leerstände ist Voraussetzung für weitere Planungen.
- Mit den Wohnungsgesellschaften und privaten Vermietern muss der Dialog über den Umgang mit Leerständen weitergeführt werden, damit Lösungen gefunden werden können, die mit den Zielen der städtebaulichen Entwicklung im Einklang stehen.

WIRTSCHAFT/ARBEIT



Handlungsfeld Wirtschaft – Arbeit

Im Vorwort zu dieser Bilanz wird auf die enge Verknüpfung zwischen wirtschaftlicher und demografischer Entwicklung Bezug genommen. Hertens Bevölkerungsentwicklung war immer eng an die Konjunktur der Montanwirtschaft geknüpft, auch in Bezug auf den ausländischen Bevölkerungsanteil.

Die letzten große Wanderungsverluste erlitt die Stadt 1997 und 2002 im Zusammenhang mit der Schließung der Zeche Ewald. Seit dieser Zeit ist die Zahl der (auch ausländischer) Zugewanderten laufend gesunken und stabilisiert sich erst seit 2005 auf einem niedrigeren Niveau.

Die Wirtschaftskraft der Stadt und die damit verbundene Nachfrage nach Arbeitskräften wird auch in Zukunft einen entscheidenden Einfluss auf die Wanderungsbewegung haben.

In den Medien wird darüber spekuliert, wie sich der demografische Wandel auf die Wirtschaft bzw. den Arbeitsmarkt auswirken wird. Mehrere Faktoren sind dabei zu berücksichtigen:

- Rückgang der Erwerbsfähigen
- Alternde Belegschaften
- Fachkräftemangel
- Migration

Dazu ist vorweg festzustellen, dass es derzeit keine wirklich zuverlässigen Prognosen zum Zusammenspiel dieser Phänomene gibt, dafür viele interessensgelenkte Einschätzungen, die in den Medien die Runde machen.

Die Industrie vermutet den demografischen Faktor als Hauptursache für den Fachkräftemangel, während einige Wissenschaftler eher verfehlte Bildungspolitik verantwortlich machen. Sicher ist, dass die Belegschaften altern und die Kosten, die daraus entstehen (z. B. Weiterbildung und Gesundheitsförderung), derzeit hauptsächlich zu Lasten der Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssysteme gehen, was zu der Forderung führt, dass sich Unternehmen zukünftig stärker engagieren müssen.

1. Weniger Erwerbsfähige – größere Nachfrage nach Arbeit?

Der zunehmende Bevölkerungsrückgang in unserer Region forciert Spekulationen auf eine Entspannung der Arbeitsmärkte, könnte doch der Bevölkerungsrückgang zukünftig auch zum Rückgang der Arbeitslosigkeit führen.

Außerdem könnte der zu erwartende Fachkräftemangel die Berufschancen junger Menschen mit guter Ausbildung verbessern und die Erwerbstätigkeit von Frauen unterstützen.

Die BR-Münster führt dazu in ihrem Bevölkerungsbericht 2005 (S. 65) jedoch aus:

„Eine Abschätzung der Konsequenzen des demografischen Wandels auf die Arbeitsmärkte im Regierungsbezirk Münster gestaltet sich derzeit schwierig. Gerade im Hinblick auf die häufig geäußerte Vision eines künftigen Facharbeitermangels fehlen Angaben über die künftigen Bedarfe an Berufsgruppen und Qualifikationen.“

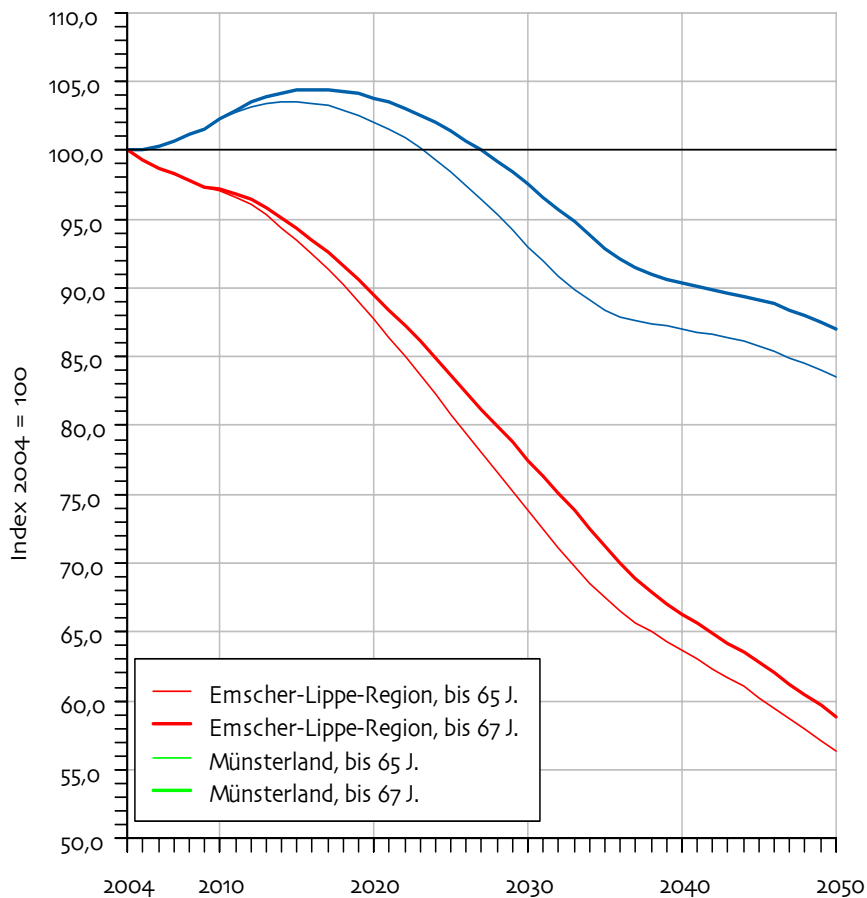
Für die Arbeitsnachfrage ist neben dem Wirtschaftswachstum auch entscheidend, wie kapital- und arbeitsintensiv die Produktion sein wird und welche Branchen in der Region zukünftig ausgebaut bzw. neu etabliert werden können.

Für dieses komplexe Zusammenspiel können aus heutiger Sicht ohne weitere Untersuchungen auch zu den besonderen Strukturen auf regionaler Ebene keine seriösen Aussagen getroffen werden, resümieren die Wissenschaftler.

Als sicher gilt nur, dass die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung zurückgehen wird.

Aus der folgenden Abbildung (S. 41) ist ablesbar, dass selbst eine Erhöhung des Renteneintrittsalters um 2 Jahre den Abwärtstrend bei der erwerbsfähigen Bevölkerung nicht grundlegend ändern würde. Am Verlauf der beiden Kurven für die EL-Region ist nach 2040 bereits andeutungsweise erkennbar, dass sich langfristig die beiden Kurven aufgrund der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung in allen Altersklassen noch weiter annähern werden.

Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung 2004 – 2050 nach Renteneintrittsalter 65 Jahre und 67 Jahre ¹⁾



- 1) Zur erwerbsfähigen Bevölkerung werden hier alle Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren bzw. angepasst bis unter 67 Jahren gezählt.
BR-Münster, Bevölkerungsbericht 2005, S. 66, Abb. 4-2

2. Alternde Belegschaften – Alte Hasen oder Altes Eisen?

Arbeitslosigkeit 50plus

Zurzeit haben es ältere Arbeitssuchende schwer, einen Job zu bekommen.

„Immerhin 10 Prozent der Betriebe können sich vorstellen, ältere Arbeitnehmer einzustellen, höher als im Mittel ist dieser Anteil im Einzelhandel (18 Prozent) und bei den Dienstleistern (16 Prozent).“

Offen für ältere Arbeitnehmer sind vor allem Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten, wo die Einstellungsbereitschaft von älteren Arbeitnehmern drei Mal so hoch ist wie in den Großbetrieben.“

(aus dem Statement des Präsidenten der IHK Nord Westfalen, Hubert Ruthmann, zur Konjunktur-Pressekonferenz am 23. September 2005)

Die Zahl der älteren Arbeitslosen (50 Jahre und älter) im Kreis Recklinghausen ist im Vergleich zum Vorjahr zwar leicht rückläufig, hat im Juli 2008 aber immer noch einen Anteil von 24.1 %. In diesem Zeitraum ist die Zahl der über 55-Jährigen ohne Arbeit sogar gestiegen. Unter den Älteren ist ein besonders hoher Anteil von Langzeitarbeitslosen, weil Betriebe bei der Einstellung älterer Arbeitnehmer häufige Arbeitsausfälle, mangelnde Flexibilität und höhere Arbeitskosten, aber auch unzureichende Qualifikation vermuten.

Die Erfahrung zeigt, dass sich die Vermittlungschancen von gut qualifizierten älteren Arbeitnehmern zwar tendenziell erhöhen, die Betriebe aber in der Regel angesichts des großen Angebots Jüngere bevorzugen.

Die Stadt bemüht sich zusammen mit der Arbeitsverwaltung, ältere Arbeitnehmer in Arbeit zu bringen und entsprechende Unterstützungsprogramme zu propagieren. Die Einflussmöglichkeiten sind aber relativ gering.

Alte Hasen

„Was für die Bevölkerung insgesamt gilt, trifft auch auf die Erwerbsbevölkerung zu. Der Altersaufbau der Bevölkerung im Erwerbsalter wird sich spürbar verändern, das jedenfalls prognostiziert (nicht nur) das Statistische Bundesamt. Der Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass der jährliche Zuwanderungssaldo etwa 200.000 Personen beträgt und die Lebenserwartung weiter langsam steigt. Demnach hat ein Prozess begonnen, der die Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung nachhaltig ändert. So werden z. B. im Jahre 2020 die 50- bis 64-Jährigen die „Mittelalten“ (d.h. die 35- bis 49-Jährigen) als stärkste Gruppe der Erwerbsbevölkerung längst abgelöst haben. Diese als Kohortenwechsel bezeichnete Veränderung findet vermutlich in den Jahren 2013 bis 2015 statt, also bereits in ca. 5 – 7 Jahren. Es kommt zu alternden Belegschaften.“

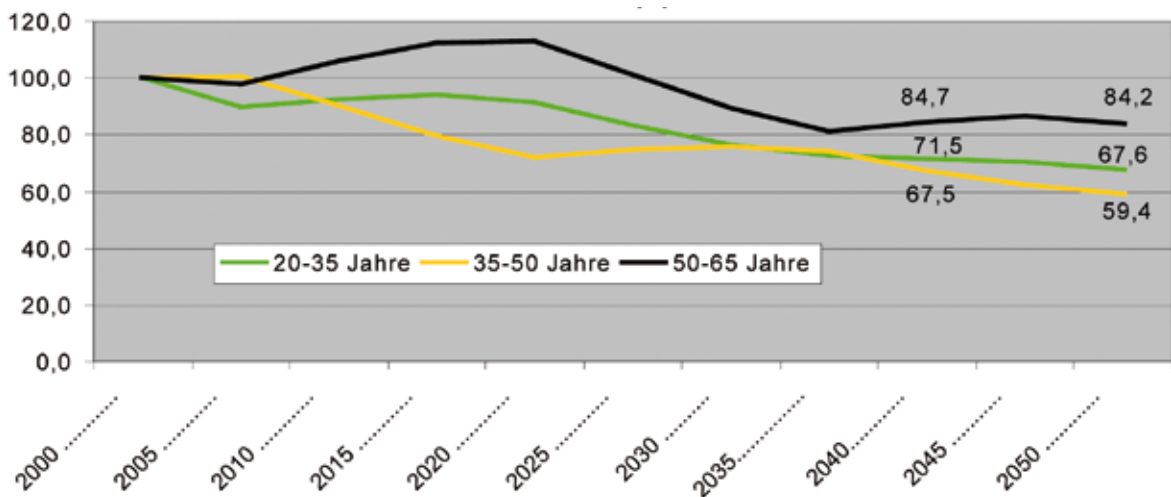
(„Demografischer Wandel in der Arbeitswelt – Stand und Perspektiven in Deutschland im Jahre 2008“, Dr. G. Richenhagen, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW)

Auch im Kreis Recklinghausen ist die Anzahl von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten der jüngeren im Verhältnis zu den älteren Jahrgängen (50plus) stark zurückgegangen, dies belegt die aktuelle Kreisstatistik des LDS NRW.

Die stärksten Verluste im Zeitraum von 1995 bis 2006 hat demnach die Altersgruppe der 25- bis 30-Jährigen mit –51 %, die Zahl der 50- bis 60-Jährigen dagegen ist um 18,5 % gestiegen, die der über 60-Jährigen um 65 %.

Die zukünftige Altersstruktur im EL-Raum zeigt eine weitere Zunahme der 50- bis 65-Jährigen bis 2020 und einen rapiden Rückgang der Jüngeren, vor allem der 35- bis 50-Jährigen, im gleichen Zeitraum.

Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung im Emscher-Lippe-Raum



„Die demographische Herausforderung“, IHK Nord-Westfalen (Hg.), Juni 2005

Für Hertener Betriebe gibt es bisher keine Analyse der Altersstruktur, es ist jedoch anzunehmen, dass diese dem Trend in der EL-Region entspricht.

Welche Folgen hat das für die Betriebe? Zunächst ist der Bestand an Fachkräften mittelfristig nicht gesichert. Bei alternden Belegschaften besteht die Gefahr, dass das Wissen und die Erfahrungen der älteren Mitarbeiter mit ihrem Ausscheiden aus dem Betrieb verloren gehen. Die Kompetenzen der Älteren im Betrieb werden gebraucht, die Kenntnisse, die sie in der Ausbildung erworbenen haben, verlieren aber an Aktualität. Besondere Probleme bereitet in bestimmten Branchen die nachlassende Leistungsfähigkeit der Belegschaft. Und nicht zuletzt ist auch die Frage der Übergabe des Betriebs an jüngere Nachfolger ein existenzielles Thema für die Unternehmer.

Die IHK Nord Westfalen hat schon vor Jahren auf diese Entwicklung reagiert und das Gutachten „Alternde Belegschaften – Herausforderung für die betriebliche Personalpolitik der Zukunft“ erstellen lassen.

In diesem Zusammenhang wurde für Betriebe auch eine Checkliste erstellt, mit der sie ihren Handlungsbedarf ermitteln können. Die Analyse bezieht sich auf folgende Handlungsfelder:

- Altersstrukturanalyse
- Alter(n)sgerechter Arbeitsplatz
- Förderung der Zusammenarbeit von älteren und jüngeren Beschäftigten
- Personalmarketing
- Werte- und Wissenstransfer
- Unterstützungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Lernen im Alter, Lebensberatung, Vorbereitung auf den Ruhestand, spezielle Sport- und Gesundheitsangebote)
- Lebensarbeitszeitkonto

Die Verwaltung der Stadt Herten nimmt die demografischen Aspekte in die Konzepte zur Personalentwicklung auf. Das Angebot zur betrieblichen Gesundheit, das in Kooperation mit der vhs entwickelt wurde, könnte auch Vorbild für die Betriebe in Herten sein.

Die IHK Nord Westfalen hat die Erfahrung gemacht, dass zurzeit nur wenige Betriebe Zugang zu dem Thema gefunden haben, obwohl der Beratungsbedarf objektiv gesehen sehr hoch ist.

Besonders die Klein- und Mittelbetriebe haben wenige Handlungsspielräume, um ihre Betriebe entsprechend auszurichten und bedürfen deshalb einer besonderen Beratung.

Die Initiative der Regionalagentur „Demografisches Unternehmerfrühstück“ ist ein gelungener Ansatz, um die Betriebe in der Region für das Thema zu sensibilisieren.

Zukünftiger Handlungsbedarf

Auf die Folgen der Alterung können Betriebe heute vielfach reagieren. Programme von IHK, Rentenversicherung und privaten Anbietern unterstützen Betriebe individuell bei der Planung und Durchführung von demografischen Betriebsanalysen.

Die Wirtschaftsförderung wird Betriebe verstärkt zur Inanspruchnahme der Instrumente aufrufen und beraten.

3. Die Alten gehen in Rente, die wenigen Jungen ziehen fort – fehlen uns zukünftig Fachkräfte?

Der Region mangelt es an qualifizierten Nachwuchskräften. Eine Umfrage der IHK Nord Westfalen im Oktober 2008 bestätigt dies:

„Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften bremst die Unternehmen im Münsterland und in der Emscher-Lippe-Region immer stärker. So hatte vor fünf Jahren lediglich einer von fünf Betrieben einen Fachkräftebedarf. Heute sieht sich laut IHK-Umfrage jedes zweite Unternehmen mit dem Problem konfrontiert. Besonders häufig klagen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen über Fachkräftemangel.“

(IHK-Wirtschaftsspiegel 10/08, S. 13)

Besonders stark nachgefragt sind Ingenieure beziehungsweise Personal im technischen Bereich. Ebenfalls begehrt sind Servicefachkräfte und kaufmännische Mitarbeiter. Bereits 2007 hat die IHK eine Umfrage in 500 Betrieben gestartet, in der bereits 36 % aller großen Betriebe mit über 500 Beschäftigten einen Fachkräftemangel beklagte.

Die Ursachen für den Fachkräftemangel sehen Wissenschaftler wie Unternehmen in der mangelnden Aus- und Weiterbildung (auch von Frauen), aber auch im Mismatching.

In unserer Region könnte sich ein Mangel insofern verstärkt bemerkbar machen, als vor allem jüngere Menschen in der Altersgruppe der 20- bis 35-Jährigen abwandern, die als Nachwuchs gefragt sein könnten.

Der Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen kommt an dieser Stelle eine besondere Bedeutung zu, eröffnen sich doch für Frauen mit qualifizierter Schulausbildung neue Berufsperspektiven.

„Weitere Ansatzpunkte (zur Minderung des Fachkräftemangels, d.A.) sind die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, Rationalisierungs- bzw. Umstrukturierungsmaßnahmen, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bedingt auch die Suche von Arbeitskräften im Ausland. Immer mehr Firmen erkennen die Bedeutung familienfreundlicher Unternehmenspolitik. Die IHKs unterstützen dies. Das Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ hat mittlerweile rund 1.000 Mitgliedsfirmen (...) Angesichts des mehr und mehr zu spürenden Fachkräftemangels können durch familienfreundliche Strate-

guten gute Mitarbeiter an den Betrieb gebunden werden. Zudem wird der Betrieb für gesuchte Fachkräfte attraktiver.“

(G. Pieper, Statement auf der Pressekonferenz zum gemeinsamen Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet und Nord Westfalen, Oktober 2007)

Mit Beratungs- und Qualifizierungsangeboten, z. B. dem Unternehmerinnenbrief, einer Erhebung zur Einrichtung von betrieblichen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, den zahlreichen Orientierungsseminaren für Migrantinnen (z. B. „Ki:C“), signalisiert die Stadt Herten Bereitschaft, Frauen beim Berufseinstieg oder Wiedereinstieg und in der Karriereplanung zu beraten und zu begleiten.

Zukünftiger Handlungsbedarf

Die Unternehmen müssen die betriebliche Ausbildung und Weiterbildung fördern. In der kommunalen Berufsförderung, der vhs und der Wirtschaftsförderung finden die Betriebe kompetente Partner.

Für die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit und für die Gewinnung von jungen Fachkräften ist die familienfreundliche Orientierung der Betriebe erforderlich. (Kooperation Betriebe/Berufsförderung)

Frauen müssen intensiv bei der Karriereplanung beraten und unterstützt werden. (Kooperation mit Berufsförderung, Bildungsträger, Gewerkschaften)

4. Junge Familien – Potenzial für einen innovativen Wirtschaftsstandort

Die Anstrengungen zur Gewinnung junger Familien für den Wohnstandort Herten sind bereits in dem entsprechenden Handlungsfeld beschrieben worden.

Ein entscheidender Anreiz für die Wahl einer Stadt als Wohnort ist selbstredend auch das Angebot an Arbeitsplätzen und Ausbildungsmöglichkeiten.

Die Ansiedlung neuer Branchen und Gewerbebetriebe lässt mittel- bis langfristig eine verstärkte Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften erhoffen.

Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, indem verstärkt Bildung und Ausbildung gefördert werden, ist heute schon gemeinsame Aufgabe von Betrieben, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen und der Kommune. Die erforderlichen Maßnahmen zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit (Qualifizierung, Information, Beratung, familienunterstützende Maßnahmen und Betreu-

ungsangebote) werden im Rahmen der Beschäftigungsförderung eingeleitet und müssen auch in den kommenden Jahren ausgebaut und weitergeführt werden.

Das Stichwort „Familienfreundlicher Betrieb“ kommt dabei ebenfalls in die Diskussion. Eine Studie im Auftrag des BM für Familie hat ermittelt, dass mehr als ein Drittel der befragten Frauen und Männer flexible Arbeitszeiten für den wichtigsten Bereich halten.

Zukünftiger Handlungsbedarf

Neue, qualifizierte Arbeitsplätze am Zukunftsstandort Ewald erhöhen die Chancen für den Zuzug junger Familien.

In den Handlungsfeldern Bildung, Wohnen, Freizeit (siehe dort) sind weitere Bausteine für familienfreundliche Strukturen geplant.

Mit der Stadtverwaltung als Vorbild (geplante Zertifizierung), sollen weitere Betriebe für die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsverhältnisse gewonnen werden.

Die Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit müssen fortgeführt werden.

5. Wege zur Ausbildung

Auf den Nachholbedarf bei der schulischen Förderung ausländischer Jugendlicher wurde schon hingewiesen. Die Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch viele deutsche Jugendliche keine Ausbildungsplätze erhalten.

Solange trotz aller Bemühungen (z. B. Lokales Bündnis für Ausbildung) das Ausbildungsangebot hinter der Nachfrage zurückbleibt und keine gesetzlichen Regelungen eingreifen, kann die Kommune die Jugendlichen nur mit begleitenden Bildungs- und Beratungsangeboten unterstützen.

Großen Handlungsbedarf gibt es bei der Begleitung von Schülern beim Übergang von der Schule in den Beruf. Durch das zurückgehende Angebot von Ausbildungsplätzen erfolgt der Übergang in die Ausbildung nicht mehr automatisch. Eine hohe Anzahl von Jugendlichen verweilt in „Warteschleifen“, in den Ausbildungsverhältnisse sind die Abbruchquoten hoch.

Durch Mismatching, damit ist die mangelnde Übereinstimmung von Ausbildung und Nachfrage am Arbeitsmarkt und das Missverhältnis von Berufswünschen und Nachfrage gemeint, verschärft die Situation.

Die Jugendberufshilfe reagiert mit einem ganzen Maßnahmenbündel zur Beratung und Begleitung von Schulabgängern und koordiniert die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus – Schule – Berufsförderung – Qualifizierungsträgern und Betrieben. Die möglichst frühzeitige Orientierung (ab der 6. Klasse) wird wichtiger denn je. Die Entstehung neuer Berufsfelder in der Region muss verstärkt analysiert und beachtet werden. Damit verknüpfen sich die Bemühungen um die Ausdehnung des lokalen Übergangsmanagements auf den Kreis (RÜM).

Zukünftiger Handlungsbedarf

Ein zentraler Baustein ist die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene, das lokale Übergangsmanagement muss regionalisiert werden. Hier ist das Engagement der kreisangehörigen Städte gefragt.

Um Mismatching zu verhindern, muss sich die Beratung stärker an den Entwicklungen in der Region und an zukünftig auf dem Arbeitsmarkt gefragten Qualifikationen (Zukunftsberufe) orientieren.

Die Berufswahlorientierung muss früher als bisher Bestandteil des Unterrichts werden. Außerschulische Einrichtungen stehen als Partner zur Verfügung.

6. Migrantinnen und Migranten – als Arbeitnehmer, Unternehmer, Kunden

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die demografische Entwicklung wird das Verhältnis von Arbeitsangebot und Nachfrage nicht entscheidend beeinflussen. Bei anhaltend schwacher Konjunktur und niedrigen Bildungsabschlüssen sinkt die Chance, insbesondere ausländischer Jugendlicher, auf einen Ausbildungsplatz.

Die Übergänge zu weiterführenden Schulen in 2007/08 zeigen: 30 von 74 SchülerInnen, die in die Hauptschule kommen, sind Ausländer, 46 von 256 gehen zur Realschule, 49 von 139 zur Gesamtschule und nur 3 von 185 zum Gymnasium.

(Stadt Herten/FB5, Statistik der Schülerinnen und Schüler 2007/2008)

Der Anteil der ausländischen SchülerInnen ohne Schulabschluss war 2007 fast doppelt so hoch wie der der deutschen, er ist aber in den letzten Jahren prozentual gesunken.

(s.o., Oktoberstatistik 2006)

Der aktuelle Kreisbericht Recklinghausen, der BAA, ermittelt, dass die Arbeitslosenquote bei den Jüngeren unter 25 Jahren bei 11,9 % liegt. Der Ausländeranteil für diese Altersgruppe ist nicht ermittelt.

Die Arbeitslosenquote bei Ausländern in Herten liegt 2007 bei 15,75 %, vermutlich sind auch Jugendliche in hohem Ausmaß betroffen.

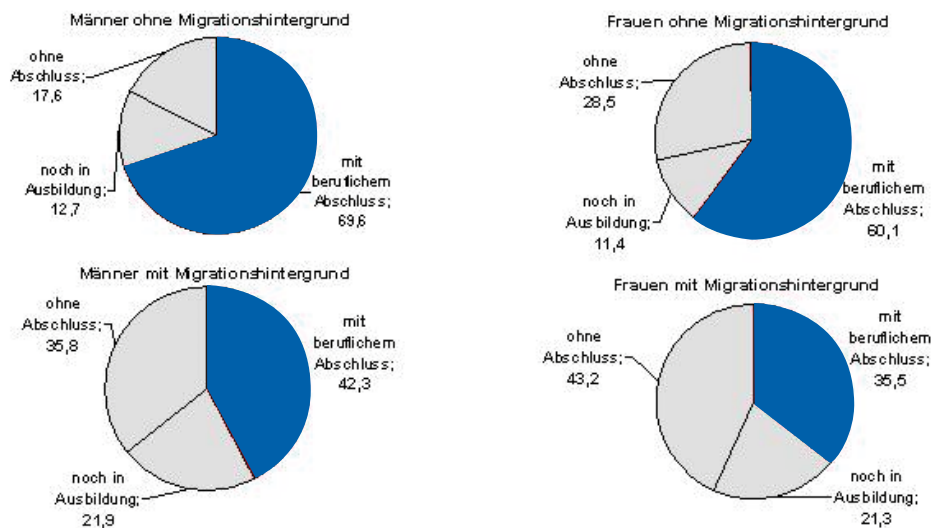
Unzulängliche Bildungsbiografien, aber auch Ressentiments gegenüber Ausländern, verschlechtern die Ausbildungs- und Berufschancen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund, das haben wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt.

Jugendlichen, die sich um einen Ausbildungsplatz bewerben, fehlt allerdings häufig die für den Beruf notwendige Sprachkompetenz. Die Elterngeneration dieser Schüler und Schülerinnen hat oft kein ausgeprägtes Bewusstsein für die Notwendigkeit einer qualifizierten Schulbildung, kamen sie doch in ihrer eigenen beruflichen Entwicklung auch ohne weiterführende Abschlüsse zurecht. Begleitung und Beratung bei der Berufsvorbereitung muss sich also nicht nur auf die Förderung der Sprachkompetenz, sondern auch auf Elternarbeit beziehen. Ein weiterer Schritt ist die interkulturelle Öffnung des Ausbildungsmarktes, der Chancengleichheit für Kinder aus Zuwandererfamilien gewähren muss.

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. (Korrigierte

Anteile beruflicher Abschlüsse von Frauen und Männern mit/ohne Migrationshintergrund 2005, in Prozent

Stand: 2005, Angaben in Prozent



Fassung vom 5.6.2007 (Fachserie 1, Reihe 22)

Unternehmerinnen und Unternehmer

Ein weiterer Wirtschaftsaspekt sind die Existenzgründungen durch Zugewanderte.

Der höchste Stand der Anmeldungen war 2005 mit 154 Gewerbebetrieben (im gleichen Jahr 103 Abmeldungen), 2007 waren es 87 (mit 81 Abmeldungen). Mit Schwankungen ist die Zahl der Anmeldungen seit 2000 gestiegen.

(Integrationsmonitoring 2007)

Die Zahlen weisen auf einen erhöhten Beratungsbedarf hin, der aber subjektiv häufig nicht wahrgenommen wird.

Besondere Beachtung wurde diesen Betrieben zum ersten Mal in diesem Jahr durch eine Umfrage im Rahmen des „Ki:C“-Projekts geschenkt, bei der 32 Betriebe aufgesucht und befragt wurden. Die Ansätze des Arbeitskreises „Wirtschaft und Arbeit“ im Rahmen der Integrationskonferenz und die Erfahrungen bei der Befragung der ausländischen Betriebe im Rahmen von „Ki:C“ machen deutlich, dass Themen wie Qualifizierung, Personalplanung, Ausbildung etc. für viele der vor allem kleinen Betriebe noch nicht aktuell sind. Der Arbeitskreis „Wirtschaft und Arbeit“ (Teil des Integrationskonzeptes) hat die Themen „Ethnische Ökonomie“ und „Jugendliche Migranten zwischen Schule und Beruf“ aufgegriffen. Ziel ist die Erstellung einer Datenbank und die Gründung eines Netzwerkes von UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund. Insgesamt steigt die Zahl der Unternehmen und Dienstleistungsbetriebe. Die Integrationsarbeit, aber auch die Wirtschaftsförderung und die Kammern müssen sich darauf einstellen. Die ausländischen Unternehmer müssen sich stärker an den Anforderungen des Marktes in Deutschland orientieren.

Kundinnen und Kunden

Die Zunahme an jungen Menschen mit Migrationshintergrund bedeutet für die Wirtschaft auch, dass eine neue Generation von Konsumenten heranwächst, die ein enormes Wirtschaftspotenzial darstellt.

In einer Untersuchung der Universität Koblenz zur Diskriminierung von Kundengruppen wurde festgestellt, dass ethnische Gruppen besonders häufig davon betroffen sind. Gleichzeitig sprechen Werbeagenturen Empfehlungen für „Ethno-Marketing“ aus, weil sie die Kunden von morgen neben der Generation 50plus bei den Einwohnern mit Migrationshintergrund sehen. Ballungsräume wie das Ruhrgebiet spielen dabei eine wichtige Rolle.

Während das Interesse an den neuen Kundengruppen wächst, haben diese häufig Probleme, sich in dem verwirrenden Warenangebot zu orientieren und Verbraucherrechte geltend zu machen. Die Verbraucherberatungen sind nicht ausreichend auf die Zielgruppe eingestellt; in manchen Städten bieten Sozialeinrichtungen oder Bildungsträger Verbraucherkurse an. Die Rolle junger Migranten als zukünftige Konsumenten sollte in mehrfacher Hinsicht ins Auge gefasst werden:

- Sie sollten als Kunden auf dem Wohnungsmarkt, im Handel, in der Gastronomie, der Finanzdienstleistungen, etc. stärker wahrgenommen werden
- Die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten als Verbraucher muss abgebaut werden
- Die Verbraucherkompetenzen müssen parallel gestärkt werden.

Zukünftiger Handlungsbedarf

Eltern und Jugendliche benötigen eine umfassende Begleitung am Übergang von Schule und Beruf.

Handel und Gewerbe müssen sich stärker auf Verbrauchererwartungen von Migranten einstellen.

Die Verbraucherkompetenzen müssen gestärkt werden.

Existenzgründer müssen verstärkt die Beratungsangebote der Wirtschaftsförderung nutzen.

7. Die Rolle von Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Strukturwandel und demografische Entwicklung sind eng miteinander verknüpft. Die Handlungsspielräume für die Gestaltung des demografischen Wandels werden von der Wirtschaftskraft der Stadt wesentlich beeinflusst.

Mit der Schwerpunktsetzung auf Technologieförderung (Wasserstoff-Kompetenz-Zentrum H2 auf Ewald), der Ansiedlung von Logistikunternehmen und der Entwicklung neuer Gewerbegebiete auf ehemaligen Bergbauflächen sind Ansätze für eine nachhaltige Arbeitsplatzentwicklung geschaffen worden.

Die Programme zum Stadtumbau West sind eine Chance für die Aufnahme innovativer Wirtschaftskonzepte und geben unattraktiv gewordenen Quartieren neue Profile, indem sie wirtschaftliche, räumliche und soziale Entwicklungspotenziale zusammenführen.

Die Schrumpfungsprozesse werden mittel- und langfristig auch zum Rückbau im Wohnungsbestand und zur Anpassung von sozialer und technischer Infrastruktur führen. Dazu sind flexible und bezahlbare Modelle zu entwickeln. (z. B. Nahverkehr).

Mit dem Einzelhandelskonzept wird das Ziel verfolgt, die Innenstadt nachhaltig zu stärken und gleichzeitig die Nahversorgung der Stadtteile zu gewährleisten. Die Schrumpfungsprozesse und die Alterung der Bevölkerung verstärken die Nachfrage nach neuen Dienstleistungen. Deshalb beschäftigt sich die Wirtschaftsförderung in Kooperation mit der Kaufmannschaft, Handwerkern und Dienstleistern, u. a. auch mit der Entwicklung neuer Geschäftsfelder in der Senioren- und Gesundheitswirtschaft.

Zukünftiger Handlungsbedarf

Für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes sind Konzepte ausgearbeitet worden, deren Umsetzung sowohl Kontinuität und einen langen Atem als auch die flexible Anpassung an neue Entwicklungen erfordert. In den kommenden Jahren wird die Stadt zur Weiterführung der Projekte öffentliche Mittel benötigen.

Die Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit kann den Wirtschaftsstandort stärken und ermöglicht den Anschluss an die Entwicklung der Metropole Ruhr. Für die Entwicklung der Zukunftstechnologien (z. B. Wasserstoff) ist die Einbindung in regionale und überregionale Wirtschaftsnetzwerke von besonderer Bedeutung.

Für die Anpassung der Infrastruktur (Versorgung, Entsorgung, Verkehr usw.) müssen gemeinsam mit den Unternehmen nutzerfreundliche Konzepte entwickelt werden.

BILDUNG/KULTUR



Handlungsfeld Bildung – Kultur

1. Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Bildungsbereich

„Weniger – älter – bunter“: Aus der Entwicklung der Gesellschaft ergeben sich hohe Erwartungen an kommende Generationen, aktuell an die Generation '90 mit den Jahrgängen 1985 bis 1995:

- Sie soll wieder mehr Kinder bekommen, um die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen zu stabilisieren.
- Die Betreuung, Erziehung und Bildung ihrer Kinder soll den Zukunftsaufgaben gerecht werden, um das Humanvermögen der Gesellschaft zu stärken.
- Sie soll den Generationenvertrag einlösen.
- Unser Lebensstandard und die internationale Wettbewerbsfähigkeit soll durch hohe wirtschaftliche Produktivität und Innovationskraft aufrechterhalten werden.
- Der gesellschaftliche Zusammenhalt soll durch den Aufbau sozialer Netzwerke gewahrt werden.
- Die multikulturelle Gesellschaft soll gelebt werden.

Das Bildungsniveau unserer Kinder wird angesichts dieser Anforderungen zum Erfolgsfaktor für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben, denn:

„Wenn unsere Gesellschaft zahlenmäßig kleiner wird, weil weniger Kinder geboren werden, ist es umso wichtiger, dass jedes von ihnen optimale Möglichkeiten zur Entfaltung seiner Talente und Fähigkeiten erhält. Wenn der Altersdurchschnitt steigt, gewinnen Weiterbildung und lebenslanges Lernen immer mehr an Bedeutung. Und wenn infolge von Zuwanderung die soziale und kulturelle Heterogenität zunimmt, ist die Gewährleistung von Chancengleichheit in der Bildung unverzichtbar.“

(www.forum-demographie.de, Rubrik: „2007: Bildung“)

Wenn nicht anders angegeben, stammen die kursiv gesetzten Zitate im folgenden Kapitel aus:

Forum Demographischer Wandel des Bundespräsidenten in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung (Hg.):

Bildung voll Leben - Leben voll Bildung. Fakten und Herausforderungen im demographischen Wandel. Berlin/Gütersloh im November 2007

(Download unter www.forum-demographie.de)

<<http://www.forum-demographie.de>>, Rubrik: „2007: Bildung“)

1.1. Konsequenzen des Geburtenrückgangs

„In etwa 20 Jahren werden die „geburtstarken Jahrgänge“ der sogenannten Babyboomer in Rente gehen. Ihr Humanvermögen, das sie beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt einbringen, muss dann adäquat durch Jüngere ersetzt werden. Nach Vorausberechnungen der Kultusministerkonferenz wird die Zahl der Schulabsolventen bis zum Jahr 2020 jedoch um weitere 20 Prozent zurückgehen.“
(S. 7)

Laut Familienbericht Herten wird die Zahl der Kinder von 3 bis 6 Jahren im Zeitraum von 2004 bis 2020 um rund 23 % abnehmen. Eine vergleichbare Einschätzung trifft die BR Münster in ihrem Bevölkerungsbericht 2005:

„Ohne eine höhere Bildungsbeteiligung wird qualifiziertes Personal schon in absehbarer Zeit knapp werden. Schon heute kommen in den Ingenieurberufen auf zehn Beschäftigte im Alter von 55 Jahren und älter nur neun, die jünger sind als 35 Jahre.“

Der Bevölkerungsrückgang verstärkt bundesweit die Bildungsversäumnisse der letzten 20 Jahre. Die im Europavergleich niedrigen Hochschulabschlüsse in Deutschland können schon in wenigen Jahren zu einem enormen Fachkräftemangel führen. Im Kreis Recklinghausen ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) zwischen 1996 und 2006 um fast 26.000 gesunken. Im Alter zwischen 20 und 25 Jahren waren dies 4.535 Beschäftigte während die Anzahl der 50- bis 60-Jährigen um 5.453 gestiegen ist.
(LDS NRW, Kreisstatistik 2007)

Auch wenn die IHK-Standortanalyse dem Kreis Recklinghausen und der Stadt Herten eine gute Qualifikationsstruktur bescheinigt, der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife ist gemessen an den zukünftigen Anforderungen (auch im Vergleich zur Region) noch zu gering.

Die Erwartungen der Wirtschaft an höhere Bildungsabschlüsse auch bei Ausbildungsberufen sind vor dem Hintergrund der zunehmenden Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, aber auch durch erhöhte Anforderungen aufgrund neuer technologischer Entwicklungen, ständig gestiegen.

Ein Beispiel dafür finden wir vor Ort in der Entwicklungsbranche „Wasserstoff- und Brennzellentechnologie“ auf Ewald, wo zukünftig hoch qualifizierte Arbeitskräfte gefragt sein werden. Solche Entwicklungen müssen bei der Bildungsplanung berücksichtigt werden.

„Die geringen Geburtenzahlen führen auch dazu, dass die Bevölkerungsdichte und besonders der Anteil von Familien, Jugendlichen und Kindern in strukturschwachen Gebieten abnehmen. Dadurch wird dort die Bereitstellung eines differenzierten Bildungsangebots erschwert.“ (S. 7)

Laut Bevölkerungsbericht 2005 (BR Münster) wird der Bedarf an Kitas im Kreis Recklinghausen zwischen 2002 und 2020 um 28 % sinken. Die Alternativen zur Schließung sind die Reduzierung der Gruppenstärke oder die Umwandlung in andere Betreuungsangebote.

Zwischenzeitlich hat auch der Gesetzgeber durch Schaffung von neuen Gruppenstrukturen mit Wirkung zum 01.08.2008 durch das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) den weiteren Ausbau der Plätze für die Jüngsten gestärkt. Ab 2013 wird es einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für einjährige Kinder geben. Insgesamt ist dadurch ein weiterer Platzabbau nicht zu erwarten.

Bei den Grundschulen ist die Situation im Kreis Recklinghausen vergleichbar: Die Zahl der Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren wird im Zeitraum 2002 bis 2020 um 26 % sinken. Dies würde (gleichbleibende Klassengröße vorausgesetzt) zu einer Bedarfsminderung von drei Klassen pro Schule führen.

(BR Münster, S. 70)

Nun könnten kleinere Klassen vorteilhaft für die individuelle Förderung sein. Die Voraussetzung dafür wäre aber eine entsprechende Bildungssubvention durch das Land. Das ist derzeit nicht absehbar. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen ist Herten mit dem Arbeitsprogramm des Bürgermeisters (2005) und dem Ratsbeschluss zur „Zukunft der Bildung“ (2006) in die Offensive gegangen, indem ein Schwerpunkt auf die nachhaltige Entwicklung der Bildungslandschaft unter dem Motto „Lebenslang Lernen“ gelegt wurde. Darin enthalten ist neben dem Ausbau zum Ganztags die Vernetzung der Bildungslandschaft – mit dem Ziel der individuellen Förderung aller Kinder und dem Abbau sozial bedingter Bildungsdefizite.

Die Diskussion um die Schließung bzw. Verlegung von Schulstandorten in Herten macht deutlich, dass allein der Rückbau nicht ausreichen wird, um den zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden. Herten als qualifizierter Schulstandort wird dann Zukunft haben, wenn es gelingt, neue Schul- und Lernmodelle zu etablieren.

„Das neue Schulgesetz ermöglicht darüber hinaus den Schulträgern, Verbund- und Kooperationsschulen zu bilden. Ich stehe diesem Instrument aufgeschlossen gegenüber, um auf die demografische Entwicklung schulorganisatorisch reagieren zu können.“

(Arbeitsprogramm Bürgermeister)

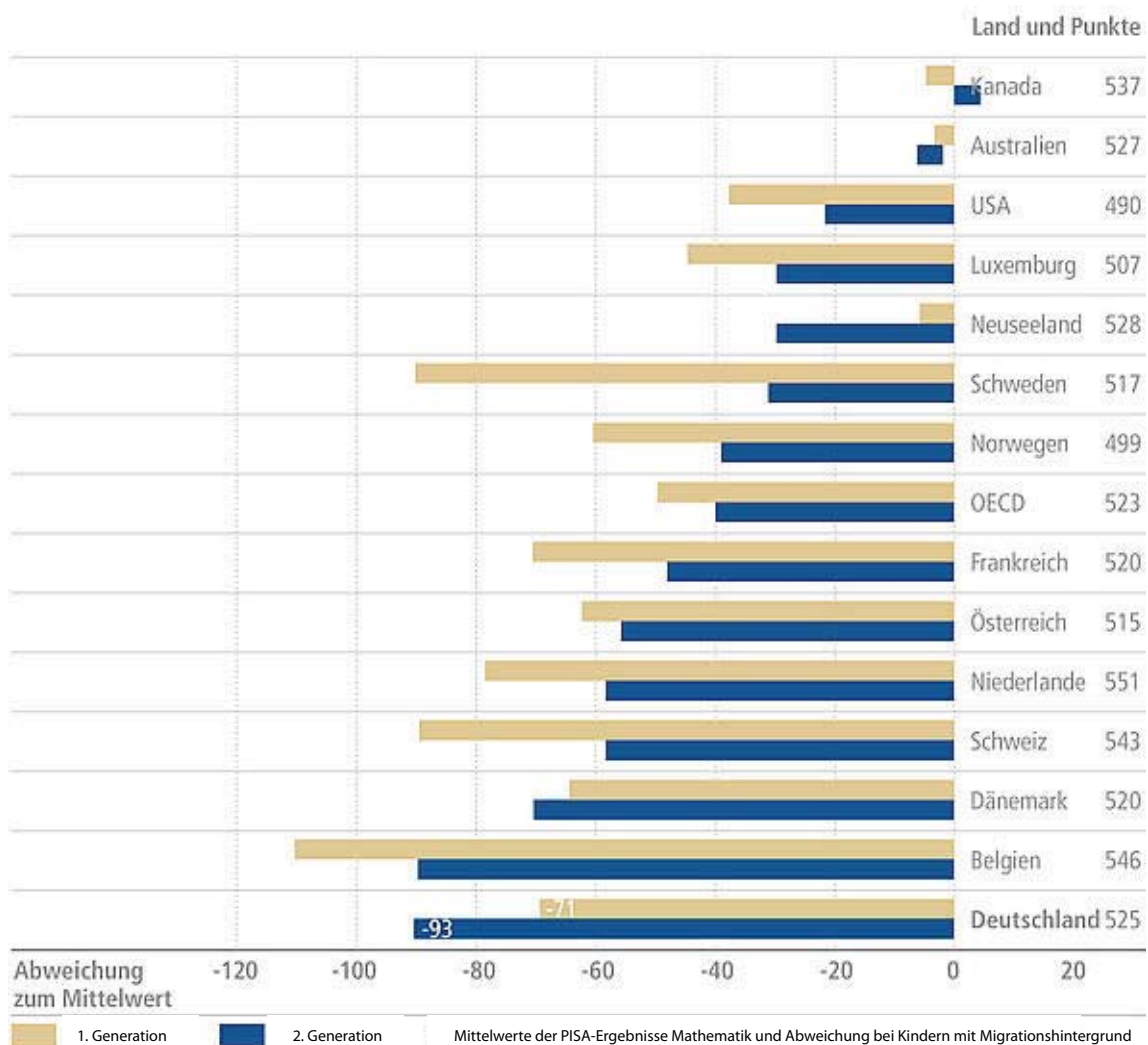
Herten hat zur Bewältigung dieser Aufgaben insofern gute Voraussetzungen, als hier durch eine besonders konstruktive Zusammenarbeit zwischen Schulträgern und Schulleitungen bereits gute Ergebnisse erzielt wurden (Einführung Ganztag).

1.2. Herausforderung der wachsenden Heterogenität

Migration

Menschen mit Migrationshintergrund haben im deutschen Bildungssystem wesentlich schlechtere Startchancen als Einheimische. 18 % von ihnen erreichen keinen Schulabschluss und haben somit äußerst ungünstige Voraussetzungen für den Eintritt in die Arbeitswelt.

Der Einfluss des Migrationshintergrunds



www.forum-demografie.de, Bildung voll Leben – Leben voll Bildung, Berlin/Gütersloh 2007, S. 5

„Besonders gravierend ist, dass in Deutschland der Rückstand in der zweiten Generation (Kinder, die bereits im Land geboren wurden) höher ist als in jedem anderen Land. Im Vergleich zur ersten Generation hat sich der Rückstand bei ihnen sogar noch vergrößert.“ (S. 5)
(siehe Grafik S. 58)

Im Schuljahr 2007/2008 wechselten 40,0 % der Ausländerkinder in Herten an die Hauptschule, rund 35 % an die Gesamtschule, 18 % zur Realschule und nur 1,6 % zum Gymnasium. Die Realschule hat dabei im Vergleich zum Vorjahr die meisten Zugänge.

„Aufgrund der unterschiedlichen Geburtenzahlen nimmt der Anteil von Kindern mit mindestens einem ausländischen Elternteil weiter zu. Während heute etwa ein Viertel der Schulabgänger einen Migrationshintergrund hat, ist es in der Altersgruppe der unter Sechsjährigen schon ein Drittel. Wenn es nicht gelingt, die Bildungschancen dieser Kinder zu verbessern und sie in der frühkindlichen Erziehung, im Kindergarten und in der Schule gezielt zu fördern, wird der Anteil der Jugendlichen, die die Schule mit ungünstiger Prognose verlassen, in den kommenden Jahren deutlich ansteigen.“ (S. 8)

In Herten liegen noch keine Zahlen für den Schulbereich zum Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund vor. Wir können aber davon ausgehen, dass zu einem Ausländeranteil von 17,9 % (Schuljahr 2006/2007) Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in mindestens gleichem Umfang hinzugerechnet werden müssen. Die Chancen dieser Kinder auf qualifizierte Schulabschlüsse müssen steigen; ein entscheidender Baustein dafür ist die Sprachförderung.

Herten hat bereits 2003 mit Programmen zur Sprachförderung im Vorschulbereich begonnen und diese seither laufend ausgebaut – mit Erfolg.

Bemerkenswert ist die Bildung des Netzwerks, das dabei entstanden ist, so dass die Sprachförderung auch die Eltern erreicht, in die Wohnquartiere ausgedehnt wurde und im Sinne einer Lebensraum-bezogenen Förderung beispielsweise auch die Kooperation mit dem Haus der Kulturen oder der Bibliothek beinhaltet. Das Projekt „1 qkm Bildung“ (Herten-Süd) ist eine beispielhafte Bildungsinitiative, die sich an alltagsnahen Lernfeldern und Lernorten orientiert.

Veränderung der Familienstrukturen

Die zunehmende Heterogenität der Gesellschaft bezieht sich jedoch nicht nur auf Migration. Durch den gesellschaftlichen Wandel verändern sich die Familienstrukturen und Lebensformen. Patchwork-Familien, Alleinerziehende, Ein-Kind-Familien gehören mehr und mehr zur Normalität.

Insgesamt stehen Familien zunehmend unter wirtschaftlichem Druck, traditionelle Werte verlieren an Bedeutung, viele Eltern fühlen sich mit den Erziehungsaufgaben überfordert. Deshalb hat die Verwaltung 2006 ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung von Familien verabschiedet.

Die schulische Bildung stellt nur einen Teil der Qualifikationen dar, die für eine erfolgreiche (Bildungs-)Biografie gefragt sind. Soziales Verhalten, kulturelle Bildung, Gesundheitswissen oder Medienkompetenz sind Lernfelder, die zunehmend nicht mehr durch die Elternhäuser (in allen Ethnien) abgedeckt sind und auch durch Schule allein nicht aufgefangen werden können. Sie sind jedoch entscheidend für die berufliche Zukunft, die Alltagsbewältigung und für die Integration.

Diese Entwicklung war ein weiterer Anlass, das vernetzte Agieren von Kindergarten, Schule, Kulturbüro, Musikschule, vhs, Bibliothek und Jugendhilfe etc. zu forcieren. So sind im Rahmen der Ganztagsbetreuung und im Freizeitbereich neue Lernfelder für Kinder aus ausländischen wie deutschen Familien entstanden. In Projekten wie „JeKi“ oder „Kultur macht Schule“ werden Spaß, soziales Lernen und musische Bildung miteinander verbunden. In Zukunft sollen auch Gesundheitsthemen stärker berücksichtigt werden. (siehe Handlungsfeld Gesundheit)

Im Verbund mit den integrierten Stadtteilkonzepten (wie z. B. in Herten-Süd) wird durch Quartiermanagement sowie Sozialverbände, Kirchen, Vereine und Bürgerinitiativen die Ansprache von Familien intensiviert.

1.3. Herausforderung der Alterung

Die Altersphasen haben sich aufgrund der wachsenden Lebenserwartung ausgedehnt. Menschen, die heute häufig früh aus dem Berufsleben ausscheiden, haben im Schnitt noch ein Viertel ihrer Lebenszeit vor sich. Dadurch ist eine Ausdifferenzierung der Altersphasen erfolgt. Wir sprechen von der Generation 50plus (etwa bis 65 Jahre), den Alten zwischen 65 und 80 Jahren und den Hochaltrigen über 80 Jahre. Die ethnische und damit kulturelle Vielfalt macht sich auch in diesen Altersgruppen bemerkbar, die sozialen Differenzen nehmen zu, immer mehr alte Menschen leben allein. Frauen dominieren die Gruppe der Alten und besonders der Hochaltrigen.

Somit sind „die Alten“ für Bildungs- und Kulturarbeit eine sehr heterogene Zielgruppe geworden. „Lebenslanges Lernen“ bedeutet nichts anderes als die Weiterführung der Bildungsbiografie bis ins hohe Alter.

Das Angebot differenziert sich entsprechend der Altersgruppen: Während für die Berufstätigen (50plus) der Ausbau beruflicher Weiterbildung eingefordert wird, damit alternde Belegschaften den Anforderungen des modernen Berufslebens gerecht werden können, interessieren sich Best Ager im (vorgezogenen) Ruhestand für Sprachen, Sport oder IT-Innovationen. Seniorenverbände und Vertretungen wiederum definieren den Begriff Altersbildung umfassend. Sie beschränkt sich demnach nicht auf die Aneignung von Wissen für Beruf und Freizeit, sie bedeutet für ältere Menschen die Erhaltung der Lebensqualität und Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Das Ministerium für Generationen in NRW hat im vergangenen Jahr Bildungs-, Sozial- und Seniorenverbände zu einem runden Tisch „Altersbildung“ eingeladen, bei dem die verschiedenen Aspekte des Lernens im Alter analysiert wurden. Die Förderung der Altersbildung wurde dabei zum unverzichtbaren Bestandteil der Gestaltung des demografischen Wandels erklärt.

Folgende Aspekte des Lernens im Alter wurden aufgezeigt:

- Die alternden Belegschaften erfordern zwingend den Ausbau der Weiterbildung.
- Eine selbstständige Lebensführung im Alter erfordert Lernen und Bildung.
- Zwischen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Alter und der Altersbildung gibt es eindeutig positive Wechselwirkungen.
- Bildung trägt zur Kompetenz der Senioren in ihren Alltagsrollen als Konsumenten, Patienten, Verkehrsteilnehmer, aber auch Wähler bei.

Die vhs in Herten begreift die Älteren als Zielgruppe innerhalb der Erwachsenenbildung. Das Angebot der vhs gestaltet sich nachfrageorientiert und hat auf die Trends in der Altersbildung bereits reagiert (Ausbau der Gesundheitsangebote, Sprachen, Seniorenzeitung etc.)

In der Teilnehmerstatistik der vhs Herten bildet sich das zunehmende Interesse von älteren Menschen an Bildungsthemen ab. Die Altersverteilung bei den Kursteilnehmern der vhs zeigt, dass der Anteil der über 45-Jährigen im Laufe der letzten 10 Jahre stark zugenommen hat. Besonderes Interesse finden Sprach- und Gesundheitskurse, wobei diese Angebote geschlechtsspezifisch unterschiedlich genutzt werden.

Einen besonderen Stellenwert werden auch in Zukunft die Angebote für die Gesundheitsförderung älterer Menschen einnehmen. Die 3. Lebensphase soll möglichst gesund erlebt werden, Mobilität und Selbstständigkeit sollen erhalten bleiben. Die vhs und

die Servicestelle Sport haben für Ältere ein breites und qualifiziert begleitetes Angebot bereitgestellt. Durch die Kampagne zur Ausbildung von Kursleitern für den Seniorensport haben die Sportvereine ihr Angebot erweitert und in den letzten Jahren durch ältere Teilnehmer Nachwuchs bekommen.

Die vhs als kommunale Bildungseinrichtung kann jedoch aufgrund ihrer Ausrichtung und wegen begrenzter Ressourcen nicht alle Aspekte des umfassenden Bildungsbedarfs der Altersbildung aufgreifen.

Die Vielfalt des Lernens spiegelt sich in der Vielfalt der Lernorte und der Anbieter wider: Selbsthilfegruppen, Freizeitkreise, Altentreffs, kirchliche Einrichtungen, Sport- und Kulturvereine, Sozialverbände, ZWAR, Altenakademie etc. sind deshalb jenseits des institutionellen Lernens als Orte gefragt, an denen für den Alltag gelernt wird, wo Kreativität und Fitness geschult werden und wo das Knowhow der älteren Generation in Form von bürgerschaftlichem Engagement an die Stadtgesellschaft zurückfließen kann.

Alte Menschen lernen anders als die Jungen, deshalb werden zukünftig altersgerechte Lernmethoden und didaktische Modelle in die Bildungsarbeit einfließen. Hinzukommt, dass die „Bildungskunden“ mit zunehmendem Alter weniger mobil sind, andere räumliche Voraussetzungen benötigen (z. B. barrierearm) und teilweise die Lernmedien auf das Alter abgestimmt werden müssen. Die Stadtbibliothek hat bereits eine Initiative gestartet, um die Nutzung der Bibliothek seniorenfreundlich zu gestalten, und sich dabei fachlich beraten lassen.

Durch chronischen Raummangel finden Bildungsangebote der vhs häufig in Räumen (Klassenzimmer) und zu Tageszeiten statt, die nicht immer den Bedürfnissen von Senioren (vor allem der älteren) entsprechen können.

Das Verhältnis von Jung und Alt darf nicht aus dem Gleichgewicht geraten. Der Austausch und das Zusammenwirken der Generationen wird deshalb gerade in der Kultur- und Bildungsarbeit zu fördern sein: die Jungen als Lehrer von Älteren, die Alten als Mentoren für die Jungen, das gemeinsame Lernen und Arbeiten in Betrieb und Gesellschaft. Die Gründung des Jugendhofs Wessels durch die Bürgerstiftung ist ein Paradebeispiel für diese Entwicklung. Im Rahmen der KreativWerkstatt hat sich eine generationenübergreifende Theatergruppe etabliert. Die Bürgerstiftung engagiert sich für PC-Kurse für Senioren, die von SchülerInnen angeleitet werden.

2. Situation in Herten und Handlungsbedarf bis 2020

2.1. Frühförderung und Schule

Die Situation in Herten ist ein Spiegelbild der bundesweiten Entwicklung. Durch den Rückgang der Geburten und Wanderungsverluste sank die Zahl der Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren (Kinder mit Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz) von 1.973 im Jahre 2003 auf 1.815 im Jahre 2005, so dass 2005 mit dem Rückbau von Kindergartenplätzen begonnen werden musste. Unter der Prämisse „Weniger, aber Besser“ gelang es, die gewonnenen Kapazitäten für den Ausbau der Betreuung der unter 3-Jährigen zu nutzen. Diese Vorgehensweise wurde von der Bertelsmann Stiftung als modellhaft gewertet.

Rat und Verwaltung bekennen sich auch für zukünftige Maßnahmen zu dieser Ausrichtung. Durch den Rückbau sollen möglichst keine Qualitätseinschränkungen entstehen, frei werdende Ressourcen werden für die Umsetzung neuer Konzepte (Betreuung unter drei, Sprachförderung, Stadtteilangebote) genutzt.

Die Situation der Schulen wird sich im Jahr 2020 so darstellen:

| Regions-/ Verwaltungseinheit | 2004 | | | | | | 2020 | | | | | | | |
|---------------------------------|-------------------------------|--------------|--------------|---------|-----------------|-----------------------|-------------------------------|---------------------------|-----------|--------------|-----------|------------------------------------|-----------|--|
| | Kinder 6 - unt. 10 Jah. | Grundschulen | | | | | Kinder 6 - unt. 10 Jah. | Konstanz v. Schul. u. ... | | | | Konstanz Anz. Kl. u. Kl.grö. | | |
| | | An- zahl | Klas- sen | Schüler | Klass.- grö. | Klass. je Schu. | | ... Kla.grö. | | ... Kla.zahl | | Anz. Kl. u. Kl.grö. | | |
| | | | | | | | | ⇒ Anz. Klass. | Δ abs. | ⇒ Kl.gr. | Δ abs. | ⇒ Anz. GS | Δ abs. | |
| Münster, Reg.bez. | 117.804 | 525 | 5.100 | 119.792 | 24 | 10 | 91.193 | 8 | -2 | 18 | -6 | 380 | -145 | |
| Emscher-Lippe | 41.851 | 201 | 1.840 | 43.002 | 24 | 10 | 31.581 | 7 | -3 | 16 | -8 | 132 | -69 | |
| Münsterland | 75.953 | 324 | 3.260 | 76.790 | 24 | 11 | 59.612 | 8 | -3 | 17 | -7 | 226 | -98 | |
| Bottrop, krfr. Stadt | 4.737 | 27 | 222 | 4.999 | 23 | 9 | 3.863 | 7 | -2 | 16 | -7 | 19 | -8 | |
| Gelsenkirchen, kfr. S. | 10.539 | 51 | 469 | 10.934 | 24 | 10 | 8.113 | 7 | -3 | 16 | -8 | 34 | -17 | |
| Münster, krfr. Stadt | 9.909 | 46 | 430 | 9.855 | 23 | 10 | 9.135 | 9 | -1 | 20 | -3 | 40 | -6 | |
| Borken, Kreis | 18.897 | 79 | 812 | 19.268 | 24 | 11 | 15.334 | 9 | -2 | 18 | -6 | 59 | -20 | |
| Coesfeld, Kreis | 11.404 | 44 | 473 | 11.454 | 25 | 11 | 8.294 | 8 | -3 | 18 | -7 | 31 | -13 | |
| Recklinghausen, Krs. | 26.575 | 123 | 1.149 | 27.069 | 24 | 10 | 19.605 | 7 | -3 | 16 | -8 | 82 | -41 | |
| Steinfurt, Kreis | 22.148 | 94 | 951 | 22.455 | 24 | 11 | 16.211 | 8 | -3 | 16 | -8 | 62 | -32 | |
| Warendorf, Kreis | 13.595 | 61 | 594 | 13.758 | 24 | 10 | 10.638 | 8 | -2 | 18 | -6 | 45 | -16 | |

BR-Münster, Bevölkerungsbericht 2005, S. 68, Tab. 4-3

Die Statistik verdeutlicht die notwendig gewordene Diskussion über den Rückbau der Schulraumkapazitäten. Das Prinzip der Kita-Entwicklung lässt sich dabei nicht einfach übernehmen. Gesetzliche Regelungen und die zu erwartenden Schulreformen

schränken die Spielräume der Kommune für eine konsequente Schulentwicklung zunächst ein.

Aufgaben der Kommune

Von den Kommunen wird in Bezug auf ihre Rolle als Schulträger mehr erwartet als die bloße Verwaltung von schulischen Gebäuden und Hausmeisterdienste. Schulpolitik umfasst heute Integration, Familienarbeit und Sozialarbeit ebenso wie Stadtteil- und Kulturarbeit. In Zukunft sind offene Schulen gefragt, die eingebunden sind in Nachbarschaftsnetzwerke, Schulen, die generationsübergreifendes Lernen und Aktivitäten praktizieren und als Lern- und Begegnungsorte für alle Kulturen stehen.

Sprachförderung, Jugendhilfen, Ausbildungsplanung etc. sind Aufgaben, die nicht alleine den Schulen aufgebürdet werden können. Auch Ganztagschulen könnten dies nur bedingt leisten. In Herten haben Verwaltung und Politik im Schulterschluss mit den Schulleitungen und der Elternschaft adäquat auf die zukünftigen Anforderungen reagiert, indem der systematische Ausbau der Ganztagsgrundschulen eingeleitet wurde.

Zukünftig sollen auch die weiterführenden Schulen ganztägige Betreuungs- und Förderangebote einführen. Dafür notwendig war die enge Zusammenarbeit mit den Kultur- und Bildungseinrichtungen, dem Sport sowie der Jugendförderung.

In Herten ist diese Vernetzung gelungen und wird auch zukünftig intensiviert werden.

Bildungspolitische Konzepte wie die der Fortführung oder Aufgabe von Hauptschulen werden nicht von der Kommune entschieden werden. Sie werden aber in enger Kooperation mit den Schulleitungen, der Elternschaft, der Politik und allen bildungsrelevanten Einrichtungen vor Ort umgesetzt.

Der Kommune kommt dadurch die Rolle der Initiatorin, Moderatorin und Organisatorin von Innovationsprozessen zu.

Sie bildet das Dach, unter dem schulpolitische Entscheidungen realisiert werden, unter dem divergierende Interessen zusammengeführt und soziale Disparitäten ausgeglichen werden müssen.

Zukunftsaspekte kommunaler Bildungskonzepte

Eine wesentliche Auswirkung des demografischen Wandels zeigt sich in der zunehmenden Häufung von Arbeitslosigkeit, Armut, Kinderreichtum und Migrationshintergrund in einzelnen Stadtteilen. Diese sozialen Ungleichheiten werden im Stadtbild zunehmend spürbar. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, müssen kommunale Bildungskonzepte einen integrativen Handlungsansatz beinhalten.

Für die Erfassung steuerungsrelevanter Daten bedeutet dies, bildungsbezogene Daten (Kindergarten- und Schulentwicklungsplanung, Sprachstandserhebung) mit Daten aus dem Gesundheitsbereich (Analyse der Vorsorgeuntersuchungen und der Schuleingangsuntersuchungen) mit familienbezogenen Daten (kommunale Familienberichterstattung, Jugendhilfedaten) sowie mit den Strukturdaten eines Stadtteils in einem Bildungsmonitoring zu verknüpfen. Darauf basierend müssen im Rahmen eines gesamtstädtischen Bildungskonzeptes konkrete Projekte geplant und umgesetzt werden, die im Besonderen die auffälligen Stadtteile fokussieren.

Ein zentrales kommunales Thema für den Umgang mit Benachteiligung ist, Kindern von Anfang an ein Lernen ohne institutionelle Brüche und ohne Ausschluss zu gewährleisten. Die systematische Vernetzung von schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen sowie bürgerschaftlichem Engagement ist eine wichtige Voraussetzung, um die Bildung für die Familien in den jeweiligen Sozialräumen zu verbessern. Dazu gehört, Kindertageseinrichtungen, Schulen und Träger, die sich mit pädagogischen, sozialen und gesundheitlichen Fragen und den entsprechenden Maßnahmen einbringen, als Verantwortungsgemeinschaft zu vernetzen. Diese Intention wird im besonderen Maße mit dem Projekt „1 qm Bildung“ verfolgt.

Die Lernbiografien eines Kindes müssen ohne institutionelle Brüche durch kontinuierliche Beratung der pädagogischen Fachkräfte und der Eltern ganzheitlich begleitet werden. Das geht nicht ohne eine Qualifizierung des Fachpersonals einher. Die Kinder, die im Jahr 2008 sechs Jahre alt sind, werden im Jahr 2020 achtzehn Jahre alt sein. Mit welchem Abschluss sie die Schule verlassen werden, ist in einem nicht unerheblichen Maße von der Umsetzung und Wirkungsweise der kommunalen Bildungskonzepte abhängig.

Daher ist es wichtig, Demografiegewinne weiterhin in Bildung zu investieren, insbesondere in die qualitative Verbesserung der frühen Bildungsbereiche wie Kita und Grundschule.

Eine bedarfsgerechte Planung kann nur gelingen, wenn sie sich nicht allein auf die pädagogischen Konzepte beschränkt, sondern die Entwicklung der räumlichen, finanziellen und personellen Ressourcen als Bestandteil der Bildungsplanung berücksichtigt.

Wichtige Partner sind für die Hertener Schulen die außerschulischen Bildungseinrichtungen (Kulturbüro, Bibliothek und Sport) geworden. Sie begreifen sich als Dienstleister für die Bedarfe der Schulen und bilden zusammen mit der Elternschaft eine wichtige Planungsgemeinschaft.

2.2 Bildungs- und Kulturarbeit

In den vergangenen Jahren hat sich aufgrund veränderter sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse auch das Selbstverständnis der Bildungs- und Kultureinrichtungen grundlegend verändert. Verstärkt begreifen sie sich als Dienstleister für die Bedarfe der Kommune und als Teil des neu geschaffenen Bildungsnetzwerkes. Beispiele dafür sind die Programme zur betrieblichen Gesundheitsförderung und das Fortbildungsprogramm der vhs für die kommunalen Beschäftigten.

Die Musikschule ist Partner im Landesprojekt „JeKi“, über Programme der Kultursekretariate intensiviert sich die Zusammenarbeit von Kulturbüro und Schule, die Stadtbibliothek startete Programme zur Leseförderung, die KreativWerkstatt gründet eine Kinder-Uni.

Durch die neuen Aufgabenfelder stellen sich an die Mitarbeiter, Kursleiter und Lehrer zunehmend höhere Anforderungen: interkulturelle Kompetenzen, Genderbewusstsein, Seniorenfreundlichkeit, Generationenlernen usw. Das alles sind Aufgaben, für die Bewusstsein geschaffen und zusätzliche Aus- und Weiterbildung der Lehrenden und Ehrenamtlichen in der Bildungsarbeit erfolgen muss.

Durch die bildungspolitische Schwerpunktsetzung der Verwaltung, die Akquirierung von Landesmitteln und privatem Sponsoring konnten extreme Einschnitte in die Budgets bei den freiwilligen Aufgaben verhindert werden.

Zukünftiger Handlungsbedarf

- Demografiegewinne müssen weiter in die Qualität der Bildungsangebote investiert werden, damit die vorhandenen Angebote ausgebaut und erweitert werden können.
- Schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen, verbunden mit bürgerschaftlichem Engagement, sollen systematisch miteinander vernetzt werden.
- Die Planung der Ressourcen sind neben den pädagogischen Konzepten Bestandteil der Bildungsplanung.

3. Die Zielgruppen

3.1. Ältere Menschen – Lebensqualität und Teilhabe fördern

Mit der älter werdenden Gesellschaft ändert sich die Teilnehmerstruktur in den Bildungseinrichtungen. Es ändern sich auch die Bildungsangebote.

Am Beispiel der Volkshochschule in Herten können wir verfolgen, wie sich die Anforderungen an Bildung in den letzten 20 Jahren verändert haben. Beispiele dafür sind PC-Kurse für Senioren, Seniorenzeitung, Gesundheitskurse, Stadtführer, Bürgerfunk, Frauenzeitung etc.

Die heterogene Zusammensetzung der Generation 50plus fordert eine Vielfalt an Bildungsangeboten, die nicht alleine von den kommunalen Einrichtungen realisiert werden können und müssen.

Unter Beteiligung aller Akteure in Herten wird das Ziel verfolgt, die körperliche und geistige Mobilität zu erhalten, Kommunikation zu fördern, Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, Selbstbestimmung zu erhalten, Kompetenzen zu nutzen und zu fördern und generationenübergreifendes Lernen zu entfalten.

Hier hat die Kommune vorwiegend eine initiierende Rolle. In Zusammenarbeit mit dem Seniorenbüro, den Sozialverbänden, Seniorenvertretungen etc. könnte ein umfassendes Konzept entstehen, das die Aufgaben auf viele Schultern verteilt.

Zukünftiger Handlungsbedarf

Die Altersbildung ist als Baustein für die Bildungsplanung „Lebenslanges Lernen“ in den kommenden Jahrzehnten noch zu entwickeln.

Durch ein „Bündnis für Altersbildung“, an dem sich alle Akteure beteiligen, könnte dieser Baustein mittel- bis langfristig entstehen. Die demografischen Effekte erfordern neue Angebotsstrukturen und neue Lernorte. Dazu gehören niedrighschwellige Angebote in den Stadtteilen oder Selbstlerngruppen in Nachbarschaftsnetzwerken. Komm- statt Gehstrukturen sind im Hinblick auf ältere Menschen und soziale Problemstellungen erforderlich. Soziale Träger, Vereine und Bürgergruppen sollen Bildungspartner werden.

3.2. Kinder und ihre Familien – Begleiten und unterstützen

Das Bildungskonzept „Lebenslanges Lernen“ ist bereits vorgestellt worden. Gelingt seine Weiterführung und Umsetzung, so wird es möglich sein, für Hertener Kinder eine optimale Lernförderung im Rahmen der kommunalen Spielräume zu schaffen.

Die Familie als Sozialisationsfeld der Kinder wird durch die Veränderung und teilweise Auflösung der traditionellen Familienstrukturen, aber auch angesichts wirtschaftlicher Zwänge immer stärkeren Belastungen ausgesetzt. Deshalb hat die Stadt Herten ein Konzept zur Unterstützung von Familien erarbeitet. Unter dem Aspekt einer lebenslangen Bildung müssen nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben unterstützt werden.

Dazu ist die enge Kooperation zwischen Bildungsplanung, Jugend- und Familienhilfe sowie Quartiermanagement erforderlich. Neben den kommunalen Akteuren sind hier vor allem Sozialverbände, Kirchen, Vereine etc. als Initiatoren und Lernorte gefragt.

Zukünftiger Handlungsbedarf

Die Familienbildung, mit einem breitgefächerten Angebot aus Information, Beratung und Selbsthilfe muss Bestandteil der Bildungsplanung sein.

3.3. Migranten – Integration durch Beteiligung

Die Defizite in der bundesweiten Integrationspolitik führten zu einem großen Nachholbedarf an Fördermaßnahmen auf örtlicher Ebene. Um diesen zu decken, werden in den kommenden 10 Jahren die Umsetzung der Förderkonzepte im Sinne des lebenslangen Lernens und eine ganzheitliche außerschulische Begleitung notwendig sein.

Mit der Forderung nach mehr Partizipation liegt der schwierigere Teil der Integrationsarbeit vor uns, denn hier geht es um Kernfragen der Integration: die politische, wirtschaftliche und kulturelle Partizipation der Migrantinnen und Migranten. Je besser die Förderung von Sprache und Alltagsbildung gelungen sind, desto besser sind auch die Bedingungen für das Gelingen von Beteiligungsprozessen.

Die Bildungsarbeit (nicht nur die institutionelle) wird sich in diesem Bereich neuen Aufgaben stellen müssen und verstärkt mit Verwaltung, Wirtschaft und Stadtentwicklung kooperieren. Die Themen sind:

- Politische Beteiligung forcieren
- Aktive Beteiligung am kulturellen Leben fördern
- Verbraucherkompetenzen stärken
- Medienpräsenz und Medienkompetenzen stärken
- Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Rollen
(siehe Handlungsfeld Wirtschaft/Arbeit)

Zukünftiger Handlungsbedarf

Während der Schwerpunkt „Förderung“ gegenwärtig und zukünftig weiter eine wichtige Rolle spielen wird, steht für die kommenden Jahrzehnte das Thema „Partizipation“ auf der Agenda der gegenseitigen Integrationsleistungen.

GESUNDHEIT/FREIZEIT



Foto: W. Quickels

Handlungsfeld Gesundheit – Freizeit

Die kleinräumige Gesundheitspolitik erfuhr über lange Zeit nur indirekte Aufmerksamkeit in den Städten und Gemeinden. Gesundheitspolitische Akzente wurden eher im relativ eng gefassten Aufgabenfeld des Gesundheitsamtes wahrgenommen.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf Gesundheit und Lebensführung der Menschen stellen jetzt neue Anforderungen an die kommunale Gesundheitsfürsorge.

Ob steigende Demenzerkrankungen durch hohe Lebenserwartung, Zunahme chronischer Krankheiten wie Diabetes, psychosomatische Erkrankungen oder Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen – diese Fehlentwicklungen können nur durch nachhaltige Prävention beeinflusst werden. Die Kommune steht hier gemeinsam mit der auf Kreisebene angesiedelten Gesundheitsbehörde in der Verantwortung.

Die Zuständigkeit für Gesundheitsthemen kann sich wegen der vielschichtigen Problematik nicht auf den Sozialbereich beschränken, sie ist genauso Teil der räumlichen Stadtentwicklung, des Sports, der Kultur- und Bildungsplanung, also Querschnittsaufgabe.

Unter dem Aspekt einer strategischen Konzeption, richtet sich das Augenmerk weniger auf einzelne Angebote als auf den Aufbau nachhaltiger Strukturen, die zur Verbesserung der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger führen können.

1. Gesundheitspolitische Ausrichtung – Prävention

Ausgelöst durch die Kostendiskussion, richten sich die politische Schwerpunktsetzung und die Präventionsprogramme der Krankenkassen seit einigen Jahren verstärkt auf präventive Konzepte und die allgemeine Gesundheitsförderung. Die Erkenntnis, dass nachhaltige Erfolge bei der Verbesserung der Volksgesundheit nur durch gesunde Lebensführung zu erzielen sind, hat dazu geführt, dass 2005 nach ausführlichen Beratungen ein Präventionsgesetz verabschiedet wurde, das jedoch im Bundesrat gestoppt wurde. Der Streit um die Finanzierung hat die Umsetzung bis heute verhindert.

Dabei sind sich alle Parteien einig:

„Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz sind Schlüssel zur Verbesserung des Gesundheitszustands der Bevölkerung und zur Senkung der Kosten des Gesundheitssektors. Sie sind

deswegen zu einer eigenständigen Säule im Gesundheitswesen auszubauen. Hierfür soll ein Präventionsgesetz die Grundlage bilden.“
(www.bmg.bund.de/gesundheit)

2. Verantwortung von Land – Kreis – Kommunen

2.1. Landespolitik

Parallel zu den Bemühungen um eine gesetzliche Verankerung der Prävention wurden von Bund und Land neben zahlreichen Programmen (z. B. „Ernährung und Bewegung“) zur Gesundheitsprävention auch politische Instrumente geschaffen.

Nach dem Vorbild der WHO wurden in Deutschland nationale und länderbezogene Gesundheitsziele festgelegt.

In NRW hat die 13. Landesgesundheitskonferenz im Dezember 2004 die neuen Gesundheitsziele NRW 2005–2010 einvernehmlich verabschiedet.

Strukturziele NRW (2005 – 2010)

1. Gesundheitsförderung und Prävention ausbauen (Kinder und Jugendliche: Tabak, Übergewicht; Senioren: Sturzprävention)
2. Bürgernähe schaffen und Gesundheitsverantwortung fördern
3. Neue Versorgungsformen entwickeln
(integr. Versorgungskonzepte; bürgernahe Strukturen)
4. Gesundheitsinformationen weiterentwickeln
(Datengrundlagen und GBE; neue Medien)
5. Forschung und Entwicklung stärken
(innovative Ansätze; Versorgung und Public Health)

Die weitere Konkretisierung der Gesundheitsziele findet sich in der Entschließung zum „Präventionskonzept Nordrhein-Westfalen – eine Investition in Lebensqualität“, welche die Landesgesundheitskonferenz (LGK) NRW im Dezember 2005 verabschiedet hat.

Im Einführungstext heißt es dazu:

„Trotz der unbestreitbaren Erfolge ist die weitere Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung erforderlich. Insbesondere gilt es, die Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben.“

Dabei sollen die Möglichkeiten und Vorteile, die sich aus einer landesweiten Konzeption ergeben, mit den Spielräumen und Umsetzungsmöglichkeiten der lokalen Ebene zusammengeführt werden.

2.2. Zusammenarbeit von Kreis und Kommune

Die auf lokaler Ebene organisierten Gesundheitskonferenzen (für Herten ist die GK Recklinghausen zuständig) fungieren als Verbindungsglieder zwischen Land und Kommune.

Aufgabe und Ziel der Konferenz ist es, eine funktionsfähige Kommunikations- und Kooperationskultur zu entwickeln, die verlässliche Absprachen und eine Abstimmung von Planungen möglich macht. (Geschäftsordnung der GK)

Die landweiten Gesundheitsziele fließen in die Arbeit des Kreises ein.

Die Gesundheitsberichterstattung (GBE) auf Kreisebene greift relevante Themen auf und gibt die Ergebnisse an die verschiedenen Akteure (Ärzte, Beratungsstellen, etc.) weiter.

Die Zusammenarbeit zwischen Kreis und Kommune dokumentiert sich in verschiedenen Aktivitäten:

- Veröffentlichung und Beratung von Themenheften zur Kinder- und Jugendgesundheit, dem Übergang von Krankenhaus in Pflege und der demografischen Entwicklung
- Die AG Kinder- und Jugendgesundheit, in der die Stadt Herten aktiv mitwirkt. Die AG informiert über aktuelle Themen und Aktivitäten und lotet mögliche Kooperationen aus.
- Darüber hinaus unterstützt der Kreis die Kommune bei Aktivitäten zur Gesundheitsförderung. Beispielhaft ist dafür die Zusammenarbeit zwischen Kreis und dem Hertener Kinder- und Jugendschutz bei dem Projekt „Junior Vital – Förderung der Gesundheit und psychosozialen Befindlichkeit von Kindern, Jugendlichen und ihren Bezugspersonen“.

Das zeitlich auf 2005 begrenzte Aktionsbündnis „Junior Vital“ wäre ohne das Zusammenwirken von Land, Kreis und Stadt nicht realisierbar gewesen. Es ist aber leider auch ein Beispiel für den Mangel an Nachhaltigkeit. Alle Gesundheitsangebote, die den Rahmen der institutionellen Angebotsstruktur verlassen (Bildungsträger, Vereine etc.) haben in der Regel Projektcharakter und sind damit zeitlich begrenzt. In einem Arbeitsfeld, das eigentlich besonderer Kontinuität bedarf, um erfolgreich zu sein, wirkt sich das besonders ungünstig aus. Für das Schaffen dauerhafter Strukturen fehlen bei allen Beteiligten derzeit die entsprechenden Ressourcen.

2.3. Kommune und Gesundheitsförderung

Das Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) legt im § 6.1 die Mitwirkung an der Gesundheitsförderung, der Prävention und dem Gesundheitsschutz als Pflichtaufgabe fest. Durch die Entschließung der Landesgesundheitskonferenz 2005 für ein „Präventionskonzept NRW“ kommt diesen Aufgaben eine vorrangige Bedeutung zu.

Umsetzen kann der Kreis diese Vorgaben nur in enger Kooperation mit den Kommunen und allen Akteuren im Gesundheitswesen.

Aus der Erkenntnis, dass präventive Konzepte nur dann zielführend sein können, wenn sie die Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen und in diese integriert werden (Setting Ansatz), erwächst für die Kommunen eine besondere Verantwortung für deren Initiierung, Koordinierung, Vernetzung und Umsetzung.

In welchen Handlungsfeldern ist kommunales Engagement gefragt?

Die WHO hat fünf vorrangige Handlungsfelder und -ebenen der Gesundheitsförderung definiert, die für kommunales Handeln relevant sind:

1. Entwicklung einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik (Querschnittsaufgabe)
2. Gesundheitsfördernde Lebenswelten schaffen (Betrieb, Schule, Freizeit, Quartier)
3. Gesundheitsbezogene Gemeinschaftsaktionen unterstützen (Selbsthilfeaktivitäten fördern)
4. Persönliche Kompetenzen entwickeln (Bildung, soziale Kompetenz stärken)
5. Gesundheitsdienste neu orientieren (Prävention statt Reha, Vernetzung der Anbieter und Akteure)

Die Ausrichtung der kommunalen Aktivitäten zur Gesundheitsförderung sollte unter diesen Gesichtspunkten erfolgen. Sie entsprechen den Anforderungen, denen erfolgreiche kommunale Gesundheitspolitik angesichts demografischer Veränderungen zukünftig gerecht werden muss.

Zukünftiger Handlungsbedarf

Kommunale Gesundheitsförderung korrespondiert mit Sozial- und Bildungspolitik; sie ist ein Teil der Stadtentwicklungsaufgaben und damit als Querschnittsaufgabe im kommunalen Handeln zu sehen. Sie muss in die Arbeit aller Fachbereiche einfließen.

Die Stadt braucht ein kommunales Gesundheitsmanagement, das wichtige und brisante Themen aufgreift und gemeinsam mit allen Verantwortlichen Maßnahmen initiiert (Beispiel: Übergewicht bei Kindern), Fördermittel akquiriert und Kooperationen anregt.

Gesundheitsförderung vor Ort kann nur in geteilter Verantwortung mit Kreis und Land umgesetzt werden. Kommunalpolitik muss sich gemeinsam mit dem Kreis verstärkt für die Unterstützung nachhaltiger Gesundheitskonzepte (z. B. gesunde Schulkost) beim Land einsetzen.

Die Kommunen als von Bund und Land propagierte „Austragungsorte“ für gesundheitsfördernde Maßnahmen sind darauf angewiesen.

3. Handlungsfelder und Zielgruppen in Herten**3.1. Faktoren für Gesundheit und Krankheit**

Im Kreis Recklinghausen ist die Gesundheitslage der Bevölkerung stark von den Faktoren Alter und soziale Lage geprägt. Neben einem gravierenden Bevölkerungsrückgang führt eine hohe Anzahl hochaltriger Menschen im Kreis Recklinghausen zu einer der höchsten Pflegequoten im Ruhrgebiet.

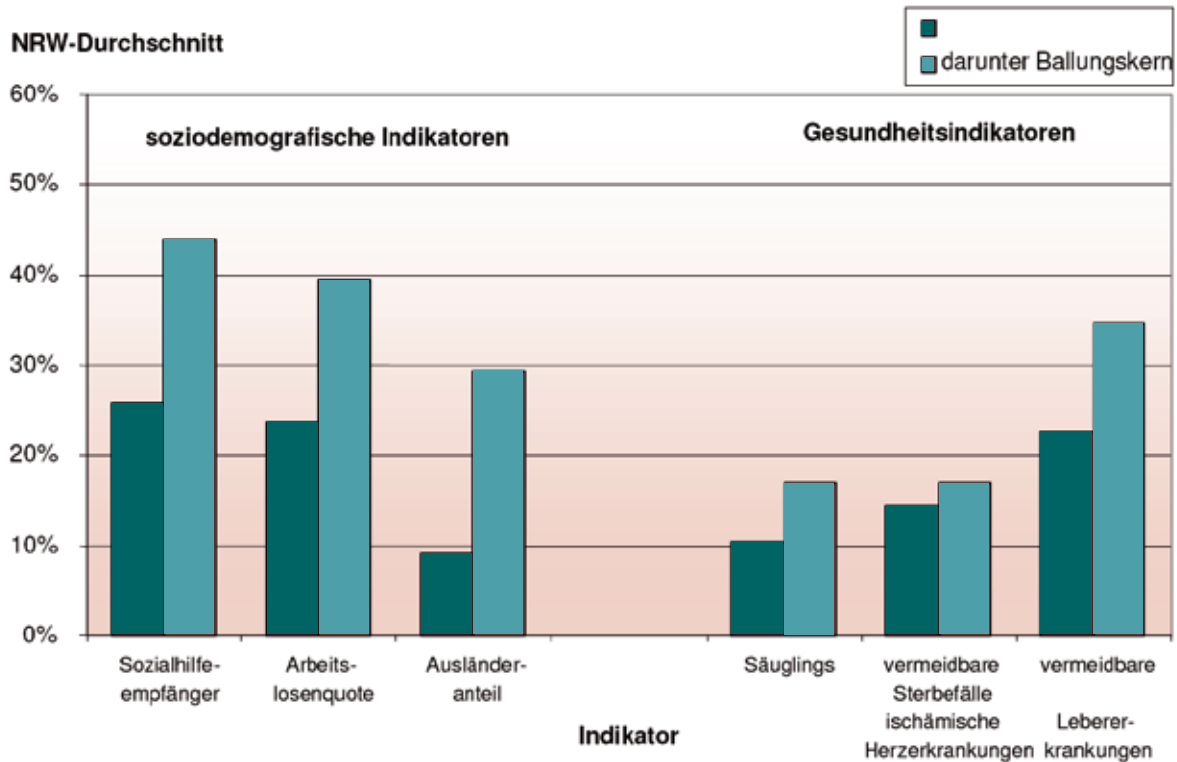
Das Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Iögd) hat 2003 eine Studie zur Gesundheitslage der Bevölkerung in „Ruhr-City“ und den angrenzenden Ballungsrandzonen durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie belegen, dass bei allen ausgewählten Gesundheitsindikatoren die Ballungszentren, gefolgt von den Ballungsrandzonen (dabei der Kreis Recklinghausen), signifikant schlechtere Ergebnisse erzielen als der Landesdurchschnitt. (siehe Grafik S. 78)

Die Untersuchung zeigt auch, dass der Gesundheitszustand der Bevölkerung in der Lebensmitte schlechter als im Landesdurchschnitt ist. Dazu der Gesundheitsbericht des Kreises Recklinghausen 2006:

„Die Auswertung ausgewählter Indikatoren für den Gesundheitszustand weisen darauf hin, dass im Kreis Recklinghausen für die Menschen in der mittleren Lebensphase erhöhte Erkrankungsraten vorliegen und dass diese stärker mit gesundheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit verbunden sind als im Landesdurchschnitt.“

Die folgende Tabelle verdeutlicht nochmals den Zusammenhang zwischen soziodemografischen Indikatoren (Sozialhilfeempfänger, Arbeitslosenquote, Ausländeranteil) und Gesundheitsindikatoren.

Abweichung soziodemografischer und Gesundheitsindikatoren in Ruhr-City und Ballungskern vom NRW-Durchschnitt, 2003/2004



lög, Gesundheit in NRW, kurz und informativ, S. 12, Abb. 8

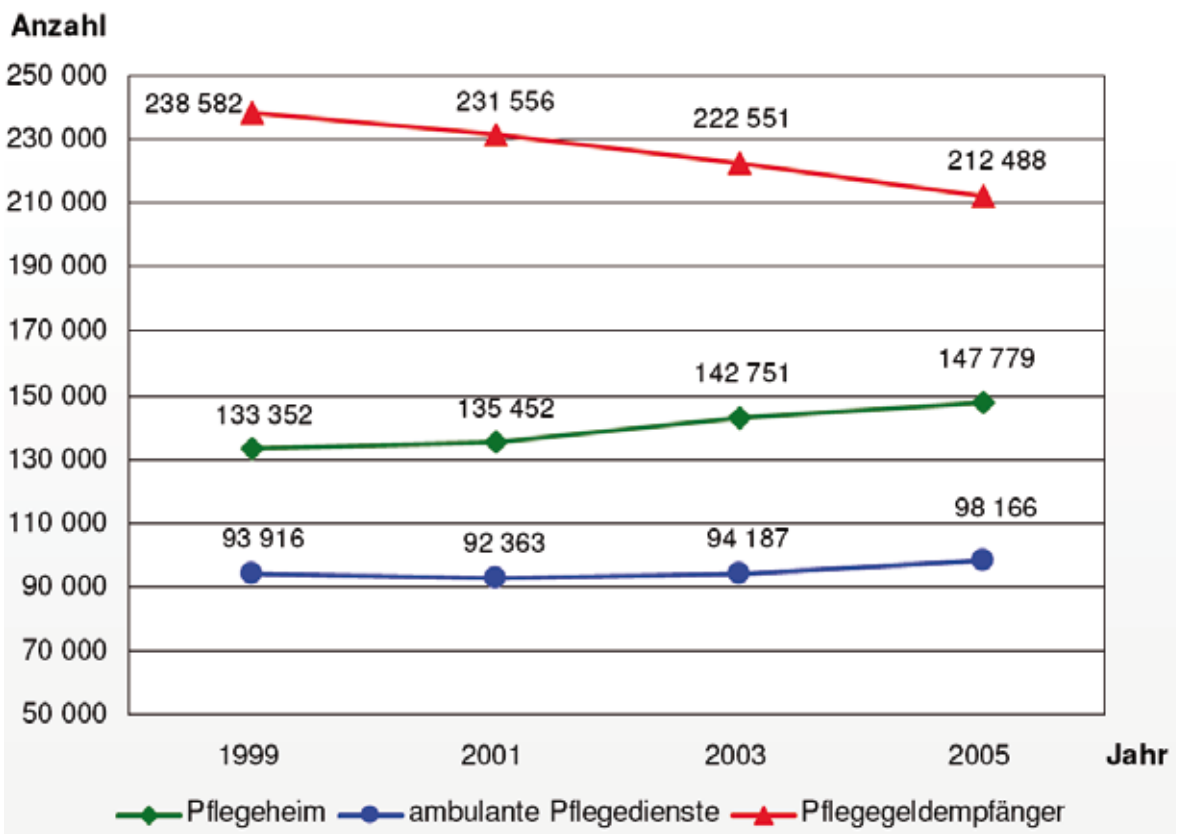
3.2. Das Alter – die Pflege

In Folge gestiegener und weiter steigender Lebenserwartung ist eine erhöhte Rate der Multimorbidität und demenzieller Krankheitsbilder bei hochaltrigen Menschen, verbunden mit zunehmendem Pflegebedarf, zu erwarten. Wenngleich der Anteil der Menschen steigen könnte, die mit 80 Jahren vergleichsweise mobil und selbstständig leben, so wird die absolute Zahl der gesundheitlich eingeschränkten Menschen deutlich steigen.

„Landesweit zeigt sich ein Trend hin zur Pflege in Pflegeheimen und durch ambulante Pflegedienste. So stieg im Vergleich zu 2003 die Zahl der in Heimen untergebrachten Pflegebedürftigen um 3,5 % und die Zahl der zu Hause durch ambulante Dienste Versorgten erhöhte sich um 4,2 %. Dagegen nahm die Pflege zu Hause durch Angehörige, bzw. die Zahl der reinen Pflegegeldempfänger im Vergleich zu 2003 um 4,5 % ab.“ (Iögd, Gesundheitsberichterstattung, Pflegebedürftige Menschen in NRW, 2007)

Im Kreis Recklinghausen stellt sich die Situation wie folgt dar: Mit einem Anteil von 3,1 % Pflegebedürftiger an der Gesamtbevölkerung 2005 gehört der Kreis Recklinghausen, bedingt durch die Altersstruktur der Bevölkerung, zu einer der Regionen mit der höchsten Pflegehäufigkeit (NRW: 2,5 %). Der Anteil der Pflegebedürftigen, die in einer stationären Pflegeeinrichtung leben, liegt aber auf Kreisebene nur bei 26 % (NRW 31 %, Bund 32 %).

Leistungsempfänger/innen der Pflegeversicherung



Iögd, Gesundheitsberichterstattung, Pflegebedürftige Menschen in NRW (2007)

Die Prognosen gehen von einer weiteren Steigerung der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2025 aus, wobei sich die Tendenz fortsetzen soll, der zufolge die unter 50-Jährigen länger gesund und mobil bleiben, jedoch ein Zuwachs pflegebedürftiger Menschen in der Gruppe der über 80-Jährigen auftreten wird. Der Anteil

von Frauen liegt dabei signifikant höher als der von Männern. Da stationäre Pflege teuer und auch oft nicht von den Betroffenen erwünscht ist, suchen viele Familien neben der eigenen Betreuungs- und Pflegearbeit die Unterstützung durch ambulante Dienste. Pflegende sind zum großen Teil Frauen bzw. Töchter. Sind diese neben der Verantwortung für Haushalt und Kinder auch noch beruflich eingebunden, stellen sich bei mittel- bis langfristigen Pflegesituationen oft Überforderung und sogar Krankheit ein.

Kommunale Konzepte

Herten hat gute strukturelle Voraussetzungen für die Bewältigung dieser Zukunftsaufgaben geschaffen. Mit einem teils gesetzlich vorgegebenen, teils auf Eigeninitiative der Kommune entwickelten System für den Ausbau der Altenhilfe gilt Herten kreisweit als Vorreiter für innovative Versorgungskonzepte (Beispiel Stadtteilbefragungen). Die Entwicklungshemmnisse zeigen sich hier eher im Mangel personeller Ressourcen aufgrund der schwierigen Haushaltslage.

Mit dem Instrument der Altenhilfeplanung, durch weitgehende Vernetzung der relevanten Akteure (Arbeitskreis „Sozial Aktiv“) und durch Kooperation auf Kreisebene ist eine bedarfsgerechte Planung gesichert.

Das BIP als zentrale Beratungsstelle, das rapide steigende Beratungszahlen zu verzeichnen hat, ist wesentlicher Bestandteil der bürgernahen Versorgung.

Zukünftiger Handlungsbedarf

- Beim sukzessiven Ausbau der Pflegeeinrichtungen werden dementielle Erkrankungen besonders berücksichtigt.
- Die Palliativversorgung und die Hospizarbeit gewinnen an Bedeutung und bedarf des Ausbaus. (Kooperation mit Krankenhäusern)
- Altengerechte Wohn- und Versorgungsstrukturen müssen weiter dem Bedarf in den Quartieren angepasst werden (Ambulante Pflege- und Betreuungsmodelle, begleitende Alltagshilfen).
- Pflegende Angehörige brauchen umfassende Unterstützungsangebote.

3.3. Das Alter – die Prävention

Aktivitäten der Kommunen

Eine neue Untersuchung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat sich mit seniorenbezogener Gesundheitsförderung und Prävention auf kommunaler Ebene beschäftigt. Ziel der Untersuchung war es, die Bedeutung des Themas für die Kommunen, die Angebotsstruktur und die Zielgruppen zu erfassen, um mögliche Defizite und zukünftige Bedarfe zu ermitteln. Fast die Hälfte der befragten Gemeinden bewertete Gesundheitsförderung und Prävention für ältere Menschen als wichtig bis sehr wichtig. Dabei wurden dem Sport und der Bewegungsförderung mit Abstand die höchste Priorität eingeräumt. Initiatoren bei der allgemeinen Gesundheitsförderung sind die Sozialämter, Begegnungsstätten, Sportvereine und Sozialverbände. Die häufigsten Anbieter bei den Sport- und Bewegungsangeboten sind die Sportvereine, Volkshochschulen, Sozialverbände und Krankenkassen. Erst dann folgen selbstorganisierte Angebote von Gruppen, Kirchen und kommerziellen Anbietern. Interessant ist die Nennung von Zielgruppen, die in allen Städten nicht erreicht werden, obwohl diese Gruppen besondere Gesundheitsrisiken aufweisen:

- Nicht mobile ältere Menschen
- Ältere Migranten
- Sozial benachteiligte/bildungsferne ältere Menschen
- Ältere Männer
- Ältere mit Seh- und Hörbehinderung
(mit Abstand kleinste Gruppe)

Insgesamt kann festgestellt werden, dass es in den Städten zwar Präventionsangebote gibt, die ältere Menschen erreichen, deren tatsächliche Seniorenfreundlichkeit (barrierefreie Zugänge, wohnortnah, Ausbildung der Kursleiter etc.) ist nicht überprüft. Desweiteren gibt es zwar Angebote, aber kaum Konzepte, die sich an diesem Bedarf orientieren.

Entwicklung der Angebote für Ältere

Herten bietet ein breites Spektrum an nachfrageorientierten Angeboten von vhs, Servicestelle Sport, Vereinen, Krankenhäusern, Apotheken usw., die enormen Zuspruch finden. Die meistgefragten Kurse/Veranstaltungen sind: Sport/Bewegung, Ernährung, Informationen über Krankheitsbilder und Therapien.

Sowohl in Sportvereinen als auch in der Volkshochschule ist die Zahl der über 60-jährigen TeilnehmerInnen gestiegen (besonders Frauen). Die Zahlen signalisieren ein stetig wachsendes Interesse der Betroffenen an einer gesunden Lebensführung.

Sport

Neben einem breit gefächerten Angebot verschiedenster Einrichtungen engagiert sich der SSV für eine konzeptionelle Neuausrichtung der präventiven Sport- und Bewegungsangebote:

- durch die Öffnung der Vereine für den Breitensport
- durch die Ausbildung von Kursleitern für den Seniorensport
- durch Fitnesstraining für Ältere (Servicestelle Sport)

Die Ausbildungen sind stark nachgefragt, ebenso die Angebote. Diese finden nicht nur in Sporthallen, sondern verstärkt auch in Einrichtungen in den Stadtteilen statt – nicht allein aus Raumnot, auch zur besseren Erreichbarkeit für Ältere.

Der Anteil der über 60-jährigen Teilnehmer an Sportangeboten hat sich im Zeitraum von 1997 bis 2007 von 1.279 auf 2.371 erhöht. Bei den weiblichen Mitgliedern waren dies 357 im Jahr 1997 und 948 im Jahr 2007.

Ebenso werden die Altentagesstätten und Altenclubs von älteren Menschen stark besucht (2007 = 47.000 BesucherInnen). Zu den Angeboten zählen u. a. Sturzprophylaxe, Sitzgymnastik, Radfahren, Wandern, Gymnastik, Gedächtnistraining etc.

Altenhilfe

Der Altenhilfeplan aus 2003 verweist auf die institutionellen Angebote und beschreibt allgemein die Bedeutung präventiver Konzepte.

Er enthält noch keine konzeptionellen Aussagen zur Präventionsarbeit und Gesundheitsförderung, die Planung des Seniorenbüros für die kommenden Jahre hat die Entwicklung einer systematischen Präventionsarbeit aber im Blick.

Durch die „Präventiven Hausbesuche ab 75“ können die Bedarfe systematisch erfasst werden. Gleichzeitig kann eine individuelle und damit gezielte Beratung der älteren Menschen erfolgen. Informationsdefizite können ausgeglichen, bedarfsgerechte Angebote vermittelt werden.

Das Seniorenbüro als Initiator kooperiert dabei mit den Sozialverbänden und erzielt dadurch eine breite Vernetzung der Träger und der Angebote.

Vernachlässigte Zielgruppen

Bei großer Nachfrage nach gesundheitsfördernden Angeboten im weitesten Sinne werden die für die Präventionsarbeit besonders wichtigen, aber schwer erreichbaren Zielgruppen leicht aus den Augen verloren.

Ältere Menschen, die nicht oder nur eingeschränkt mobil sind, ältere Männer und sozial benachteiligte Menschen, aber auch Migranten haben zu wenig Zugang zu den vorhandenen Angeboten.

Gründe dafür könnten sein:

- schlechte Erreichbarkeit (nicht wohnortnah)
- Kosten
- Angebote sind zu anspruchsvoll (sportliche Leistungen)
- Kontaktschwierigkeiten (z. B. Scheu vor Gruppen)
- Mangelnde Information
- Kulturelle Barrieren

Die agierenden Institutionen sind wegen beschränkter Ressourcen, aber auch von ihren Organisationsstrukturen her oft nicht in der Lage, auf diese Anforderungen zu reagieren.

Leider gibt es keinen Überblick, wo und ob in Herten im Rahmen von Stadtteilarbeit, in Pflegeeinrichtungen, Kirchengemeinden, Seniorengruppen usw. Präventivangebote für besondere Zielgruppen gemacht werden.

Für nicht mehr mobile ältere Menschen wurden von den Wohlfahrtsverbänden in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbüro (sozial aktiv) Angebote geschaffen. Dazu zählen verschiedene Besuchsdienste wie „musik mobil“ und „Märchen vorlesen“ – speziell auch für demenziell Erkrankte. Zur Zeit findet eine Ausbildung zum/r SeniorenbegleiterIn statt.

Die Transparenz der Angebote in diesen Bereichen wäre von Bedeutung für den Zugang zu benachteiligten Zielgruppen und der Entwicklung entsprechender Angebotsstrukturen.

3.4. Arbeitswelt und Gesundheitsrisiken

Im Zusammenspiel von demografischem Wandel und Veränderungen in der Arbeitswelt, durch Intensivierung der Arbeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und Konkurrenzdruck stellen sich neue Aufgaben für die Gesundheitsförderung.

Festzustellen ist, dass die Frühberentungen insgesamt zurückgegangen sind, gleichzeitig haben sich die Krankheitsbilder, die zur Frühberentung führen, verändert.

Der Anteil der psychischen Erkrankungen und Verhaltensstörungen ist von 1994 bis 2004 um den Faktor 1,5 angestiegen und als Frühberentungsgrund mit einem Anteil von 31 % an die erste Stelle gerückt. Im Jahr 1994 standen noch Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems mit einem Anteil von 30 % an erster Stelle.

(Veränderungen im Morbiditätsprofil, lögd, NRW, kurz und informativ, 2007)

Gründe für die Zunahme der psychischen Erkrankungen bei Frauen und Männern liegen vermutlich in der zunehmenden Belastung in der Berufswelt sowie Wandelungsprozessen in der Gesellschaft (z. B. Auflösung der traditionellen Familienstruktur). Vor allem Gewerkschaften und Krankenkassen sind um Programme zur betrieblichen Gesundheitsförderung sowie für

altersgerechte Arbeitsbedingungen (flexible Arbeitsmodelle, flexibler Einstieg in die Rente etc.) bemüht. Die vhs verfügt über ein breites Angebot zur Fortbildung, das auch Betriebe ordern können.

Betriebe können beispielsweise über den Unternehmerstammtisch auf den wachsenden Handlungsbedarf und die Programme aufmerksam gemacht werden.

Kaum Beachtung in der öffentlichen Diskussion findet der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Krankheit. Im Vergleich zu den Erwerbstätigen ist der Anteil chronisch Kranker – auch in jüngeren Altersgruppen – besonders hoch. Die BKK hat eine bundesweit einmalige Aktion zur Gesundheitsförderung für Arbeitslose aufgelegt. Durch die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsverwaltung und Krankenkassen könnte auch in Hertzen auf dieses Problem reagiert werden.

3.5. Die Sandwich-Generation

Der Gesundheitsbericht des Kreises Recklinghausen 2006 beschreibt die Ressourcen und Risiken der Frauen und Männer im mittleren Lebensalter.

Die Risiken der Altersgruppe sind häufig in der Doppelbelastung durch Familie und Erwerbsarbeit zu suchen, hinzukommen häufig die Betreuung und Pflege von Angehörigen.

Besonders Frauen sind von diesen Mehrfachbelastungen betroffen. Bei verschärften Arbeitsbedingungen und großer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt (Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse) steigt das Risiko von Erkrankungen.

Dazu der Gesundheitsbericht Kreis Recklinghausen:

„Die Auswertung ausgewählter Indikatoren für den Gesundheitszustand weisen darauf hin, dass im Kreis Recklinghausen für die Menschen in der mittleren Lebensphase erhöhte Erkrankungen vorliegen und dass diese Erkrankungen stärker mit gesundheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit verbunden sind als im Landesdurchschnitt. (...)“
Die häufigsten Diagnosegruppen Herz- und Kreislauferkrankungen, Erkrankungen des Muskel- und Skelettsystems sowie bösartige Neubildungen verursachen eine Steigerung der Krankenhausfälle und der Sterbefälle. In Bezug auf die vorgenannten Diagnosen liegen hier die Kennziffern im Kreis Recklinghausen signifikant höher als auf Landesebene.“

„Die Ressourcen (der Altersgruppe, d. A.) sind darin zu sehen, dass Menschen mit ihrem Gesundheitsverhalten im mittleren Lebensalter einen starken Einfluss darauf haben, in welchem Maß ihr Altern von Gesundheit oder Krankheit geprägt wird, denn in dieser

Lebensphase wird in der Regel der Grundstein für die Ausbildung späterer chronischer Erkrankungen gelegt. Als Eltern beeinflusst diese Gruppe aber auch maßgeblich die Gesundheit der Kinder. (...) In der Rolle der Pflegenden beeinflussen sie Entscheidungen zu Gesundheitsfragen der älteren Generation.“

(Gesundheitsbericht Kreis RE, 2006, demografische Rahmenbedingungen für Gesundheit und Krankheit im Kreis RE, S. 29)

Gefragt sind deshalb kommunale Unterstützungssysteme, die gesundheitsfördernd wirken:

- Soziale Netzwerke und Beratungsangebote (z. B. Selbsthilfegruppen)
- Sport- und Freizeitmöglichkeiten (offene Angebotsstrukturen)
- Gesundheitliche Vorsorgesysteme (z. B. Gesundheitszirkel)
- Bildungs- und Aufklärungsangebote (Setting-Ansätze)
- Wohnortnahe Erholung und Lebensberatung (z. B. Caritas „Zeit für mich“)

In diesem Spektrum hat Herten ein breites Angebot. Das Konzept für lebenslanges Lernen (Bildung/Erziehung), die Unterstützungsangebote durch das „Bündnis für Erziehung“ sowie ein umfangreiches Sport- und Freizeitangebot bilden insgesamt ein wirksames System gesundheitsfördernder Maßnahmen. Die Probleme sind weniger im mangelnden Angebot als in dessen Zugang für sozial benachteiligte und bildungsferne Bewohnergruppen zu suchen. Die Förderung von betrieblichen Gesundheitsprogrammen, quartierbezogene Angebote, insbesondere für Familien, und die Einbeziehung von Eltern in die Präventionsarbeit von Schulen und Vorschuleinrichtungen sind wichtige Ergänzungen zum vorhandenen Angebot.

3.6. Kinder- und Jugendliche

Der Kindergesundheitsgipfel in Brandenburg, alarmiert durch schlechte Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen, brachte 2007 die „Potsdamer Erklärung zur Kindergesundheit“ auf den Weg. Darin heißt es:

„Kinder sollen gesund und glücklich aufwachsen. Von ihrer Gesundheit, ihrem Bildungsstand und ihren Lebenschancen hängt die Zukunft unseres Landes ab.“

Trotz hoher Standards in der Gesundheitsversorgung sind unsere Kinder nicht gesund. Das Robert Koch-Institut hat in der bundesweiten Kinder- und Jugendgesundheitsstudie (KIGGS) erforscht, dass sich das Krankheitsspektrum von den akuten zu den chronischen Erkrankungen und von den körperlichen zu den psychischen Störungen verschoben hat. Gemeint sind Essstö-

rungen, Haltungsschäden und Risikofaktoren wie Übergewicht, Bewegungsmangel, Rauchen und Alkoholkonsum. Das Ausmaß sozial ungleicher Verteilung von Gesundheit und Krankheit ist alarmierend. Weit verbreitete Sprachstörungen beeinträchtigen sowohl die Gesundheits- als auch die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen.

Im Gesundheitsbericht des Kreises Recklinghausen zum Schulstart 2006 werden eindrucksvoll die Zusammenhänge zwischen Bildungsniveau sozialer Lage der Familien, ethnischer Zugehörigkeit und Gesundheitszustand nachgewiesen.

Bei der Entwicklung von Konzepten zur Gesundheitsförderung ist zur berücksichtigen, dass von Geburt an die Weichen für gesundes oder gesundheitsschädigendes Verhalten gestellt werden. Die Erfassung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen (U3 bis U9) belegt dies. Hier fällt u. a. Herten durch einen hohen Anteil unvollständiger Inanspruchnahme der Vorsorge auf. Fast die Hälfte der Kinder aus anderssprachigen Familien hat hier bereits Defizite. Diese Beobachtung setzt sich fort in den Untersuchungen zu Visumotorik und Visueller Wahrnehmung. 12 % der Kinder aus Familien der niedrigen Bildungskategorie haben nicht ausreichende Fähigkeiten, bei denen mit mittlerem und hohem Bildungsniveau sind es nur 3,9 und 1,7 %.

Das Verhältnis von BMI, Sprache, Geschlecht und Bildung in der folgenden Tabelle zeigt am deutlichsten die Kumulation von Gesundheitsrisiken bei einzelnen Gruppen.

| Geschlecht | (starkes) Untergewicht | Übergewicht/adipositas |
|-------------------|------------------------|------------------------|
| Jungen | 8,4% | 12,1% |
| Mädchen | 7,8% | 11,7% |
| Erstsprache | (starkes) Untergewicht | Übergewicht/adipositas |
| deutschsprachig | 8,8% | 10,3% |
| anderssprachig | 5,4% | 17,2% |
| Bildungskategorie | (starkes) Untergewicht | Übergewicht/adipositas |
| Niedrig | 6,5% | 20,3% |
| Mittel | 8,0% | 12,0% |
| Hoch | 9,5% | 4,8% |

Kreis Recklinghausen, Gesundheitsbericht Schulstart 2006, S. 43, Tab. 15

Mit dem Programm „Junior Vital“ hat die Jugendschutzbeauftragte ein wirksames Bündnis für die Kinder- und Jugendgesundheit ins Leben gerufen.

Im Verbund mit dem Kreisgesundheitsamt, Schulen und Kindergärten wurden 3 Jahre lang Schulprojekte zu ausgewählten Gesundheitsthemen durchgeführt. An der Aktion „point“-Gesundheitspass nahmen rund 3.000 Schülerinnen und Schüler teil. An dem Projekt „VollIPUR“, in Kooperation mit den Hertener Stadtwerken, waren es bis jetzt rund 4.300 Jugendliche. Das Aktionsbündnis „Junior Vital – ernähren, bewegen, entspannen und wie?!“ erreichte 2.400 SchülerInnen und eine Vielzahl an MultiplikatorInnen. Die Zahlen verdeutlichen, dass der Bedarf hoch ist und die Aktionen gewünscht und angenommen werden. Laufende Anfragen von Schulen, Kitas und Eltern bestätigen dies.

Für einen guten Start ins Berufsleben beinhaltet der Begriff „Gesundheit“ mehr als nur die Abwesenheit von Krankheit. Gute körperliche Kondition, psychische Stabilität, Körperbewusstsein und Körperpflege sind wichtige Erfolgsfaktoren für den weiteren Lebenslauf und gehören deshalb auch in Berufsorientierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen integriert. Der „Joker“ (Jugendberufshilfe) hat in Projektform solche Aktivitäten ebenfalls schon umgesetzt. Sie sollten aber zum festen Bestandteil der Vorbereitung auf das Berufsleben gehören. In das Integrierte Handlungskonzept Westerholt/Bertlich könnten im Rahmen der geplanten Ausbildungsprojekte solche Maßnahmen einfließen.

Sportliche Aktivitäten spielen für die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen eine zentrale Rolle. Die Sportförderung gehört deshalb zu den Schwerpunkten der kommunalen Aufgaben. In Herten sind rund 5.000 Kinder und Jugendliche in Sportvereinen organisiert, das sind etwa 50 % dieser Altersgruppe. Die Zahl der Mitglieder bis zu 14 Jahren hat in den letzten 10 Jahren zugenommen, während die Zahl der Jugendlichen bis zu 18 Jahren leicht zurückgegangen ist.

Der Stadtsporverband und die Servicestelle Sport haben eine Reihe von Angeboten entwickelt, um sportliche Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Zwei Drittel der Angebote in der FBW kommen aus dem Bereich Sport, Bewegung und Gesundheit. Entwicklungsschwerpunkte sind Projekte mit Schulen und Kindergärten.

Dazu gehören auch das Spiel- und Sportfest im Backumer Tal sowie der Tag der Offenen Tür und der Jugendsportlerehrung. Über das „Kinder- und Jugendsportblatt“ können sich Interessierte über aktuelle Angebote informieren.

Die Übungsleiterfortbildungen zu den Themen Psychomotorik, Sport in der Prävention, Bewegungsantworten auf Wahrneh-

mungs- und Verhaltensprobleme von Kindern waren ausgebucht und signalisieren, dass das Interesse der Vereine für den Breiten-sport gewachsen ist. Alle städtischen Außensportanlagen wurden in den letzten Jahren mit einem umfangreichen Sanierungsprogramm in einen guten und teilweise neuwertigen Zustand gebracht. Dazu gehört auch die Sanierungen von sieben Bolzplätzen. Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Bewegungsdefizits bei Kindern und Jugendlichen ist es wichtig, solche Bewegungsräume zu schaffen bzw. zu sichern.
(Berichtsvorlagen 08/06 und 07/214, Sportförderung in Hertent)

3.7. Zugewanderte

Obwohl Familien mit Migrationshintergrund vollen Zugang zu den gesundheitlichen Versorgungssystemen haben, führen Sprachbarrieren, kulturelle Unterschiede und soziale Ungleichheit dazu, dass vor allem in der Vorsorge gravierende Defizite zu verzeichnen sind.
(Kreis Recklinghausen, Schuluntersuchung 2006)

Die Expertentagung „Migration und Gesundheit“, die der AWO-Unterbezirk Recklinghausen unlängst in Hertent organisiert hat, machte einen großen Nachholbedarf in der Aufklärungs- und Beratungsarbeit und aufseiten der deutschen Institutionen die Notwendigkeit einer kultursensiblen Ausrichtung der Patientenbetreuung sichtbar. Wichtige Erkenntnis dabei war, dass allein Übersetzungshilfen in Patientengesprächen nicht ausreichen, vielmehr geht es um das Nachvollziehen verschiedener Verhaltensmuster im Umgang mit Krankheit und Gesundheit. Angehörige verschiedener Ethnien sind unterschiedlichen Risiken ausgesetzt.

Mit der Zunahme psychischer Krankheiten sind die Beratungsstellen und Krankenhäuser häufig überfordert, weil gerade hier der kulturelle Kontext eine besondere Rolle spielt und bestimmte Therapieformen deshalb nicht greifen. Besonders bei Kindern und Jugendlichen machen sich die Zusammenhänge von mangelnder Bildung und Gesundheitsverhalten bemerkbar.

Zukünftig wird es bei den älteren Migranten beider Geschlechter auch verstärkten Handlungsbedarf in Bezug auf kultursensible Altenpflege und Unterstützung für die Familien geben. Die Altenhilfe befasst sich aus diesem Grund verstärkt mit dem Thema. Die interkulturelle Öffnung der Gesundheitseinrichtungen würde adäquate Behandlungen erleichtern.

Zukünftiger Handlungsbedarf

Künftig werden verstärkt Geh-Strukturen und niedrighschwellige Angebote nötig sein, damit immobile Menschen und benachteiligte Zielgruppen erreicht werden können.

Der Zusammenhang von Bildung und Gesundheit muss bei der Bildungsplanung ausreichend berücksichtigt werden.

Gesundheitsförderung soll zum kontinuierlichen Bestandteil des Schulalltags und der Kitas werden.

Bei den Handlungskonzepten für die Stadtteile können Programme zur Gesundheitsförderung von Kindern mitgeplant werden. Dazu bedarf es der Partner vor Ort.

Berufsvorbereitung und Qualifizierungsmaßnahmen müssen zukünftig Gesundheitsthemen in ihre Arbeit integrieren. Nur gesunde Jugendliche haben gute Erfolgschancen.

Soziale und medizinische Einrichtungen müssen sich stärker vernetzen, um auf Gesundheitsprobleme von Migranten adäquat reagieren zu können.

Gesundheitseinrichtungen müssen sich verstärkt durch kultursensible Betreuung und Beratung auf Patienten aus verschiedenen Ethnien einstellen.

Gesundheitsförderung muss als ständige Aufgabe in den Integrationsfahrplan eingebaut werden.

Mittel- und langfristig muss eine umfassende Präventionsarbeit und Gesundheitsförderung für ältere Menschen konzeptioneller Bestandteil der Altenhilfeplanung werden (Ziel: Selbstständigkeit, Mobilität, Kostensenkung).

Gesundheitsförderung muss wie Bildung lebensbegleitend ausgerichtet sein. Dazu bedarf es der Zusammenarbeit aller Gesundheitsakteure und Bildungsträger, aber auch der Eltern. Dies könnte Aufgabe eines kommunalen Arbeitskreises werden (Gesundheitshaus). Ein beispielhaftes Programm hat das BM für Gesundheit mit dem Aktionsbündnis „Gesunde Lebensstile – Gesunde Lebenswelten“ initiiert, das sich an alle Bevölkerungs- und Altersgruppen richtet.

4. Genderaspekte

Mit dem demografischen Wandel sind an Frauen besondere Erwartungen gestellt:

Frauen sollen verstärkt in den Beruf, aber gleichzeitig auch das Ehrenamt stärken, die Pflege von Angehörigen übernehmen und mehr Kinder bekommen. Hinzukommt, dass die Anzahl allein-erziehender Frauen wächst. Ältere Frauen dagegen sind häufiger als Männer von Armut bedroht. Die Zahl alleinstehender Frauen wächst mit zunehmendem Alter.

Solche Lebensumstände erhöhen die Gesundheitsrisiken bei Frauen.

Festzustellen ist, dass Frauen für Präventionsprogramme zugänglicher sind als Männer und sich insgesamt häufiger mit Gesundheitsfragen auseinandersetzen.

(www.frauengesundheit-nrw.de)

Trotzdem kann die Frage, ob Frauen gesünder sind als Männer, nicht einfach mit einem Ja beantwortet werden. Auch bei den Frauen zeigen sich Unterschiede durch ethnische Zugehörigkeit, Bildungsniveau und sozialen Status.

Die gesundheitliche Unterversorgung bestimmter Frauengruppen zeigt sich deutlich in der Zunahme der Fallzahlen bei den Beratungsstellen, des Frauenhauses, der Psychiatrie usw.

Hertener Frauen zeigen schon seit Jahren u. a. durch die Arbeit der Gleichstellungsstelle, des Frauenparlaments und der „aktiven Frauen“ für Gesundheitsthemen eine besondere Sensibilität. Selbst das Thema „Männergesundheit“ wurde von Frauen auf die Tagesordnung gebracht.

Überwiegend Frauen nutzen die Gesundheitskurse der vhs und beteiligen sich auch häufiger als Männer an gesundheitsorientierten Veranstaltungen, z. B. im Naturerlebnisgarten. Gesundheitsthemen gehören zum Bestandteil der Frauenkulturtag und am Frauengesundheitsforum 2007 organisierten über 20 Frauen aus Gesundheitsberufen Vorträge, Workshops oder Kursangebote. Frauen sind also nicht nur die Nutzerinnen von Gesundheitsangeboten, sie sind es auch, die sich in Zusammenhängen wie auch durch persönliches und politisches Engagement für Gesundheitsthemen einsetzen. Dabei spielen ganzheitliche Ansätze, alternative Heilverfahren und Naturorientierung eine wichtige Rolle. Frauen dominieren in der Pflege, Betreuungs- und Beratungsarbeit. Sie sind nicht selten Initiatorinnen für neue Angebote und Multiplikatorinnen für Gesundheitsthemen.

Überwiegend Frauen nutzen die Gesundheitskurse der vhs und beteiligen sich auch häufiger als Männer an gesundheitsorientierten Veranstaltungen, z. B. im Naturerlebnisgarten. Gesundheitsthemen gehören zum Bestandteil der Frauenkulturtag. Beim Frauengesundheitsforum in 2007 organisierten über 20 Frauen aus Gesundheitsberufen Vorträge, Workshops oder Kursangebote. Dabei spielten ganzheitliche Ansätze, alternative Heilverfahren und Naturorientierung eine wichtige Rolle. Die Kurberatung für Frauen des Caritas Verbandes, mit dem Programm „Zeit für mich“, ebenfalls von Frauen initiiert und geleitet, ist eine landesweit einmalige Einrichtung. Die Kurberatung ist gleichzeitig Lebensberatung, denn viele Frauen brauchen statt oder neben der Kur noch weitere Lebens- und Gesundheitshilfen, die hier vermittelt werden.

Frauen sind nicht nur die Nutzerinnen von Gesundheitsangeboten, sie dominieren in der Gesundheitswirtschaft in der Pflege, Betreuungs- und Beratungsarbeit. Die Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen sind für viele Frauen unbefriedigend. Sie erfordern hohes Engagement, zeitliche Flexibilität, haben aber niedrige Vergütungen, bieten wenig Aufstiegsmöglichkeiten und die Zahl fester Anstellungsverhältnisse sinkt tendenziell.

So finden sich zwar in den Gesundheitskursen der vhs mehrheitlich Frauen, dafür dominieren die Männer in den Vereinen. Auch die Themenauswahl spricht die Geschlechter unterschiedlich an und nicht zuletzt die Kurszeiten, die Räume und die Auswahl der KursleiterInnen. Wenn es um die Wahrnehmung von präventiven Gesundheitsangeboten geht, sind die Männer die Sorgenkinder der Anbieter. Vereine und Betriebe müssen noch Ideen und Konzepte entwickeln, mit denen Männer erreicht werden können.

Zukünftiger Handlungsbedarf

Bürgerinnen, Bürger und Fachkräfte in Gesundheitsberufen sollen für geschlechterspezifische Gesundheitsfragen sensibilisiert werden (Krankenhäuser, Ärzteschaft, Gesundheitsanbieter)

Frauen benötigen verstärkt Unterstützungsangebote, die auch auf Migrantinnen ausgerichtet sein sollen

5. Bürgerbeteiligung

An das Thema Verbraucherberatung knüpft sich die Frage nach der Rolle der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Gesundheitsreform, Präventivprogramme, Gesundheitswirtschaft – leicht werden vor allem ältere Bürgerinnen und Bürger zum Objekt der Entwicklung. Gleichzeitig wird gefordert, dass der Einzelne mehr Eigenverantwortung für die persönliche Gesundheit übernimmt. In den Landesgesundheitszielen wird deshalb die Bürgerinformation und -beteiligung als wichtiger Bestandteil kommunaler Gesundheitsaufgaben gesehen.

Hier sind die Sozialverbände, die Bildungseinrichtungen, Verbraucherberatung, aber auch bürgernahe Initiativen wie der Jugendhof Wessels gefragt. Die Unterstützung von Nachbarschafts- und Selbsthilfegruppen, die Beratung von Vereinen und Gruppen, aber auch die individuelle Beratung von Bürgerinnen und Bürgern in Gesundheitsfragen (Patientenberatung, rechtliche Beratung) gehören zu diesem Spektrum.

6. Infrastruktur für Gesundheit in Herten

6.1. Kurative Einrichtungen

Mit dem Elisabeth Hospital als Akutkrankenhaus, dem Gertrudis Hospital mit der Fachabteilung für Geriatrie und dem Westfälischen Zentrum für Psychiatrie hat Herten in der kurativen Versorgung ein breites Leistungsspektrum zu bieten. Zudem sind in unmittelbarer Nachbarschaft, in Gelsenkirchen und Recklinghausen, leistungsfähige Reha-Einrichtungen vorhanden.

Neben der kurativen Behandlung bieten die Krankenhäuser zusätzliche Pflege und Gesundheitsleistungen wie Physiotherapie, Diabetes-Beratung usw. an. Einige Veranstaltungen erfolgen auch in Zusammenarbeit mit örtlichen Bildungsträgern wie vhs und FBS. Der Versorgungsgrad mit Hausärzten im Kreis Recklinghausen kann als gut bewertet werden. Im Rahmen der Gesundheitsreform fusionieren und kooperieren Krankenhäuser und Arztpraxen stärker als in der Vergangenheit: für viele hat dies vor allem finanzielle Gründe. Für die Patienten kann die Entwicklung durch das Zusammenführen von fachlichen Ressourcen Vorteile bringen. Durch Rationalisierungsprozesse im Personalbereich entstehen aber auch Nachteile.

Die demografische Entwicklung spiegelt sich auch in der Altersstruktur der Patienten in den Krankenhäusern wider. Der Altersvergleich bei stationären Patienten im Elisabeth Hospital sieht folgendermaßen aus:

2000

5,0 % unter 15 Jahre
50,0 % unter 65 Jahre
45,0 % über 65 Jahre

2007

1,5 % unter 15 Jahre
46,0 % unter 65 Jahre
52,5 % über 65 Jahre

Mit der Alterung der Bevölkerung ändern sich zukünftig auch die Krankheitsbilder, es stellen sich neue Anforderungen an die Pflege und Betreuung. Bei den Übergängen von stationärem Aufenthalt in die Pflege besteht ein erhöhter Beratungsbedarf für die Patienten und deren Angehörige. Das Kreisgesundheitsamt hat dazu eine Untersuchung mit Handlungsempfehlungen herausgegeben. Das Seniorenbüro kooperiert mit den Sozialstationen der Krankenhäuser.

6.2. Freizeit

Neben den vielen institutionellen Angeboten bietet Herten für eine gesunde und aktive Freizeitgestaltung optimale Voraussetzungen.

- Weitläufige Grünflächen am Stadtrand
- Der Schlosspark, der sich durch das geplante Parkpflegewerk noch besser erschließen lässt
- Die neue Haldenlandschaft mit Bewegungsmöglichkeiten für jede Altersgruppe
- Ausbau des Landschaftsparks Emscherbruch
- Das Backumer Tal mit zahlreichen Sportangeboten und dem Freizeitbad
- Die Sportstätten, die durch das Sanierungsprogramm aufgewertet werden
- Der Ausbau des Radwegenetzes

Laut Familienbericht 2006 bestehen Defizite bei Spielmöglichkeiten für Kinder eher im direkten Wohnumfeld. Außerdem signalisieren die Umfragen bei den Familien, dass es zu wenig Frei(zeit)räume für Jugendliche gibt. Der Vereinssport ist nur für einen Teil der Jugend attraktiv. Für Funsport-Arten gibt es nicht genügend Freiräume, ebenso fehlen zusätzliche Kapazitäten für Wassersport und Wasserfitness. Da die Schulsportangebote nach wie vor nicht ausreichen, müssen die Bewegungsdefizite durch Angebote im Freizeitbereich und in der Jugendarbeit kompensiert werden. Durch das umfassende Sanierungsprogramm der Sportstätten und die zusätzliche Nutzung freigezogener Räumlichkeiten wird das Angebot in den kommenden Jahren laufend erweitert und die Nutzungsqualität der Einrichtungen erhöht.

Zukünftiger Handlungsbedarf

Die Freizeit-Orte in Herten mit ihren umfangreichen Möglichkeiten müssen in ihrer Funktion der Gesundheitsprävention noch stärker ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gebracht werden oder auch entsprechend beworben und teilweise ausgebaut werden.

7. Gesundheitswirtschaft

Gesundheitswirtschaft gilt als Wachstumsbranche und ist vor allem als Jobmotor wichtig für die Stadtentwicklung. Beispiele sind der Ausbau der Pflegeeinrichtungen und Pflegeleistungen, wo in den letzten Jahren die Sozialverbände, das Elisabeth

Hospital und private Investoren aktiv geworden sind. In diesen Marktsegmenten entstehen verstärkt Frauenarbeitsplätze, leider nicht in genügendem Umfang für höher qualifizierte Berufe. Als „Jobmaschine“ hat sich die Gesundheitswirtschaft aber in der Region noch nicht ausgewirkt, da gleichzeitig durch Rationalisierung vor allem im Krankenhausbereich Stellen eingespart werden. Die Ausgaben für Gesundheitsleistungen sind jedoch gestiegen und die IHK Nord Westfalen prognostiziert für den Gesundheitsbereich die höchste Konsumsteigerung in den kommenden 10 Jahren.

Weiterhin wächst die Nachfrage nach Wellness- und Gesundheitsangeboten. Sowohl die individuellen Gesundheitsleistungen der Ärzte (IGEL), der Besuch von Fitness-Studios als auch der Konsum von Nahrungsergänzungsmitteln und Anti-Aging-Produkten steigt. Gesundheitsratgeber in Printform oder im Internet sind gefragt wie nie. Vor diesem Hintergrund haben sich als Initiative der Wirtschaftsförderung unter dem Titel „Herten Vital“ das Gesundheitsportal Vitaport, die „mobilen Dienstleister“ und die Ausstellung „planraumleben“ für barrierearmes Wohnen etabliert.

Zukünftiger Handlungsbedarf

Auch wenn derzeit keine großen gesundheitswirtschaftlichen Projekte in Herten anstehen, wird die Mitgliedschaft in der MedWin (Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsförderer im Kreis zur Gesundheitswirtschaft) wichtig sein, um an künftigen Entwicklungen partizipieren zu können. Die in Herten entwickelten Ansätze sollten fortgeführt und ausgebaut werden.

Zusammenfassung – Ausblick

Die Strategien zur Stadtentwicklung werden sich auch in den kommenden Jahren hauptsächlich an zwei Rahmenbedingungen orientieren:

Dem wirtschaftlichen Strukturwandel mit der Ansiedlung neuer Unternehmen und Technologien. Das Ziel ist die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen und die Profilierung Hertens als Wirtschaftsstandort.

Der demografischen Entwicklung, die den Rückgang, die zunehmende Alterung und Heterogenität der Bevölkerung prognostiziert.

Das fordert die Stadt heraus, familienfreundliche Konzepte für alle Lebensbereiche zu entwickeln, allen Kindern und Jugendlichen optimale Bildungs- und Ausbildungschancen zu geben, die umfassende Versorgung, Teilhabe und Betreuung der Älteren zu sichern und die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern mit Zuwanderungserfahrung zu fördern.

Herten, das zeigen die Ergebnisse, hat mit den begonnenen Programmen und Maßnahmen den richtigen Weg eingeschlagen. Das vorliegende Konzept stellt Handlungsbedarfe im Hinblick auf die Zeitmarke 2020 heraus und hat dabei die Hauptzielgruppen des demografischen Wandels – junge Familien, Zugewanderte und ältere Bürgerinnen und Bürger – im Fokus.

Junge Familien – brauchen gute Bedingungen zum Arbeiten, Wohnen und für die Bildung

Die Gewinnung junger Familien und die Minderung der Fortzüge bleibt Ziel der Stadtentwicklung.

Mit den Arbeitsfeldern Wasserstoff und Logistik hat die Stadt eine Chance, ein neues Profil als Wirtschaftsstandort zu gewinnen und mittel- bis langfristig attraktive Arbeits- und Ausbildungsplätze für junge Fachkräfte zu schaffen.

Unter dem Motto „Lebenslang Lernen“ hat die Stadt eine Bildungs-offensive gestartet, mit dem Ziel, eine innovative Bildungslandschaft zur ganzheitlichen Förderung der Kinder und Jugendlichen zu entwickeln. Dazu bedarf es der systematischen Vernetzung der Bildungs-, Kultur- und Sozialeinrichtungen und des bürgerschaftlichen Engagements.

Familien sollen bei ihren Erziehungsaufgaben bestmöglich informiert, beraten und begleitet werden. Der Ausbau der Ganztags-

betreuung an Schulen beinhaltet Förder- und Betreuungsangebote, die Familien unterstützen und Freiräume für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf öffnen können.

Parallel zum Bau familienfreundlicher Wohnsiedlungen sollen mit Hilfe der integrierten Handlungskonzepte die Wohnungsbestände in verschiedenen Quartieren optimiert werden. Die Kooperation mit den Wohnungsgesellschaften und privaten Vermietern kann dazu beitragen, unattraktiv gewordene Wohnungen besser auf den zukünftigen Bedarf auch von Familien auszurichten.

Die Generation 50plus – die große Bevölkerungsgruppe soll unterstützt werden und an der Entwicklung der Stadtgesellschaft partizipieren.

Die Erhaltung von körperlicher und geistiger Mobilität und die Aktivierung der jungen Alten sind Ziele in der Senioren- und Bildungsarbeit. Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements und die Entwicklung selbstorganisierter Lern- und Selbsthilfegruppen sowie generationenübergreifende Aktivitäten werden die unterstützenden Faktoren darstellen.

Öffentliche Freizeit- und Bildungseinrichtungen, aber auch Wirtschaft und Handel müssen ihre Infrastruktur und ihr Angebot verstärkt an älterem Publikum orientieren. Betriebe müssen sich auf alternde Belegschaften einstellen. Dazu sind bereits Projekte initiiert worden, die im Rahmen der Wirtschaftsförderung und des Stadtumbaus ausgebaut werden.

Hochaltrige Menschen – sollen den Lebensabend möglichst selbstbestimmt erleben können und erfahren, dass sie von der jüngeren Generation nicht im Stich gelassen werden.

Das Angebot an Pflegeplätzen ist nach derzeitigem Gutachten für die kommenden Jahre als ausreichend zu betrachten. Handlungsbedarf besteht beim Ausbau von ambulanten Versorgungs- und Betreuungsangeboten, von weiteren Wohnmodellen für demenziell erkrankte Menschen sowie bei der Entwicklung von Palliativversorgung und Hospiztätigkeit. Durch Wohnraumanpassung, präventive Hausbesuche, ambulante Dienstleistungen, aber auch die Verstärkung von Hilfen für pflegende Angehörige soll dem Prinzip „ambulant vor stationär“ Rechnung getragen werden. Seniorenbüro, Sozialverbände und Gesundheitseinrichtungen, aber auch Nachbarschaften, Vereine und Kirchen arbeiten schon heute Hand in Hand, um entsprechende Netzwerke in den Wohnquartieren aufzubauen.

Familien mit Zuwanderungsgeschichte – Chancengleichheit und Partizipation.

Ihre Partizipation am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben der Stadtgesellschaft soll intensiviert werden. Im Integrationskonzept sind die zentralen Themen für die Integrationsarbeit festgelegt worden. Sprach- und Ausbildungsförderung, Familienbildung und Jugendarbeit stehen im Mittelpunkt der Integrationsarbeit. Gradmesser für die weitere Arbeit wird das Gelingen von Beteiligungsprozessen bzw. die Verhinderung von weiterer Segregation sein. Die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitswesen spielt dabei eine wichtige Rolle. Diese Bemühungen können aber nur Erfolg zeigen, wenn sie auf Offenheit und Bereitschaft für neue Erfahrungen bei allen Gruppen stoßen.

Arbeitsweise

Die Kommune will weiterhin Ressourcen, die durch die demografischen Effekte frei werden, in die Umsetzung der oben genannten Aufgaben und Ziele investieren. Hier setzt die schwierige Haushaltslage aber Grenzen. Der Bevölkerungsrückgang und die instabile Wirtschaftslage werden voraussichtlich zu einer weiteren Verknappung der städtischen Ressourcen führen.

Ohne die Unterstützung von Bund und Land wird eine umfassende Umgestaltung also auch in Zukunft nicht möglich sein. Von den finanziellen Spielräumen abgesehen, bedarf es der Zusammenarbeit aller Kräfte in unserer Stadtgesellschaft (Bürgergruppen, Vereine, Kirchen, Betriebe, Sozialverbände, Gesundheitseinrichtungen usw.), um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen.

Die Kommune wird und kann nicht in allen Handlungsfeldern alleinige Akteurin sein.

Sie wird aber initiierend, moderierend und beratend tätig sein und somit den demografischen Entwicklungsprozess kontinuierlich steuern und begleiten.

Literaturverzeichnis

Bezirksregierung Münster (2006): Der demografische Wandel Alternde Belegschaften. Herausforderung für die betriebliche Personalpolitik der Zukunft. IHK Nord Westfalen (Hrsg.). Münster 2005

Analyse des Wohnungs- und Immobilienmarktes der Stadt Herten und Entwicklung von Vermarktungskonzepten für Wohnbauflächen. InWIS Forschung & Beratung GmbH (Hrsg.). Bochum 2004

Atlas zur Stadtanalyse. Flächennutzung Stadt Herten. Stadt Herten (Hrsg.). Herten 1969

Bildung auf einen Blick 2008. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD, Hrsg.). Paris/Gütersloh 2008
(Download (engl.): www.oecd.org, Rubrik „Publikationen“)

Bildung voll Leben – Leben voll Bildung, Fakten und Herausforderungen im demographischen Wandel. Forum Demographischer Wandel des Bundespräsidenten (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung. Berlin/Gütersloh 2007
(Download: www.forum-demographie.de, Rubrik „2007: Bildung“)

Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2007/08. Statistische Übersicht 366. Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.). Düsseldorf 2008
(Download: www.schulministerium.nrw.de, Rubrik „Publikationen des MSW“)

Die demografische Herausforderung. Auswirkungen auf Kaufkraft, Einzelhandelsumsätze und verbraucherorientierte Infrastruktur in den Kreisen und kreisfreien Städten des IHK-Bezirks Nord-Westfalen. IHK Nord Westfalen (Hrsg.). Münster 2005
(Download: www.ihk-nordwestfalen.de, Rubrik „Volkswirtschaft/ Statistik“)

Die demografische Lage der Nation – Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.). München 2006

Demographische Rahmenbedingungen für Gesundheit und Krankheit im Kreis Recklinghausen (Gesundheitsbericht 2006). Kreis Recklinghausen (Hrsg.). Recklinghausen 2006

Demografischer Wandel. Die Stadt, die Frauen und die Zukunft. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.). Düsseldorf 2007.
(Download: www.mgffi.nrw.de, Rubrik „Publikationen“)

Demographischer Wandel und seine Konsequenzen für den Regierungsbezirk Münster. Bevölkerungsbericht 2005. Bezirksregierung Münster (Hrsg.). Münster 2005

Die Generationen über 50. Wohnsituation, Potenziale und Perspektiven. empirica ag, Forschung und Beratung (Hrsg.) im Auftrag der Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im Deutschen Sparkassen- und Giroverband. Berlin 2006
(Download: www.lbs.de, Rubrik „Publikationen“)

Die Wohnungs- und Immobilienmärkte im Kreis Recklinghausen. Marktanalyse 2006. InWIS Forschung und Beratung GmbH, im Auftrag der Sparkasse Vest Recklinghausen (Hrsg.). Bochum 2006

Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb. Erste Auswertung einer repräsentativen Befragung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern oder Pflegeaufgaben. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Studie erstellt vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem BMFSFJ. Berlin 2006
(Download: www.bmfsfj.de, Rubrik „Publikationen“)

Familienbericht Herten 2006, Lebenslage und Zufriedenheit von Familien.
ZEFIR, Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum, in Kooperation mit der Stadt Herten (Hrsg.). Herten 2006

Gesundheitliche und soziale Lage der Bevölkerung im Ruhrgebiet. In: Gesundheit in NRW – kurz und informativ. Ehem. Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen (lögD), jetzt Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.). Düsseldorf, Oktober 2006
(Download: www.liga.nrw.de, Rubrik „Gesundheit“ > „Gesundheitsberichterstattung“)

Grundstücksmarktbericht 2007. Übersicht über den Grundstücksmarkt in Castrop-Rauxel, Datteln, Haltern am See, Herten, Oer-Erkenschwick, Waltrop. Der Gutachterausschuss für Grund-

stückswerte im Kreis Recklinghausen, in der Stadt Castrop-Rauxel und in der Stadt Herten (Hrsg.). Recklinghausen 2007

Grundstücksmarktbericht 2008. Übersicht über den Grundstücksmarkt in Castrop-Rauxel, Datteln, Haltern am See, Herten, Oer-Erkenschwick, Waltrop. Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Kreis Recklinghausen, in der Stadt Castrop-Rauxel und in der Stadt Herten (Hrsg.). Recklinghausen 2008

Hinse, Werner: Fachkräfte. Die Suche nach der Nadel im Heuhaufen. In: Wirtschaftsspiegel 10/2008, IHK Nord Westfalen (Hrsg.). S. 12 ff.

Kommunalprofil Herten, Stadt. Kreis Recklinghausen, Regierungsbezirk Münster, Gemeindetyp: Große Mittelstadt. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS NRW), Landesdatenbank, Stand 2008
(Download: www.lids.nrw.de, Rubrik „Kommunalprofil“)

Menschen am Übergang vom Krankenhaus in eine Pflegeeinrichtung. Ein Projekt des Kreises Recklinghausen zur Analyse kommunaler Steuerungsmöglichkeiten an der Schnittstelle von Krankenhaus und Altenheim (Gesundheitsbericht 2008). Kreis Recklinghausen (Hrsg.). Recklinghausen 2008

Perspektiven Alter. Altenhilfeplan der Stadt Herten (Hrsg.). Herten 2003

Pflegebedürftige Menschen in NRW. In: Gesundheit in NRW – kurz und informativ. Ehem. Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen (Iögd), jetzt Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.). Düsseldorf, Juni 2007
(Download: www.liga.nrw.de, Rubrik „Gesundheit“ > „Gesundheitsberichterstattung“)

Schulstart 2006 – Entwicklung, Gesundheit und Lebenssituation der Einschulungskinder. (Gesundheitsbericht 2007). Kreis Recklinghausen (Hrsg.). Recklinghausen 2007

Stadt Herten. Integrationsmonitoring, Bericht 2007, Stadt Herten (Hrsg.). Herten 2007

Beschlüsse des Rates der Stadt Herten und Berichte zum demografischen Wandel

Verwaltung und Rat befassen sich bereits seit 2001 aktiv mit den Auswirkungen des demografischen Wandels. Die Grundsatzbeschlüsse und Berichte dokumentieren die kontinuierliche Ausrichtung der kommunalen Arbeit an den demografischen Kernthemen:

- Bevölkerungsentwicklung in Herten bis 2015 (01/160, 01/338)
- Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Kinder- und Jugendhilfe (01/062)
- Wohnstandort Herten – Entwicklungsperspektiven für den Wohnungsbau in Herten (01/165)
- Offene Ganztagschule – gesamtstädtische Zielsetzungen unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung (03/215)
- Altenhilfeplan – „Perspektiven Alter“ (03/197)
- Herten 2006 - 2020, Entwicklung eines strategischen Konzepts zur Steuerung und Begleitung des demografischen Wandels in Herten (06/249)
- Rahmenkonzept zur Integration in Herten 2006 - 2009 (06/215)
- Zukunft der Bildung in Herten (06/269)
- Folgen des demografischen Wandels aus Frauensicht (08/030)

Das Arbeitsprogramm des Bürgermeisters (2005) bezieht sich mit der Schwerpunktsetzung Wohn- und Stadtentwicklung, Bildung, Arbeit und Integration ausdrücklich auf die demografischen Faktoren.

Vorlagen als pdf. downloaden: www.herten.de/ratsinfosystem/